



7. Heft | 13. April 1916

PAUL KAMPFFMEYER · DAS NATIONALITÄTS- PRINZIP UND DAS RECHT DER ENTWICKELUNG



ER Völkerfrühling des Jahres 1848 ist zugleich die Maienblüte des Nationalitätsgedankens. Die Nation, deren selbstbewußte Kraft sich in inneren Kämpfen mächtig regt, gebärdet sich nach außen hin als eigener, geschlossener Körper. Daher entfesselt das Jahr 1848 bei allen aufstrebenden Völkern eine leidenschaftlich durchbrechende Nationalitätsbewegung. Und die Nationalitätenkämpfe wiederum führen frisches, heißes Blut den politischen Kämpfen zu.

Diese enge Verbindung zwischen den nationalen und den demokratischen Bestrebungen erörtert Ferdinand Lassalle einmal sehr lichtvoll in seiner Flugschrift *Der italienische Krieg und die Aufgabe Preußens*. Er schreibt: »Wie sehr man auch über den speziellern Inhalt des Begriffs der Demokratie auseinandergehen möge, da hinein werden sich alle demokratischen Fraktionen vereinen, daß dieser Begriff auf einen allgemeinsten Ausdruck reduziert nichts anderes bedeutet als: Autonomie, Selbstgesetzgebung des Volkes nach Innen. Woher aber sollte dieses Recht auf Autonomie nach Innen kommen, wie sollte es nur gedacht werden können, wenn ihm nicht zuvor das Recht auf Autonomie nach Außen, auf freie, vom Ausland unabhängige Selbstgestaltung eines Volkslebens vorausginge! Das Prinzip der freien, unabhängigen Nationalitäten ist also die Basis und Quelle, die Mutter und Wurzel des Begriffs der Demokratie überhaupt. Die Demokratie kann nicht das Prinzip der Nationalitäten mit Füßen treten, ohne selbstmörderisch die Hand an ihre eigene Existenz zu legen, ohne sich jeden Boden theoretischer Berechtigung zu entziehen, ohne sich grundsätzlich und von Grund aus zu verraten.«¹⁾

Den innern Zusammenhang des Prinzips der freien Nationalitäten und der Demokratie weist dann Ferdinand Lassalle treffend an der Hand der politischen Geschichte des 19. Jahrhunderts nach. So erzeugte die Erhebung des Jahres 1813 das Ringen nach innerer demokratischer Freiheit. Aber zwischen beiden Prinzipien besteht ein Wechselverhältnis: Der innere Befreiungsdrang weckt heftige, nach außen gerichtete Nationalitätenbestrebungen. So erwachen mit der freiheitlichen, demokratischen Februar- und Märzbeziehung des Jahres 1848 die slawischen Völkerschaften zur Selbständigkeit. Zu einer Selbständigkeit allerdings, die vielfach leider zunächst zum Schaden des demokratischen Deutschtums ausschlug.

Alle Demokraten, mit Einschluß gerade unserer großen sozialistischen Führer, sind überzeugte Verfechter des Nationalitätsprinzips gewesen: sie

¹⁾ Siehe Lassalle Reden und Schriften, 1. Band /Berlin 1892/, pag. 303.

waren es eben als Demokraten. Das wird leider in unseren Tagen oft vergessen. Natürlich haben die schwarzrotgoldenen Träume der romantisch-deutschen Burschenschaften nie die klaren Sinne der Marx und Engels umnebelt. Ihr realistischer Sinn drang vor allem in die wesentlichste Seite des nationalen Lebens ein: in die kulturell-wirtschaftliche. Als Redakteure der Neuen Rheinischen Zeitung erstreben sie ein straff zentralisiertes, an den Weltmarkt angeschlossenes Deutschland. In diesem Sinn schrieben sie am 6. Juni in der Neuen Rheinischen Zeitung:

»Selbst nur vom bürgerlichen Standpunkt betrachtet ist die widerspruchslose Einheit Deutschlands die erste Bedingung, um es aus der bisherigen Misere zu erretten und den Nationalreichtum zu erschaffen. Und wie nun gar die modernen sozialen Aufgaben lösen auf einem in 39 Ländchen zersplitterten Terrain?«²⁾

Marx und Engels verkünden im Jahr 1848 vor allem das Recht der großen Kulturvölker auf staatlich-nationale Selbständigkeit. In diesem Sinn äußern sie sich in der Neuen Rheinischen Zeitung:

»Das revolutionierte Deutschland mußte sich, namentlich in Beziehung auf die Nachbarvölker, von seiner ganzen Vergangenheit lossagen. Es mußte zugleich mit seiner eigenen Freiheit die Freiheit der Völker proklamieren, die es bisher unterdrückt hatte.«³⁾

Mit schmerzenden Geißelhieben bedenken sie die Frankfurter Nationalversammlung, weil sie nicht den Mut hatte den italienischen Krieg zu sanktionieren und der österreichischen Regierung den Krieg zu untersagen. Sie charakterisieren den Beschluß der Nationalversammlung, der den Italienern die Feindseligkeit gegen Triest verbot, als eine indirekte und darum für eine Nation von 40 Millionen wie die deutsche doppelt schimpfliche Kriegserklärung. Sie schreiben wörtlich:

»Jetzt, wo die Deutschen das eigene Joch abschütteln, muß sich auch ihre ganze Politik dem Ausland gegenüber ändern, oder in den Fesseln, womit wir fremde Völker umketten, nehmen wir unsere eigene junge, fast nur erst geahnte Freiheit gefangen. Deutschland macht sich in dem selben Maße frei, worin es die Nachbarvölker frei läßt.«⁴⁾

Freie nationalstaatliche Entfaltung allen großen Kulturvölkern Europas: das ist das Programm von Marx und Engels im Jahr 1848. Aber nicht jedes Natiönchen, nicht jeder durch bestimmte ethnische und sprachliche Eigentümlichkeiten charakterisierter Völkersplitter hat nach ihnen das Recht auf staatliche Sonderexistenz. Eine Nation, die zur staatlichen Selbständigkeit aufsteigen will, muß geschichtlich ihre Lebensfähigkeit erwiesen haben. In diesem Sinn schreiben sie in der Neuen Rheinischen Zeitung:

»Völker, die nie eine eigene Geschichte gehabt haben, die von dem Augenblick an, wo sie die erste, rohste Zivilisationsstufe ersteigen, schon unter fremde Botmäßigkeit kommen, oder die erst durch ein fremdes Joch in die erste Stufe der Zivilisation hineingezwungen werden, haben keine Lebensfähigkeit, werden nie zu irgendeiner Selbständigkeit kommen können.«⁵⁾

Dieser Satz, der eigentlich nur *geschichtlichen* Völkern ein Recht auf Selbstständigkeit zuspricht, drängt förmlich auf seine eigene Selbstbeschränkung hin. Geschichtslos sind einmal alle die Kulturnationen gewesen, die in den letzten 2000 Jahren die Geschichte Europas gestaltet haben. Was würden wir zu dem römischen Historiker sagen, der in den Tagen Julius Caesars den damals geschichtslosen Deutschen die Lebensfähigkeit und das Recht

²⁾ Siehe Marx und Engels *Gesammelte Schriften* 1841 bis 1850, 3. Band /Stuttgart 1902/, pag. 94.

³⁾ Siehe Marx und Engels, *loc. cit.*, pag. 109.

⁴⁾ Siehe Marx und Engels, *loc. cit.*, pag. 113.

⁵⁾ Siehe Marx und Engels, *loc. cit.*, pag. 251 f.

»zu irgendeiner Selbständigkeit« zu kommen abgesprochen hätte! Und wie gingen Marx und Engels selbst in die Irre, als sie im Jahr 1848 leistungsfähigen slawischen Völkerschaften, die binnen wenigen Jahrzehnten eine eigene selbständige Kultur entwickelten, kurzerhand die nationale Existenzberechtigung absprachen. Mit Recht bemerkt daher Franz Mehring zu dem Aufsatz der Neuen Rheinischen Zeitung über den demokratischen Panslawismus, daß diese Zeitung mit den Tschechen, den südslawischen Nationen und Natiönchen in »einer summarischen Weise« umspringe, »die auf den ersten Blick befremdet.«⁶⁾ Dieses recht willkürliche Verfahren von Marx und Engels ist lediglich durch die bösen Erfahrungen bedingt, die sie als Revolutionäre mit den slawischen Völkerschaften machten. Aber nicht der verärgerte Revolutionär allein spricht aus ihren Urteilen über die nationalen Bewegungen der Slawen, sondern auch eine ganz bestimmte historisch ökonomische Entwicklungstheorie. Und das gibt ihren geschichtlichen Ausführungen über die nationalen Bestrebungen der Slawen eine besondere, den Tag überdauernde allgemeine soziologische Bedeutung.

Die historisch-ökonomische Entwicklung der menschlichen Gesellschaft führte nach Marx und Engels bereits in vielen konkreten Fällen über das Nationalitätsprinzip hinaus. Nicht immer ist eine nationale Bewegung nach ihrer Ansicht auch ein gesellschaftlicher, zur Bildung großer zentralisierter Staatswesen leitender Fortschritt. Als Revolutionäre stehen sie aber völlig auf dem Boden der historischen Fortentwicklung. In den nationalen, einheitliche große Staatswesen schaffenden Bestrebungen sehen wir wichtige wirtschaftliche und politische Entwicklungsfaktoren. Und das sind die Einheitsbewegungen bei den großen Kulturnationen. Daher ihre Begeisterung für diese nationalen Bewegungen. In der Zersplitterung zentralisierter Staatswesen erblicken sie aber ein der historischen Entwicklung entgegenwirkendes, rückschrittliches Moment. Die historische Entwicklung ist ihnen alles; und ihr gegenüber folgt die nationale Bewegung erst an zweiter Stelle. Der österreichische Staat, ein mehrere Nationen umfassendes Staatswesen, würde zum Beispiel durch die Entstehung selbständiger slawischer *Republiken* von seiner bisher behaupteten Stufe der Entwicklung gestoßen werden. Österreich-Ungarn, der Kolonisator der slawischen Völkerschaften, würde nach Marx und Engels durch die nationalslawischen Bestrebungen in Stücke zerschlagen werden. In der Zusammenfassung aller der kleinen slawischen »Natiönchen« zu einem zentralisierten Staat erblicken sie aber einen großen geschichtlichen Fortschritt und kein »Verbrechen« gegen diese Nationen. Daher wehren sie die Angriffe Bakunins gegen den österreichisch-ungarischen Staat folgendermaßen ab:

»Und endlich, welches *Verbrechen*, welche *fluchwürdige* Politik, daß die Deutschen und Magyaren zu der Zeit, als überhaupt in Europa die großen Monarchien eine *historische Notwendigkeit* wurden, alle diese kleinen, verkrüppelnden, ohnmächtigen Natiönchen zu einem großen Reich zusammenschlugen und sie dadurch befähigten an einer geschichtlichen Entwicklung teilzunehmen, der sie, sich überlassen, gänzlich fremd geblieben wären! Freilich, dergleichen läßt sich nicht durchsetzen, ohne manch sanftes Nationenblümlein gewaltsam zu zerknicken. . . Jetzt aber ist die politische Zentralisation infolge der gewaltigen Fortschritte der Industrie, des Handels, der Kommunikationen noch ein viel dringenderes Bedürfnis geworden als damals im 15. und 16. Jahrhundert. Was sich noch zu zentralisieren hat, zentralisiert sich.«⁷⁾

⁶⁾ Siehe Mehring, in dem in Note 2 zitierten Werk, pag. 76.

⁷⁾ Siehe Marx und Engels, loc. cit., pag. 255 f.

Dem »Recht der geschichtlichen Entwicklung« haben nach Marx und Engels die Nationalitätsansprüche kulturell tiefstehender Völker zu weichen. Auf der Seite der Yankees stand nach Engels in dem Konflikt zwischen Amerika und Mexico die wirtschaftliche Entwicklung. Die Yankees werden im Westen Amerikas große Städte schaffen, den Handel konzentrieren, neue Verbindungswege ins Leben rufen, den Stillen Ozean der Zivilisation eröffnen und zum drittenmal in der Geschichte dem Welthandel eine neue Richtung geben. Ja, mit einer gewissen Unbekümmertheit setzt sich die Neue Rheinische Zeitung über die nationale Unabhängigkeit der spanischen Californier hinweg, indem sie schreibt:

»Die *Unabhängigkeit* einiger spanischen Californier und Texaner mag darunter leiden, die *Gerechtigkeit* und andere moralische Grundsätze mögen hie und da verletzt sein; aber was gilt das gegen solche weltgeschichtlichen Tatsachen?«⁸⁾

Das Recht der Entwicklung der Zivilisation entscheidet also in letzter Instanz über die Berechtigung oder Nichtberechtigung nationaler Bestrebungen, über die Frage des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Dieses Recht erteilt nach Marx und Engels auch, abgesehen von den vorhandenen besonderen historischen Rechten, Deutschland einen begründeten Anspruch auf die Annexion Schlesiens; denn die Dänen stehen nach Marx und Engels in vollkommener kommerzieller, industrieller, politischer und literarischer Abhängigkeit von Deutschland. Gegenüber den skandinavischen Nationen und ihrem rückständigen »Skandinavismus« sei Deutschland revolutionär und progressiv. Und deshalb stellt die Neue Rheinische Zeitung im Namen des Rechts der Entwicklung und der Zivilisation folgende Forderung auf:

»Mit dem selben Recht, mit dem die Franzosen Flandern, Lothringen und Elsaß genommen haben und Belgien früher oder später nehmen werden, mit dem selben Recht nimmt Deutschland Schleswig; mit dem Recht der Zivilisation gegen die Barbarei, des Fortschritts gegen die Stabilität. Und selbst wenn die Verträge für Dänemark wären, was noch sehr zweifelhaft ist, dies Recht gilt mehr als alle Verträge, weil es das Recht der geschichtlichen Entwicklung ist.«⁹⁾

Das ist ein revolutionärer, das sanktionierte Recht der Nationen schwer erschütternder radikaler Gewaltstandpunkt, vor dem sich selbst unsere wortgläubigsten *Marxisten* heftig entsetzen werden. Er stellt ja das Recht der Selbstbestimmung der Nationen völlig in Frage und sichert eigentlich dieses nur den wirtschaftlich und politisch entwickelten Völkern zu. Aber nicht nur das: Er rechtfertigt förmlich die Gewalteinbrüche zivilisierter Nationen in die Rechte kulturell tieferstehender Völker.

Mit diesen, durch besondere Zeitereignisse bedingten und in persönlicher scharfer Polemik sich selbst überschlagenden Sätzen berühren sich übrigens merkwürdig die Ausführungen Lassalles über die Grenzen des Nationalitätsprinzips. Lassalle führt in der oben genannten Schrift folgendes aus:

»Das Prinzip der Nationalitäten wurzelt in dem Recht des Volksgeistes auf seine eigene geschichtliche Entwicklung und Selbstverwirklichung. Nun gab es und gibt es Völker, die es aus sich heraus zu einem geschichtlichen Dasein überhaupt nicht zu bringen vermögen; andere, die es zu einem solchen gebracht, aber über dasselbe nicht hinauskönnen und die nun als statarische Trümmer hinter der Geschichte liegen bleiben; andere endlich, die, obwohl nicht ohne eigene Entwicklung, doch von dem raschern und mächtignern Entwicklungsprozeß ihrer Nachbarn überholt werden und diesen so in Zeiten des eigenen Stillstands die Möglichkeit gewähren einzelne ihrer Landesteile an sich zu reißen und (zu deren eigener Zufriedenheit) dem erobernden Volksgeiste und seiner Kulturentwicklung zu assimilieren. Wie

⁸⁾ Siehe Marx und Engels, loc. cit., pag. 250.

⁹⁾ Siehe Marx und Engels, loc. cit., pag. 189.

nun das Recht der Geschichte und ihrer Gesamtentwicklung das größere ist gegen das ihrer einzelnen Adern (der besonderen Völker), wie das Recht jeder dieser Adern im geschichtlichen Organismus auf eigene Funktion, auf eigene Entwicklung eben an die tatsächliche Bedingung gebunden ist, daß sie funktionieren, daß sie sich entwickeln, so bleibt das Recht der Volksgeister auf eigene Existenz daran gebunden, daß ein in eigener Weise sich entwickelnder und mit dem Kulturprozeß des Ganzen Schritt haltender Volksgeist da sei. Andernfalls wird die Eroberung ein Recht, und zwar entweder von vornherein, oder sie wird hinterher als ein solches erwiesen. Die Probe für dieses Recht ist bei der Eroberung eines Volkes verschiedener Rasse mehr das Aussterben, bei der Eroberung des Volkes der selben Rasse mehr die Assimilierung desselben, die Hinüberhebung in den eigenen und höhern Kulturgeist. Mit diesem Recht hat die angelsächsische Rasse Amerika, Frankreich Algier, England Indien, die Völker deutscher Abkunft von denen slawischer Zunge ihren Boden erobert. Mit diesem Rechte hat leider in der Zeit großer französischer Blüte und tiefer deutscher Stagnation Frankreich die deutschen Provinzen Elsaß und Lothringen an sich reißen und diese Eroberung durch einen noch größeren Ausschlag, in der Revolution am Ende des vorigen Jahrhunderts, sich assimilieren können; so sehr, daß diese eroberten Landesteile selbst nichts anderes verlangen als französisch zu bleiben. Und sowenig wir bei der Höhe der Entwicklung, zu der wir es nun glücklicherweise selbst gebracht, in aller Zukunft je wieder ein deutsches Dorf an Frankreich verlieren werden, so unhistorisch und unmöglich (!) wäre es jene Provinzen von Frankreich wiedergewinnen zu wollen.«¹⁰⁾

In diesen Sätzen proklamiert Ferdinand Lassalle in der Form des »Rechts der Geschichte« eigentlich glatt das Eroberungsrecht des Stärkern, die Zwangsassimilierung fremder nationaler Bestandteile durch entwickeltere Kulturvölker. Er mag damit konstatieren, was in einer Klassengesellschaft ist und wird, nicht aber was vom sozialistischen Standpunkt aus *recht* ist.

Es ist wohl unnötig zu betonen, daß diese wie die Marx-Engelsschen Ausführungen der Neuen Rheinischen Zeitung zunächst in Widerspruch zu den Grundsätzen der Inauguraladresse der Internationale geraten. Denn diese Marxsche Adresse erhebt flammenden Protest gegen die Vergewaltigung anderer Nationen und fordert die arbeitenden Klassen auf »selber die Mysterien der internationalen Staatskunst zu bemeistern, die diplomatischen Streiche ihrer Regierungen zu überwachen, ihnen nötigenfalls mit aller ihnen zu Gebote stehenden Macht entgegenzuarbeiten und, wenn außerstande den Streich zu verhindern, sich zu gleichzeitiger öffentlicher Anklage zu verbinden und die einfachen Gesetze der Moral und des Rechts zu proklamieren, welche ebensowohl die Beziehungen einzelner regeln, als auch die obersten Gesetze des Verkehrs der Nationen sein sollten.«¹¹⁾ Und doch hatten Marx und Engels recht, als sie geschichtlich konstatierten, daß die »Entwicklung« vielfach schon über den nationalen Staat hinausgetrieben hat, und daß die Zerstückelung derartiger zentralisierter, übernationaler Staaten einen verhängnisvollen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Rückschritt bedeutet. Die Umwälzungen des Weltkriegs werden nun die Frage der übernationalen wirtschaftlichen und staatlichen Organisationen zu einer brennenden machen. Wir schreiten ja zu immer größeren Weltwirtschaftsgebieten fort.¹²⁾ Zunächst stehen wir in Deutschland und Österreich vor dem mitteleuropäischen, später vor dem kontinental-europäischen Problem. Aber dieses Problem will der europäische Sozialist nicht durch eine Politik gewaltsamer Eroberungen lösen sondern unter Anwendung der von der Internationale proklamierten Grundsätze. Zur Lösung

¹⁰⁾ Siehe Lassalle, loc. cit., pag. 304 f.

¹¹⁾ Siehe Der Hochverratsprozeß wider Liebknecht, Babel, Hepner /Berlin 1894/, pag. 226.

¹²⁾ Siehe Poetzsch Das Imperium und die Arbeiter, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte pag. 193 ff.

dieser historischen Aufgabe in diesem Gebiet haben wir Sozialisten gerade die Vorbedingungen zu schaffen. Genosse Dr. Karl Renner führte in seinem Referat über die wirtschaftliche Annäherung Deutschlands und Österreich-Ungarns auf der Berliner sozialdemokratischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Konferenz am 9. Januar 1916 aus:

»Für den richtigen Geist zu sorgen ist Aufgabe der Sozialisten beider Staaten. Wenn wir das Problem im richtigen Geiste fassen, dann erhält es dadurch auch seine höhere Weihe. Wie hat England sein Weltreich zustande gebracht? Durch Eroberung zur See und zu Lande. Wie hat Rußland sein Weltreich geschaffen? Durch Eroberung und Knechtung. Hier aber soll Geschichte werden auf einem andern Wege, hier soll ein wirtschaftliches Imperium aufgerichtet werden nicht durch das Schwert und die Unterwerfung vieler durch einen sondern durch Verträge, durch den freien Bund. . .«¹³⁾

In dem größern Rahmen eines wirtschaftlichen Imperiums kommen auch die kleineren Nationen zur Auswirkung ihres nationalen Eigenlebens. Durch den umfassenden Wirtschaftskomplex werden ihre wirtschaftlichen Interessen in weit vollkommenerer Weise wahrgenommen als sie dies in kleinstaatlicher Selbständigkeit selber bewirken könnten. Andererseits fehlt auch der Anreiz des Einbruchs in nationale Rechte, da die Stärke der nationalen Individualitäten dem gemeinsamen Ganzen zugute kommt. So wird auf höherer Stufenleiter das Nationalitätsprinzip in Einklang gebracht mit dem Recht der Entwicklung.

XX

MAX SCHIPPEL · DIE PARTEIKRISE



ER Gruppe Liebknecht-Rühle sind am 24. März 18 sozialdemokratische Reichstagsmitglieder in der Abwendung von der Politik der Fraktionsmehrheit gefolgt. Damit ist ein weiterer Schritt in der notwendigen innern und äußern Umgestaltung der Partei vollzogen. Ein weiterer, aber offenbar noch lange kein letzter und klar entscheidender Schritt. Im Gegenteil, die eigentlichen Schwierigkeiten liegen fast alle noch vor uns.

Zunächst bleibt, vollkommen unverändert, der Widerspruch zwischen Reichstag und preußischem Landtag. Was dort Mehrheit, ist hier Minderheit. Der preußische Landtag überragte aber schon in gewöhnlichen Zeiten die übrigen einzelstaatlichen Kammern turmhoch. Durch die Aufgaben, die der Krieg den Einzelstaaten und den ihnen untergeordneten Gemeinden und Gemeindeverbänden zuführte, hat sich die Stellung des Preußenparlaments gegenüber dem Reichstag eher noch gehoben. Und die Liebknecht, Ströbel und Adolf Hoffmann mit ihrem unermüdeten Redefluß sind, gerade wegen ihres, rein auf die beschränkt-agitatorische Wirkung sehenden Auftretens, für die Stimmungsmache unter den allmählich ermüdenden Massen keine zu verachtenden Gegner, so niedrig man sonst ihre politische Betätigung einschätzen mag. Dieser Zwiespalt zwischen fraktioneller Reichstags- und Landtagsmehrheit hat sich jedoch von Monat zu Monat herausfordernder entwickelt: Bei jeder Gelegenheit und bei jedem Anlaß lauert, um einen derben Bismarckschen Ausdruck zu gebrauchen, die Landtagsgruppe nur so darauf der Reichstagsmehrheit in die Suppe zu spucken. Mit ebensoviel Nachdrücklichkeit wie Genugtuung unterzieht sie sich fortdauernd dieser

¹³⁾ Siehe Die Bestrebungen für eine wirtschaftliche Annäherung Deutschlands und Österreich-Ungarns /Berlin 1916/, pag. 22.

Freundschaftserweisung, natürlich immer unter Berufung auf die höheren Gesichtspunkte des Erfurter Programms und die unausweichlichen Pflichtgebote der unterschiedlichen nationalen und internationalen Parteitage. Bis Ende Mai wird die Vertagung glücklicherweise eine Ruhepause gewähren. Aber dann sollen die parlamentarischen Sturmangriffe, im Rücken und aus den eigenen Reihen, mit frischen und verdoppelten Kräften von neuem beginnen: falls hier im Landtag, trotz den Reichstagsvorgängen, alles beim alten bleibt. Die Haase-Ledebour-Liebknicht sind also nicht ohne wirksame und tatenfreudige Bundesgenossen an ihren Flanken.

Dazu ist die Reichstagsmehrheit selber noch lange nicht glatt und scharf von der Gegenströmung befreit, die ihr so viel Wirren im Innern und so viel Verlegenheiten nach außen bereitete. Die Richtung der neuen Sonderfraktion (Bernstein, Bock, Büchner, Dr. Cohn, Dittmann, Geyer, Haase, Henke, Dr. Herzfeld, Horn, Kunert, Ledebour, Schwartz, Stadthagen, Stolle, Vogtherr, Wurm, Zubeil) ist im wesentlichen vielmehr mit mindestens 20 Stimmen (Albrecht, Antrick, Baudert, Brandes, Emmel, Erdmann, Fischer (Sachsen), Fuchs, Hoch, Hofrichter, Hugel, Hüttmann, Jäckel, Leutert, Peirot, Raute, Reißhaus, Ryssel, Schmidt (Meißen), Simon) in der alten Fraktion weiter vertreten. Sie hat hier allerdings ihre Hauptwortführer eingebüßt, aber sie wird damit keineswegs die Lust verloren haben Debatten im Schoß der Fraktion hervorzurufen und die Fraktionsentschlüssungen auch fernerhin in ihrem Sinn zu beeinflussen. Sie hat nur die Fraktionsdisziplin, keineswegs die Fraktionspolitik anerkannt. Mancher jener Zwanzig wird sich innerlich mehr zur neuen als zur alten Fraktion rechnen, und den Abgesplitterten steht hier ein nicht ungefährlicher Rückhalt zur Erschütterung und Gewinnung der Wankelmütigen und Lauwarmen weiter zur Verfügung.

ERNER bleibt für die Fraktionsmehrheit und den Parteivorstand das alte Elend der Pressevertretung. Ich bin an sich kein Schwärmer für besondere Zentralorgane, so wie wir dies in Deutschland oder vielmehr in der deutschen Sozialdemokratie gewöhnt sind. Auch andere politische Parteien leben, haben aber in dieser Beziehung den frühern Sonderrang einzelner Blätter nach Erreichung eines bestimmten Reifegrads ihrer allgemeinen Presseentwicklung entweder abgeschafft oder von selber einschummern lassen: bloße Bekanntmachungs- und Informationsorgane für alle Parteiorganisationen und Korrespondenzen für alle Parteizeitungen sichern zur Genüge die notwendige Gleichartigkeit und einheitliche Direktive. Ob die Sozialdemokratie unter Umständen zu dieser Preßgestaltung gleichfalls schon reif wäre, soll heute nicht erörtert werden. Der verstorbene Genosse Auer, gewiß kein zu verachtender Sachkenner auf diesem Gebiet, war von dem gemischten Betrieb (halb lokale Selbstverwaltung und halb Überordnung und ständige Einmischung der Zentralregierung, mit allen daraus folgenden Reibungen und Gegensätzen) niemals ein Freund. Aber vielleicht läßt sich die sonst übliche Regelung kaum denken in einer Partei, die so wenig der Privatinitiative und der Privatkonkurrenz überläßt, und in der sogar die pudelnährische Schildbürger- und Chinesenbehauptung nach wie vor ruhig gewagt werden kann: ein nicht von der offiziell zuständigen Organisation herausgegebenes Blatt vermöge überhaupt niemals ein sozialistisches Blatt zu sein.

Doch sei dem allen wie ihm wolle: Ein unerträgliches Verhältnis ist es auf

jeden Fall, wenn ein Zentralorgan tatsächlich besteht, wenn es lediglich um seines zentralinstanzlichen Gepräges willen von Hunderten und Tausenden Parteiangehöriger, in allen Teilen Deutschlands und selbst von zahlreichen Lesern am Ort des Erscheinens, pflichtschuldigst gehalten wird, und wenn dieses selbe Organ alsdann, auf die Zustimmung der rein örtlichen Instanzen gestützt, die Mitteilungen und Kundgebungen der Zentralstellen nach Belieben ganz unterdrückt oder nur unter höhnnenden gegenwirkenden und bekämpfenden Randbemerkungen in Umlauf bringt, wenn die ganze Redaktion mehr und mehr überlegt und zielbewußt der Mehrheit und Leitung der Gesamtpartei entgegenarbeitet. Wie die Dinge im Lauf langer Jahre sich herausgebildet haben, ist der Vorwärts in seiner öffentlichen Stellung ganz etwas anderes geworden als er als bloßes Organ der Großberliner Parteigenossenschaft gegenwärtig sein würde, und selbst die jämmerlichsten Leistungen haben diese Sonderstellung wohl untergraben und schwächen, jedoch niemals ganz beseitigen können. Die Früchte eines tiefeingewurzelt schlechten Systems sterben kaum so leicht ab. Bei größerer Gewöhnung an die freie Konkurrenz und an die freiorganisierte Selbsthilfe wäre allenfalls mancher Schritt in der Abhilfe erleichtert. So wird sich die schwierige und doch unvermeidliche Auseinandersetzung als unter- und oberirdischer Kampf der zuständigen Instanzen abspielen und kaum in absehbarer Zeit eine befriedigende Lösung bringen.

FINDLICH läßt sich eine andere, keineswegs erhebende Beobachtung nicht unterdrücken. Sogar ein nicht geringer Teil der eigentlichen Vertreter der Fraktionspolitik (von den nur aus Disziplin sich Fügenden also abgesehen) scheint selbst nach dem Umlernen und der Bekehrung das ziellose Lavieren und das unentschiedene Schielen nach den alten grellbemalten Agitations- und Demonstrationsgötzenbildern noch immer nicht ganz lassen zu können. Freiherr von Zedlitz, ein erfahrener Parlamentsveteran und geschulter Taktiker, hat kaum mit Unrecht dem gleichen Eindruck Worte verliehen (im Tag vom 28. März). Nur geht er hoffentlich zu weit, wenn er »nach den Erfahrungen auf dem Gebiete der Volksernährung« eine verdoppelte »demagogische Verhetzung der Massen« aus »Rücksichten des Mitbewerbs« auch bei den nichtradikalen »vaterländisch Gerichteten« nicht für unmöglich erklärt. Aber die fortgesetzten, an den Haaren herbeigeschleiften Verwahrungen gegen Genossen wie Kolb, Heine, Peus, gegen die Sozialistischen Monatshefte, gegen die bekanntesten Reformisten aller Art, die unaufhörlichen Versicherungen, daß an den alten Parteibeschlüssen und Parteikundgebungen im Grunde alles gut, tadel- und lückenlos gewesen sei, und daß nur der unvorhergesehene abnorme Kriegszustand vorübergehend zu andersartigen Entscheidungen gedrängt habe: dies und noch vieles andere offenbart eine sehr geringe Einsicht in den Ernst der heutigen und der künftigen Lage und in die Fehler der Vergangenheit.

Denn gerade das frühere ewige Herumdrücken um eine sachentsprechendere Haltung gegenüber den Problemen, die für Einsichtige und Nachdenkliche schon immer in der Luft lagen und die durch den Krieg nur mit einemmal riesengroß und unausweichlich auch dem altgewohnten Parteitrott den Weg verlegten, gerade das kurzsichtige Unterbinden jeder klärenden Aussprache, das für den nächsten Augenblick allerdings beruhigende einfache Dreikreuzeschlagen vor jeder mahnenden und vor-

wärtstreibenden Reformstimme hat nicht zum wenigsten zur Verschärfung und Vergiftung der heutigen Parteikrise, bis zur vollkommenen Hoffnungslosigkeit, beigetragen. Auf die, heute offen zutage tretenden Gegensätze im wirtschaftlichen Völkerleben konnten nach diesem *bewährten* Rezept nur schlappe, zaghafte Eingänger hinweisen; denn vor jedem gewaltsamen Konfliktausbruch schützten den friedlichen Zahlabendbesucher zur Genüge die internationalen Resolutionen von Stuttgart und Basel: bald tag' ich am Neckar, bald tag' ich am Rhein. Daß bei den Wirtschaftskämpfen im Völkerleben, die unaufhörlich neben und über den Klassenkämpfen stehen, die Arbeiterklasse eines jeden Landes auf Gedeih und Verderb mit der heimischen (nationalen) Produktion und deren besonderen (nationalen) Entwicklungsbedürfnissen verbunden ist, daß daraus sich also auch vorläufig unabänderliche Gegensätze zwischen den »Proletariern aller Länder« ergeben können: für solche Gedankenentgleisungen brauchte man dem Redenden oder Schreibenden nur jedesmal den Verdacht nationalistischer, chauvinistischer und gar noch imperialistischer Gesinnung anzuhängen, und die internationale Harmonie unter den Arbeitern war von neuem verbürgt. Daß das betonte Verwachsensein von grundlegenden Interessen der Arbeiter und anderer Klassen, von heimischer (nationaler) ProduktionSENTFALTUNG und Arbeiterbewegung folgerichtig auch zu manchem Zusammenwirken in grundlegenden Fragen, zu einer wesentlich andern, politisch-parlamentarischen Taktik, zu einer andersartigen Auffassung der Wehrpolitik, der handels- und kolonialpolitischen Betätigung, schließlich zu einer andern Behandlung von Geld- und Budgetbewilligungen führen werde und müsse: das alles waren für den konservativen Resolutionär Schnurrpfeifereien müßiger Allesbesserwisser, die der einzig revolutionären *Aufklärung der Köpfe* und der lediglich zu verschärfenden *Schärfe des Klassenkampfes* durch Hinweise auf orthodox-streng abzuleugnende Solidaritätszusammenhänge entgegenwirkten.

Doch heute, nachdem so manches Kind unterdes in den Brunnen gefallen ist, sollte man mit solchen selbstzufriedenen Ausfällen gegen die Warner wahrhaftig vorsichtiger sein. Denn heute läßt sich eher der Spieß umdrehen: Wenn die Bedeutung einerseits der Gegensätze im Völkerleben und andererseits der hierdurch bedingten nationalen Zusammengehörigkeit, die wirkliche Bedeutung des Wehrwesens zu Lande und zur See, der handelspolitischen Wehr und Abwehr und der vielen, jetzt mit einemmal scheinwerferartig beleuchteten politischen Probleme den deutschen Arbeitern nicht erst durch die jähen Kriegsumwälzungen nähergerückt worden wäre, wenn man nicht jahrelang das geistige Weiterschreiten nach dieser Richtung durch selbstzufriedenes Absprechen, Vertuschen und Verschweigen verkrüppelt und abgeschnitten hätte, wenn man, statt nach Kräften die unentbehrliche geistige Umbildung und Anpassung zu hindern, alles Mögliche für die realpolitische Schulung und geistige Vorbereitung der Massen getan hätte: wäre dann in der deutschen Arbeiterpartei heute nicht vieles, vielleicht das meiste und alles, durch ruhige Aussprache und Verständigung zu erreichen gewesen, an Stelle des ratlosen und wilden Durcheinanders, als ob plötzlich fremde, rätselhafte Gewalten den zu erwartenden Lauf der Dinge vollkommen umgekehrt hätten?

Den deutschen Arbeitern ist es nicht übelzunehmen, wenn sie, zu einem Teil wenigstens, das jahrelang Versäumte, trotz der unvergleichlich

eindringlichen Sprache der Kriegstatsachen selber, nicht in ein paar Monaten oder gar Wochen nachzuholen vermögen, und wenn sie den Zusammenbruch aller künstlich aufrechterhaltenen Illusionen zunächst nur als erbitternde, aufreizende Enttäuschung empfinden, wenn sie in der notgedrungenen *Umkehr* willkürlichen Verrat wittern und den Neubekehrten am liebsten die fernere Gefolgschaft verweigern möchten. Aber mußte das alles so kommen? Und ist durch die jüngsten Geschehnisse das vernichtendste Urteil nicht gerade gegen jene bequeme Methode des Abwinkens und Absprechens gefällt, auf die die Unverbesserlichen und die ewig Unschlüssigen und Lavierenden jetzt in der ersten Bedrängnis sofort wieder zurückzugreifen beginnen?

Mit vollstem Recht schreibt Genosse Wilhelm Kolb im *Karlsruher Volksfreund* vom 31. März 1916:

»Die Massen über die eigentlichen und letzten Ursachen der Krise im unklaren lassen heißt den Spartakusleuten innerhalb wie außerhalb der Sozialdemokratie das Wasser auf die Mühlen leiten und damit die politische Schicksalsstunde der deutschen Sozialdemokratie wie des deutschen Volkes freventlich verpassen . . . Wenn die Sozialdemokratie ihren politischen Einfluß aber nicht dem bloßen Zufall überlassen will, wenn er tatsächlich und in allen entscheidenden Fragen zur Geltung kommen soll, dann darf sie nicht das Jammerbild einer so trostlosen inneren Zerfahrenheit bieten, dann muß vor allem ihre eigene Politik zielklar orientiert und auf einer festen Grundlage aufgebaut sein. Dann darf ihre Politik nicht mehr in dem Widerspruch zwischen der Katastrophen- und Evolutionstheorie hin- und herpendeln. Je länger man damit zuwartet diesen offenkundigen Widerspruch zu beseitigen, desto größer wird die Verwirrung bei der Führung wie bei den Massen und desto größer die Gefahr für die Sozialdemokratie selbst wie für die deutsche Politik. Indem ich diese Tatsache, die durch alle Erfahrungen der letzten Jahre ihre Bestätigung findet, konstatiere, bin ich durchaus kein auf dem äußersten rechten Flügel der Partei stehender *Eingänger*. Mein *Eingängertum* besteht lediglich darin, daß ich seit mehr als einem Jahrzehnt konsequent den Standpunkt vertreten habe, durch den allein die Politik des 4. August ihre prinzipielle und taktische Rechtfertigung finden kann, und ferner darin, daß ich den Mut hatte und habe, unbekümmert um alle Verdächtigungen, Vorwürfe und persönliche Herabsetzung, das öffentlich und rückhaltlos zu bekennen, was tausend andere nur unter sich zu tuscheln wagen. In Wirklichkeit stehe ich viel weiter links und bin ich viel radikaler als die meisten der Schwadronneure, die mit revolutionär und radikal klingenden Phrasen krebse gehen. Wenn wir durch eine vernünftige Politik und Taktik jetzt ein Stück Demokratisierung der deutschen Politik durchsetzen, so ist das eine viel größere Revolution als wenn wir noch weitere 10 oder 20 Jahre mit revolutionären Tiraden hausieren gehen, vor denen sich heute kein Mensch mehr fürchtet, am allerwenigsten diejenigen, die man glaubt damit fürchten zu machen.«



N einigen bürgerlichen Kreisen, die durch ihr Drängen und Mahnen von außen her oft das Gegenteil des Gewollten erreichen, scheint es Befremden zu erregen, daß die *Gewerkschaften*, ihrer ganzen Natur nach die Träger reformistischer Auffassungen, nicht sofort an den erregten Parteiauseinandersetzungen irgendwie handelnd sich beteiligten. Ich weiß nicht, was die Organisationen und Organisationsvertretungen noch zu tun gedenken. Aber zu verwundern brauchte man sich über kühle Zurückhaltung nicht.

Sowohl in der Übergangsperiode vom Krieg zum Frieden wie noch lange nach Rückkehr normaler Zeiten werden den Gewerkschaften wichtigere und arbeitsreichere Aufgaben denn je zufallen. Die Wiederumschaltung der Produktion auf den Friedensfuß, die damit und mit den Menscheneinbußen

edlen Briten mißfiel sehr diese Mitteilung, und er meinte, wir Deutschen täten besser, wenn wir den Ausbau des Kölner Doms, des großen Glaubenswerks unsrer Väter, mit unzersplitterten Kräften betrieben. Jedesmal, wenn ich mit Engländern über meine Heimat rede, bemerke ich mit tiefster Beschämung, daß der Haß, den sie gegen die Franzosen hegen, für dieses Volk weit ehrenvoller ist als die impertinente Liebe, die sie uns Deutschen angeidehen lassen, und die wir immer irgendeiner Lakune unsrer weltlichen Macht oder unsrer Intelligenz verdanken; sie lieben uns wegen unsrer maritimen Unmacht, wobei keine Handelskonkurrenz zu besorgen steht; sie lieben uns wegen unsrer politischen Naivetät, die sie im Fall eines Krieges mit Frankreich in alter Weise auszubeuten hoffen.¹⁾

Heine kannte den Geist englischer Politik, der jede fremde Flotte ein Greuel war und ist, die sich noch nie von Neigungen für die Demokratie und demokratische Einrichtungen in irgendeinem Land leiten ließ sondern dort, wo eine erstarkende Demokratie die Entwicklung eines fremden Staates zu verheißten schien, die Demokratie mit dem Aufgebot aller Kräfte verfolgte, wie die Kriege gegen die französische Revolution am deutlichsten zeigten. Nicht weniger charakteristisch ist die Geschichte des englischen Hasses gegen die deutsche Flotte. Als Heinrich Heine sein lehrreiches Flottengespräch mit dem englischen Parlamentsmitglied führte, war die deutsche Flotte ein Traum der Demokratie; das Verlangen nach Wiederbelebung der Seegeltung Deutschlands wurde damals von der deutschen Demokratie getragen und von den herrschenden Gewalten zurückgewiesen und bekämpft.²⁾ Liebevoll blickte England in jener Zeit auf den *preußischen Militarismus*, weil er flottenfeindlich war; bestände dessen Flottenabneigung heute noch, wäre Deutschland ohne nennenswerte Seeschiffahrt (Handels- und Kriegsmarine) geblieben, wir hörten sicherlich in England Ruhmeslieder auf den selben preußischen Militarismus, den niederzuringen jetzt als oberstes englisches Kriegsziel ausgegeben wird. Als nach der Revolution von 1848 die Radikalen in Deutschland mit Leidenschaft die Schaffung einer eigenen Kriegsflotte betrieben, erklärte der englische Minister Palmerston, er werde die unter der schwarzrotgoldenen Flagge fahrenden Schiffe als Seeräuberschiffe behandeln lassen. Als 1861 Preußen in Wilhelmshaven einen Stützpunkt für seine, ach so junge und kleine Kriegsflotte schuf, schrieb die *Morning Post*, das Leibblatt Palmerstons: »Die Deutschen mögen den Boden pflügen, mit den Wolken segeln und Luftschlösser bauen, aber nie seit dem Anfang der Zeiten hatten sie das Genie das Weltmeer zu durchfurchen oder auch nur die schmalen Gewässer zu durchfahren.« England blieb sich immer treu. Es suchte den Aufstieg jedes Landes, das sich dem Meer zuwandte (und ohne unabhängigen Seeverkehr ist auf die Dauer eine aufsteigende Entwicklung nicht möglich), gewaltsam zu unterbinden, gleichviel ob in dem Land die Demokratie oder der Absolutismus herrschte.

Die Pariser Wirtschaftskonferenz soll jetzt nach englischen Vorschlägen die Grundlinien für die Organisation eines Handelskrieges gegen Deutschland für die Zeit nach dem Krieg beraten haben. Das bedeutet, daß England Frankreich, Rußland und Italien auch wirtschaftlich unmittelbar seinen Interessen nutzbar zu machen versuchen möchte. Deutschland kann diesen Handels-

¹⁾ Siehe Heine Sämtliche Werke, 10. Band /Hamburg 1862/, pag. 274 f.

²⁾ Siehe Schippel Seegewalt und deutscher Radikalismus, ferner Flottenpolitik, Parteien und Regierungen, in den Sozialistischen Monatsheften, 1915, 1. Band, pag. 73 ff., und in diesem Band, pag. 317 ff.

kriegsansagen gelassen entgegensehen; sie sind zumeist Wünsche, die von der Ausführung unendlich weit entfernt bleiben. Mit besonderer Vorliebe wird von englischen Reederkreisen der Plan empfohlen nach dem Krieg der deutschen Schifffahrt Beschränkungen aufzuerlegen. Eine dieser Beschränkungen soll darin bestehen, daß deutsche Schiffe in englischen Häfen Differentialraten und Hafengebühren zu zahlen hätten, und zwar werden die der deutschen Handelsschifffahrt zugedachten Sonderabgaben damit begründet, daß ein Ausgleich für die von der deutschen Regierung dem Überseehandel gewährten Subventionen geschaffen werden müsse. Die von Deutschland gewährten Schifffahrtssubventionen bestehen bekanntlich darin, daß einzelnen Schifffahrtslinien Entschädigungen für den Postdienst gezahlt werden; sie betragen jährlich im Höchstfall 8 Millionen Mark, zuletzt war der Betrag wesentlich niedriger. England zahlte dagegen 1911 an Subventionen insgesamt 34 Millionen Mark; dabei umfaßte zur Zeit der Berechnung die Handelsflotte Englands 17 378 000, die Handelsflotte Deutschlands 4 267 000 Registertonnen. Deutschlands Handelsflotte hat aus eigener Kraft die Ausdehnung gewonnen, die dem englischen Kapital so sehr auf die Nerven fiel. Im Jahr 1880 war die englische Flotte noch $7\frac{1}{2}$ mal so groß wie die deutsche, 1912 war sie nur noch 4mal so groß. Diesen Verschiebungen im Größenverhältnis der Flotten entspricht auch eine ähnliche Verschiebung im Anteil am Weltverkehr. Vor 25 Jahren kam noch über die Hälfte des Weltverkehrsverkehrs auf die englische Flagge, heute nur noch 40 %; Deutschland hat umgekehrt seinen Anteil von $8\frac{1}{2}$ auf 17 % steigern können.³⁾ Die englische Flagge war früher in den deutschen Häfen stärker vertreten als selbst die deutsche Flagge. Noch 1880 kam etwa der dritte Teil des Tonnengehalts in Einlauf und Auslauf auf sie. Aber 1912 war ihr Anteil auf ein Sechstel heruntergegangen. Die deutsche Flagge eroberte sich nicht nur den Vorrang in den deutschen Häfen zurück, sie sicherte sich auch einen Platz in den fremden Häfen. Der deutsche Schiffsbau hat sich längst unabhängig von England gemacht; die größten und schnellsten Schiffe der Welt hat in den letzten Jahren Deutschland gebaut.

In einem freilich blieb uns England stark überlegen: Es hat den Umfang seiner Kriegsflotte stets dem seiner gesamten Seeschifffahrt anzupassen gewußt. In Deutschland hat die Handelsschifffahrt nicht eine ihrer Entwicklung entsprechende Deckung durch die Kriegsmarine gefunden. Aus den Ereignissen während des Krieges ist auch dem Laien klageworden, warum England an der Praxis seiner Seerüstung unter keinen Umständen rütteln ließ, gleichviel welches Regime dort am Ruder war, und wie sich die innerpolitischen Verhältnisse immer gestalteten. Die in Deutschland diskutierte Frage, ob ein Schutz der Handelsflotte durch Kriegsschiffe erforderlich oder gar möglich sei, stand in England außerhalb der Diskussion; sie war gelöst, jene Notwendigkeit wurde von keiner Seite bestritten. Für die englische Politik war die Lahmlegung der deutschen Handelsflotte und damit die Unterbindung der Zu- und Ausfuhr von und nach Deutschland stets Ausgangspunkt aller Erwägungen und Maßnahmen für den Fall eines Krieges; solange England sich in der Macht glaubte dieses Ziel zu erreichen, glaubte es auch über die Mittel zu verfügen in einem gegebenen Augenblick das Schicksal der deutschen Wirtschaft bestimmen zu können. Daß Deutschland

³⁾ Siehe Günther Die wirtschaftlichen Hilfskräfte Deutschlands und seiner Hauptgegner Essen 1915. pag. 70 f.

seit nahezu 2 Jahren trotz Absperrung von der See nicht der wirtschaftlichen Erschöpfung verfiel, wird England zu keiner abweichenden Einschätzung der Dinge veranlassen. Aber bei uns selbst scheint sich in manchen Kreisen ein sonderbarer Meinungsumschwung anzuzeigen. Weil Deutschland durch die Absperrung nicht ausgehungert werden konnte, verfiel man auf die naive Vorstellung, daß wir auf einen starken Überseeverkehr in Zukunft überhaupt verzichten könnten. Als Ausgleichsgebiet für unsere volkswirtschaftliche Betätigung winke uns ja, wie das Modewort jetzt lautet, Mitteleuropa. Nun soll gegen die Forderung des Zusammenschlusses zu einem mitteleuropäischen Wirtschaftsverband hier wirklich nichts gesagt werden. Ist sie doch im besondern hier in den Sozialistischen Monatsheften nicht erst seit heute und gestern, vielmehr lange vor dem Weltkrieg, schon seit etwa einem Jahrzehnt vertreten worden.⁴⁾ Freilich nicht in der engen Formulierung, die sie jetzt gefunden hat, sondern in dem weitern Sinn des Zusammenschlusses aller europäischen Kontinentalstaaten vom Atlantischen Ozean bis zur russischen Grenze. Wenn diese Idee, die hier lange eine Selbstverständlichkeit schien, jetzt (obendrein verengt und dadurch weniger aussichtsreich) als eine neue Offenbarung erscheint, so wohl nur aus dem Grund, weil man in weiten Kreisen Deutschlands sich vor dem Krieg mit weltpolitischen Fragen überhaupt nicht zu befassen pflegte. Daß man heute einen solchen Vorschlag, ohne sorgfältige Abwägung der ihm entgegenstehenden Schwierigkeiten, unter Hochspannung als Panazee propagiert, die das verwickelte Problem unserer wirtschaftlichen Zukunft löst, zieht die Gefahr nach sich, daß die Grenzen der Wirksamkeit weltwirtschaftlicher Veränderungen, die sich erst vollziehen oder vollziehen sollen, verkannt werden, und daß so auch der vernünftige Kern jener Forderung entwertet wird.

Als vor einiger Zeit aus Hamburg vor einer Überschätzung der Bedeutung eines mitteleuropäischen Wirtschaftsverbands gewarnt wurde, erschien solche Mahnung zuerst als recht überflüssig. Aber je länger je mehr erwies sie sich als angebracht, ja notwendig. Die Bildung eines mitteleuropäischen Wirtschaftsverbands soll und wird für uns keine Absperrung von der Weltwirtschaft nach sich ziehen sondern im Gegenteil erst das Fundament für die weltwirtschaftliche Position Deutschlands erweitern und kräftigen; Mitteleuropa ist nicht der Ersatz weltwirtschaftlicher Betätigung, vielmehr erst Voraussetzung für ihre Behauptung und Fortsetzung. Nicht ganz ernst wird man die Bedenken jener seltsamen Radikalen nehmen, für die ein Mitteleuropa unannehmbar ist, weil die Sozialdemokratie, wie sie sagen, sich nicht nur mit einigen Staaten sondern mit der ganzen Welt verständigen will. Eine solche Verständigung wird eben nur durch eine organisierte Weltwirtschaft ermöglicht, die nicht die Seediktatur der einen Macht über andere zuläßt, damit zu Gewaltstreichen gegen Widerstrebende herausfordert und so Kriege hervorruft, die vielmehr, wirksamer als pazifistische Ideologien, den Frieden sichert. Der Weg dahin führt über die Bildung von ökonomischen Imperien von annähernd gleicher Spannkraft, die dann als gleichberechtigte Faktoren auf dem Weltmarkt auftreten können. Ein wirklicher mitteleuropäischer Wirtschaftsverband in dem obenerwähnten Umfang bedarf aber, um neben den großen wirtschaftlichen Einheiten, die England mit

⁴⁾ Siehe Calwer *Weltpolitik und Sozialdemokratie*, in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1905, 2. Band, pag. 741 ff.

seinen Tochterstaaten, Rußland, Amerika und in Zukunft auch Ostasien bilden werden, bestehen zu können, auch eines afrikanischen Kolonialreichs. Denn nur dann könnte von einer wirtschaftlichen Autarkie in dem notwendigsten Umfang, etwa bis zu 60 oder 70 % des Bedarfs, die Rede sein, wenn die zu unserer Sicherung benötigte Menge von Kupfer, Baumwolle, Pflanzenfetten usw. aus Gebieten bezogen werden könnte, die keinem Verfügungsrecht eines andern Staates unterstehen. Für die Aufrechterhaltung des Verkehrs mit diesem Kolonialgebiet ist gleichfalls eine ungefährdete Schifffahrt eine Lebensnotwendigkeit.

Mit den schon erwähnten Differentialraten und Hafenabgaben für deutsche Schiffe in englischen Häfen glaubt man übrigens in gewissen englischen Schichten die Furcht vor der deutschen Schifffahrtskonkurrenz noch nicht ausreichend bannen zu können. Deshalb versteigt man sich zu dem Vorschlag für ein paar Jahre deutsche Schiffe von dem Anlaufen englischer Häfen auszuschließen. Selbst wenn England einen derartigen Plan auszuführen in der Lage wäre, würde diese Politik für England sicherlich peinliche Überraschungen nach sich ziehen. Es liegt nahe, daß zunächst Deutschland mit einem gleichen Verbot gegen englische Schiffe antwortete. Eine Folge wäre, daß die Länder, die bisher ihre Produkte über England nach Deutschland verkauften, von selbst dazu übergehen müßten England als Durchgang für ihre Waren auszuschalten; ebenso würde für deutsche Waren, die das Ausland von uns kaufte oder kaufen müßte, die Vermittlung über England in Wegfall kommen. Das würde für England den Ausfall des größten Teils seines gewinnbringenden und eifersüchtig gehüteten Durchgangshandels bedeuten: ein Ergebnis des verhinderten Anlaufens englischer Häfen durch deutsche Schiffe, das Großbritannien teuer zu stehen käme.

Könnte die deutsche Handelsschifffahrt sich unter schwierigsten Umständen gegen die Überlegenheit der englischen Flotte vor dem Krieg durchsetzen, so wird sie nach dem Krieg an Stoßkraft und Elastizität ganz gewiß nicht versagen, wenn gegenwärtig auch der überseeische Verkehr unter der englischen *Freiheit der Meere* unterbunden ist. Während des Krieges wird die wirtschaftliche Rüstung der deutschen Schifffahrtsgesellschaften fortgesetzt, es stehen Veränderungen in den Beziehungen der großen Schifffahrtsunternehmungen bevor, die die schon engen Verbindungen unter einander noch weiter festigen werden. Zwischen der Woermannlinie, der Hamburg-Amerika-Linie, dem Norddeutschen Lloyd und der Firma Hugo Stinnes in Mülheim an der Ruhr werden Verhandlungen zum Abschluß geführt, nach denen Stinnes von Eduard Woermann dessen Besitz an Aktien der Woermannlinie und der Deutschen Ostafrikalinie übernimmt; an Stelle Eduard Woermanns tritt Hugo Stinnes in die Verwaltung der beiden Gesellschaften ein, die schon seit 1913 zur Einflußsphäre der Hamburg-Amerika-Linie gehörten. Auch der Norddeutsche Lloyd stand der Woermannlinie bereits nahe; die dem Lloyd zugehörige Hamburg-Bremen-Afrika-Linie unterhielt mit Woermann eine Betriebsgemeinschaft. Stinnes schließlich hat seit längerer Zeit Einfluß in Seeschifffahrtsunternehmungen angestrebt; vor einigen Jahren gründete er auch eine Gesellschaft, die für seine Industrieunternehmungen eine Reihe von kleineren Kohlen- und Erzdampfern für den skandinavischen Verkehr in den Dienst stellte. Die Veränderungen in den Besitzverhältnissen der Woermannlinie vollziehen sich unter Mitwirkung der Hamburg-Amerika-

Linie und des Lloyds; sie stellen eine Fortsetzung des Konzentrationsprozesses in der Seeschifffahrt unter Ausgestaltung der Beziehungen zwischen den großen Schifffahrtskonzernen und der Großindustrie dar.

Für die deutsche Volkswirtschaft kann diese Festigung der Verbindung von Großschifffahrt und Großindustrie fruchtbar werden, besonders auf dem Gebiet kolonialer Betätigung. Sie könnte dazu beitragen, daß der werdende kontinentaleuropäische Wirtschaftskomplex von der wirklichen Freiheit der Meere, die er sich erringen muß, auch den richtigen Gebrauch macht.

ROBERT SCHMIDT · DIE HEERESVERWALTUNG ALS FÖRDERIN HÖHERER PRODUKTIONSFORM

INSERE Heeresverwaltung ist ein bedeutender Auftraggeber für unsere Industrie. Ihr Bedarf ist fortgesetzt im Steigen, nicht nur durch die Erhöhung der Friedenspräsenzstärke der deutschen Armee sondern auch dadurch, daß Bewaffnung und Ausrüstung des Heeres technisch immer kompliziertere Formen annehmen. Große Wichtigkeit gewinnt in der Heeresversorgung die eigene Betriebswerkstätte. Die Heeresverwaltung fängt an sich auf sämtlichen Gebieten selbst zu versorgen; sie bezieht nur Rohstoffe und Halbfabrikate. In der Waffenfabrikation hat sie ihre Gewehrfabriken, Artilleriewerkstätten, Geschützgießereien, Werften, Feuerwerkslaboratorien, Geschos- und Pulverfabriken; in der Nahrungsmittelversorgung ihre eigenen Konservenfabriken, für die Herstellung des Kleidungsbedarfs die Betriebswerkstätten der Bekleidungsämter.

Indes, alle diese Einrichtungen decken, auch abgesehen von dem gegenwärtigen Kriegszustand, den Bedarf nicht vollständig. Sie liefern nur einen Teil des Notwendigen, so daß nicht unerhebliche Aufträge noch an die Privatindustrie gelangen. Ein kleiner Teil der Heeresaufträge wird außerdem an die Gefängnisse gegeben. Vor dem Krieg wurde wiederholt von unserer Seite im Parlament und in der Presse angeregt, die Heeresverwaltung solle ihre eigenen Betriebe weiter ausgestalten, so daß sie vollständig unabhängig von der Privatindustrie ihren Bedarf decken könne. Maßgebend für diese Forderung war, soweit die Waffenfabrikation in Frage kam, der Wunsch die Betriebe gegen jeden Einblick anderer Staaten zu schützen. Außerdem wollte man verhindern, daß die Privatindustrie Aufträge entgegennehmen könne, die den militärischen Zwecken eines feindlichen Staates dienen. Demgegenüber hat die Industrie darauf hingewiesen, daß nach den Erfahrungen des Krieges der gewaltige Heeresbedarf ohne die Zuhilfenahme der umfangreichen Rüstungsindustrie nicht hätte gedeckt werden können. Ganz zutreffend ist der Einwand nicht; denn ein erheblicher Teil des Heeresbedarfs wird heute von Unternehmungen hergestellt, die ihre Betriebe zu diesem Zweck umgewandelt haben. Einfacher als in der Waffenfabrikation ist die Durchführung der eigenen Bedarfsdeckung auf den übrigen Gebieten. Vor allem in der Bekleidungsindustrie. Die Bekleidungsämter haben es verstanden recht moderne und leistungsfähige Betriebe einzurichten. Nur eine alte Institution hat sich erhalten: die Beschäftigung der Ökonomiehandwerker blieb bestehen. Im Reichstag ist dieses System wiederholt kritisiert und gefordert worden, daß die zu Friedenszeiten noch beschäftigten rund 4000 Ökonomiehandwerker aus den Betriebswerkstätten ausgeschaltet werden, um

Zivilhandwerkern Platz zu schaffen. Es sollen nicht mehr einige Tausend Personen zum Heeresdienst eingezogen werden, ohne für eigentlich militärische Aufgaben Verwendung zu finden; die Ökonomiehandwerker dienen ja nur den gewerblichen Zwecken der Heeresverwaltung. Ihre Zahl ist übrigens, wie anerkannt werden muß, in den letzten Jahren erheblich zurückgegangen.

Während des Krieges sind nun in bedeutend höherem Maß als sonst Aufträge an die Privatindustrie vergeben worden, und nach einigem Zögern hat die Militärverwaltung sich auch entschlossen einen Einfluß auf die Regelung der Arbeitsverhältnisse in diesen Privatbetrieben auszuüben. Gewisse Zugeständnisse sind nach dieser Seite hin, wie man hervorheben muß, von der Heeresverwaltung auch schon vor dem Krieg gemacht worden. Die Aufträge sollten nur an Unternehmer vergeben werden, die die Gewähr dafür böten, daß sie die Arbeiter ordnungsgemäß entlohnen würden. Aber die strikte Anerkennung irgendeiner tariflichen Regelung lehnte man ab. Der Krieg veranlaßte die Verwaltung zu einer Änderung dieses Verhaltens. Es werden den Unternehmern, soweit die Anfertigung von Kleidungsstücken in Frage kommt, fast allgemein bestimmte Verpflichtungen über die Lohnzahlung auferlegt. Leider sind diese Vereinbarungen nicht allgemein auch für das sonstige Gewerbe zur Anwendung gelangt. So klagen die Korbmacher fortgesetzt darüber, daß für die Aufträge an Kugelkörben feste Abmachungen nicht zu erreichen sind. Diese ungleiche Behandlung kommt daher, daß diese Arbeiten nicht von den Bekleidungsämtern sondern von den Verwaltungen der Militärwerkstätten vergeben werden; es scheint, daß bei den Bekleidungsämtern in der Regel mehr Verständnis und Entgegenkommen für soziale Aufgaben vorhanden ist.

In den letzten Jahren ist sodann wiederholt im Reichstag der Wunsch ausgesprochen worden bei Vergabung von Aufträgen die Heimarbeit in höherem Maß zu berücksichtigen. Die Heeresverwaltung ist diesen Wünschen zum Teil nachgekommen und hat dauernd Aufträge für die Hausindustrie in der Weberei vergeben. Berechnet man nach dem Etat von 1914 den Bedarf an Tuch-, Leinen- und Baumwollstoffen, den die Heeresverwaltung zu decken hat, so ergibt sich der sehr ansehnliche Wert von rund 17¼ Millionen Mark. Wollte man dem Hausgewerbe einen erheblichen Teil dieser Aufträge überweisen, so hieße das eine Betriebsform unterstützen, die nicht mehr konkurrenzfähig ist. Die Heimarbeit in der Weberei kann nur durch starke Ausnutzung der Arbeiterschaft und Herabdrückung ihrer Lebenshaltung existieren. Bei der Erörterung der Frage, wie diese volkswirtschaftlich rückständige Produktionsform am schmerzlosesten vernichtet werden könnte, hat man immer wieder darauf hingewiesen, daß die Zersplitterung der Betriebe in zum Teil vom Verkehr abgelegenen Orten es unmöglich mache die in der Heimarbeit Beschäftigten in andere Industrien überzuleiten; man könne deshalb leider in den schweren Existenzkampf dieser untergehenden Betriebsart nicht eingreifen, da es ein wirklich aussichtsreiches Hilfsmittel nicht gebe. Für die Heeresverwaltung wäre aber in der kommenden Zeit die Möglichkeit hier einzugreifen gegeben. Sie wäre als bedeutende Auftraggeberin in der Lage die Heimarbeit in Betriebswerkstättenarbeit umzuwandeln. Errichtet sie, vielleicht unter Zuhilfenahme des Privatkapitals, Betriebswerkstätten, in deren Verwaltung sie sich Einfluß wahrt, und beschränkt

sie bei der Arbeitsausgabe die Gewinne, so könnte sie diese Elendsindustrie in eine moderne Betriebsform überleiten. Schaltet sie dabei das Zwischenunternehmertum aus und verringert sie so die Geschäftsspesen, so könnte sie sich damit ein gleichmäßiges Fabrikat sichern und hätte zugleich eine sozial- und wirtschaftspolitisch bedeutende Aufgabe in großzügiger Form gelöst.

Über den Umfang der Heimarbeit in den für die Militärverwaltung in Betracht kommenden Zweigen der Weberei ergibt die Betriebsstatistik vom Jahr 1907 folgende Zahlen:

Gewerbe	Anzahl der Betriebe	Anzahl der Hausgewerbetreibenden und beschäftigten Personen		
		männlich	weiblich	zusammen
Wollweberei	8 298	7 435	5 652	13 087
Leinenweberei	10 698	5 856	8 360	14 216
Baumwollweberei	14 147	10 045	11 313	21 358

Aus dieser Zusammenstellung ersieht man, daß die Heimarbeit in der Weberei noch einen erheblichen Umfang aufweist. Da eine größere Leistungsfähigkeit dieser Betriebsart durch Reformen nicht erzielt werden kann, werden gesunde soziale Verhältnisse unter dieser Arbeiterschicht nur durch Aufhebung der Heimarbeit herbeigeführt und so der Todeskampf verkürzt werden, den diese rückständige Produktionsform kämpft. Die Industrie entwickelt wohl aus sich heraus die Kräfte, um eine Umwandlung herbeizuführen, aber der Prozeß vollzieht sich doch nur langsam. Das Unternehmertum ist immer noch in der Lage aus den Heimarbeitern, die die Aufträge zu jedem Preis entgegennehmen müssen, Gewinne herauszuschlagen und empfindet deshalb keinen starken Anreiz zu einer andern Betriebsform überzugehen. Die Arbeiter selbst hängen an der alten Gewohnheit und haben weder die Kraft noch die Möglichkeit sich aus den bestehenden Verhältnissen zu lösen. Rasche Umformung dieser Industrie scheint daher viel eher durch einen Eingriff von außen als durch Entwicklung von innen heraus möglich.

Durch die Vergebung der großen Aufträge der Heeresverwaltung, denen sich später die Aufträge von Staat und Gemeinden anschließen könnten, wäre diese Umwandlung der Arbeitsmethoden zu bewerkstelligen. Freilich würde eine gewisse Zersplitterung in der Betriebsorganisation eintreten, denn die Heimarbeit in der Weberei ist vielfach in kleinen Ortschaften versteckt. Will man die Arbeiter der Heimindustrie weiter nutzbar machen, so müssen überall in leicht erreichbarer Entfernung von den Wohnsitzen der Arbeiterschaft Betriebswerkstätten eingerichtet werden. Trotzdem bestünde eine Zentralisation des Betriebs, die die heute von einer Schar von Großkaufleuten ausgeübten Funktionen zu übernehmen hätte: die Regelung der Arbeitsverhältnisse, den Einkauf der Rohmaterialien, die Verteilung der Arbeit. Selbst bei einer so zersplitterten Arbeitsform würde sich eine erhebliche Ersparnis gegenüber dem heute üblichen Geschäftsaufwand ergeben. Die Vorzüge dieser Organisation lägen vor allem in der technisch höhern Leistungsfähigkeit und der Gleichartigkeit der auszuführenden Fabrikate. Die Betriebe hätten jahraus jahrein Trikotagen, Leinen- und Baumwollzeuge gleicher Qualität anzufertigen, sie besäßen damit Aufträge, wie sie kein Groß-

betrieb sonst erwirbt. Die zahlreichen Aufwendungen, die anderen Unternehmungen aus dem Wechsel der Mode, der Anfertigung neuer Muster erwachsen, fielen hier fort, und die Betriebe gewannen eine Einfachheit und Stetigkeit, die es ermöglichte auch ein vorzügliches Fabrikat herzustellen. Sie könnten auch Rücksicht auf die landwirtschaftlichen Bedürfnisse nehmen, das heißt die Arbeit könnte so eingeteilt werden, daß zu Zeiten, wo dringende landwirtschaftliche Arbeiten vorliegen, die Arbeitskräfte freigegeben werden. Mit der Herstellung der Stoffe könnte die Wäschefabrikation gleich in Verbindung gebracht werden. Ebenso die Herstellung von einfachen Bekleidungsstücken in eigenen Betriebswerkstätten. Die Verteilung der Aufträge wäre natürlich hier viel leichter als bei dem schwankenden Bedarf, wie er in der Privatindustrie durch den Wechsel der Saison hervorgerufen wird.

Die Arbeiter, auch diejenigen, die aus alter Gewohnheit aus der Heimarbeit nicht herauswollen, würden sehr bald erkennen, daß eine solche Neuregelung ihrem Vorteil diene. Ein treffendes Beispiel dafür ist die Gründung einer kleinen Genossenschaftsweberei in Leupoldsgrün in Oberfranken. Diese Weberei, die mitten im Bezirk einer ausgedehnten Heimarbeit liegt, hat sehr schnell Arbeitskräfte gefunden, und sie würde, wenn ihr die nötigen Mittel für Betriebserweiterungen zur Verfügung ständen und sie sichere Aufträge hätte, rasch zersetzend in die Heimarbeit eingreifen. Wer hier oder anderwärts Einblick in solche Heimarbeitsstätten gehabt hat, wird bald von dem irrigen Glauben kuriert sein, daß dem Arbeiter durch den Übergang zu der Fabrikarbeit etwas verloren geht.

Der Ausführung des Projekts würden sich natürlich kapitalistische Interessen hindernd in den Weg stellen. Und auch für die Militärverwaltung wäre sie keine leichte Aufgabe. Doch hat sie während des Krieges größere bewältigen müssen. Schließlich sind die bisherigen Betriebswerkstätten der Militärverwaltung auch kein einheitliches Ganzes; sie bestehen als Einzelbetriebe in den verschiedenen Bezirken. Heute wendet der Staat für Web- und Stickschulen schon ganz beachtliche Summen auf. Ein direkter Eingriff in die kümmerliche Produktionsform der Hausarbeit wäre von nicht minder großem Nutzen für die Allgemeinheit als diese Bemühungen ein technisch geschultes Personal heranzubilden. Man vergegenwärtige sich, um nur ein Beispiel anzuführen, was es sozialpolitisch bedeutete, wenn es gelänge die Heimarbeiter der schlesischen Leinen- und Baumwollindustrie aus ihrem Elendsdasein herauszuheben. Und niemand kann in Abrede stellen, daß wir in der kommenden Zeit gerade die am schlechtesten gestellten Arbeiterschichten werden heben müssen, da sie bei der wahrscheinlich andauernden Verteuerung der Lebenshaltung am schwersten leiden würden. Zu einem durchgreifenden Erfolg können wir aber bei diesen Bemühungen nur kommen, wenn wir in der Heimarbeit zu einer gänzlichen Änderung der Arbeitsmethode übergehen.

Eine gut durchgeführte Betriebsorganisation, die die Kräfte der Heimarbeit auf Grund technischer Vervollkommnung des Betriebs zu höherer Leistungsfähigkeit emporführt, wird zugleich die Privatunternehmungen anregen den gleichen Weg zu gehen. Im Wettbewerb auf dem Weltmarkt wird das der Textilindustrie nicht schaden, denn mit der Ausnutzung der Heimarbeit hat sie keinen Ruhm erworben. Die Konkurrenz erhält sich nie dauernd durch niedrigere Arbeitslöhne sondern durch Anwendung vorteilhafter Betriebs-

methoden und vollkommener technischer Hilfsmittel. Beides ist in der Heimarbeit ausgeschlossen. Kann aber die Heimarbeit in der Weberei diese Umformung des Gewerbes nicht aus eigener Kraft erreichen, so muß ihr die erforderliche Hilfe zuteil werden.

XX
**PAUL UMBREIT · DAS PROBLEM DER KRIEGS-
 INVALIDENFÜRSORGE**



PROBLEME öffentlicher Fürsorge sind durch diesen Weltkrieg geschaffen worden, an die man in früheren Kriegen kaum je gedacht hat. Wer kümmerte sich früher um das berufliche Fortkommen der Kriegsinvaliden? Sie erhielten ihre Invalidenrente, der eine oder andere wohl auch eine Zivilanstellung, die meisten aber blieben auf sich und die Hilfe ihrer Familien angewiesen. Wenn es schlimm kam, gab man ihnen eine Drehorgel und einen Wandergewerbeschein, und sie durften ihr Elend vor fremder Leute Türen um Mitleid flehen lassen. Die Zahl der Opfer des gegenwärtigen Krieges ist zu groß, als daß man sie auf solche Weise loswerden könnte. Aber auch das soziale Gewissen verbietet es heute sich der Invaliden so zu entledigen. Überdies stellen diese Invaliden einen nicht wertlosen Bestandteil der Nation dar; sie vereinigen in sich eine bedeutende Menge beruflichen Wissens und Könnens, das unsere Volkswirtschaft nach dem Krieg nur schwer entbehren könnte. Vor allem aber ist unsere Invalidenheilkunde und Invalidenerziehung heute so hoch entwickelt, daß sie wohl fähig sein dürfte die Invaliden ihrem Erwerbsberuf wiederzuzuführen. In der Kinderkrüppelfürsorge und in der Unfallheilkunde sind in jahrzehntelanger Arbeit die Erfahrungen gesammelt worden, die man jetzt zur Wiederherstellung der Kriegsinvaliden anwendet. Und da auch die Geldmittel zu diesem Zweck reichlich fließen, darf man annehmen, daß alles geschehen wird, was menschliches Können vermag, um diesen Männern zu ersetzen, was der Krieg ihnen nahm.

Die Kriegsinvalidenfürsorge umfaßt gegenwärtig schon so viele Spezialgebiete, daß man sich in einer allgemeinen Erörterung der Frage nur auf die wichtigsten Punkte beschränken kann. Ihre wesentlichsten Aufgaben sind Heilung, Wiederherstellung der Erwerbsfähigkeit, Einführung in den Beruf, Arbeitsvermittlung, Arbeitsregelung und Familienfürsorge.

Die Heilung der Kriegsinvaliden (Verletzte, Kranke) erfolgt in den Reservelazaretten. Hier werden zerschossene Glieder entweder amputiert oder durch Knochen-, Sehnen- und Muskelverpflanzungen wiederhergestellt, gelähmte und versteifte Glieder wieder gebrauchsfähig gemacht und Krankheiten ausgeheilt. Nach der Heilung sucht man den Verletzten oder Kranken zu kräftigen; man sorgt für Unterhaltung, Bewegung, körperliche und geistige Tätigkeit und nötigenfalls für einen Aufenthalt in einem Badeort oder einem Erholungsheim. In diesem Stadium der Behandlung scheidet man die noch Kriegsverwendungsfähigen von den Dienstuntauglichen. Die einen treten während des Krieges wieder in den Heeresdienst ein, während die anderen zur Entlassung vorbereitet werden.

Auch unter den Kriegsverwendungsfähigen, die erst mit dem Ende des Krieges entlassen werden, sind sicherlich Invaliden, die eine dauernde Einbuße in

ihrer Erwerbsfähigkeit erlitten haben; bei ihnen wird die Kriegsinvalidenfürsorge in späterer Zeit alles zu ihrer Wiedereinführung in den bürgerlichen Erwerb Notwendige tun müssen. Bei den Dienstuntauglichen beginnt man an der Wiederherstellung der Erwerbsfähigkeit sofort zu arbeiten. Die Arbeit setzt bereits in der Erholungsperiode mit Übungen in leichten Handfertigkeitstätigkeiten und Unterricht in elementaren Wissensfächern ein und schreitet dann zur Berufsvorbereitung fort; diese erfolgt in Spezialwerkstätten, in Verbindung mit theoretischem Fachunterricht. Zu den Dienstuntauglichen zählen solche, die den Verlust von Gliedern oder bestimmter Sinneswerkzeuge zu beklagen haben, solche, bei denen gewisse Glieder gebrauchsunfähig geworden sind, und endlich solche, die infolge von Krankheit oder Schwäche ihren Beruf nicht mehr ausüben können. Zunächst sucht man die allgemeine Arbeitsfähigkeit wiederherzustellen, ohne Rücksicht auf einen besondern Beruf. Der Blinde muß schreiben, lesen und sich möglichst ohne Führung bewegen, der taub Gewordene anderen die Worte vom Mund ablesen lernen. Beide müssen erst so weit vorgebildet werden, um sich in den Verkehr mit ihrer Umgebung wieder einfügen zu können. Den Krüppeln werden für die amputierten Glieder Ersatzglieder, sogenannte Prothesen, geliefert, und sie müssen in deren Gebrauch geübt und ausgebildet werden. Es gibt Arbeits- und Schmuckprothesen; beide sind notwendig, und beide werden den Verstümmelten von der Heeresverwaltung zur Verfügung gestellt. Invaliden, die durch Verwundung oder Krankheit (Gicht, Rheumatismus) die Gebrauchsfähigkeit gewisser Glieder oder Muskelpartien verloren haben, werden orthopädisch behandelt, bis ein möglichst hohes Maß von Gebrauchsfähigkeit wiedergewonnen ist.

Allgemeine Arbeitsfähigkeit ist die Voraussetzung jedes Erwerbs. Das Ziel der Kriegsinvalidenfürsorge geht indes dahin den Invaliden einem bestimmten Beruf zuzuführen, damit er im Erwerbsleben einen bestimmten Platz ausfüllen kann. Die größten Chancen zu künftigem Fortkommen hat er in der Regel in dem vor dem Krieg erlernten oder ausgeübten Beruf. Jeder Berufswechsel in vorgeschrittenem Alter ist schon für den Gesunden ein Wagnis, geschweige denn für den Invaliden. Zwar gibt es zahlreiche Berufe, die keine bedeutenden Vorkenntnisse erfordern, und die auch der Invalide ausfüllen kann. Diese werden indes schon von Invaliden der Industrie überfüllt, und erst recht von den Kriegsinvaliden, sie bieten somit recht wenig Aussicht auf ausreichenden Verdienst. Viele Kriegsinvaliden hoffen auch auf eine Anstellung in privaten oder öffentlichen Diensten, die nur geringe Kenntnisse und Kräfte voraussetzt. Aber in keinem dieser Berufe reicht die Zahl der verfügbaren Hilfsstellen auch nur entfernt an die der Berufsinvaliden heran. Reich, Staat und Gemeinde werden so viele Invaliden aus den Reihen ihrer eigenen Angestellten zu versorgen haben, daß auch hier die Hoffnung gering ist noch andere unterzubringen. Doch nicht nur aus wirtschaftlichen sondern auch aus ethischen Gründen ist die Rückkehr zum erlernten Beruf dringend anzuraten. Denn den Invaliden befriedigt die als Wohltat gewährte Versorgung auf die Dauer weit weniger als die Tätigkeit im eigenen Beruf, selbst wenn er diesen nicht in vollem Umfang ausfüllen kann. Denn selbstverständlich wird die Kriegsverletzung in vielen Fällen die vollständige Wiederaufnahme der frühern Arbeit nicht zulassen; der Invalide wird für die eine oder andere Hantierung nicht mehr geeignet sein. Dennoch ist, wie

gesagt, auch eine beschränkte Erwerbsarbeit in dem frühern Fach einem Wechsel des Berufs vorzuziehen. Selbst Hilfsarbeiten oder Hilfsstellungen sollten lieber in dem Fach übernommen werden, das einmal gründlich erlernt war, als in einem fremden Gebiet. Überdies läßt sich ein Verlust an physischer Arbeitsfähigkeit vollkommen ausgleichen durch ein Mehr an geistigem, an theoretischem Können, das zu Aufsichts- oder leitenden Stellungen qualifiziert. Auch dieses Können jedoch ist im Bereich des eigenen Berufs eher zu erreichen als in einem völlig fremden.

Vor allem kann es nicht das Ziel der Kriegsinvalidenfürsorge sein alle Invaliden zu kaufmännischen Angestellten, Bureauangestellten, Stenotypisten, Kassenboten oder Telephonisten zu machen, da sich nicht jeder für solche Stellungen eignet, und diese Berufe ohnehin nach dem Krieg unter starkem Andrang leiden und gegen ihre wirtschaftliche Herabdrückung zu kämpfen haben werden. Der schwierigste Teil der Kriegsinvalidenfürsorge ist daher die *Berufsberatung*. Sie hat zunächst festzustellen, ob der Invalide imstande ist zu seinem frühern Beruf zurückzukehren. Darüber muß in erster Linie der behandelnde Arzt, in zweiter der Fachmann entscheiden. Der Arzt muß begutachten, ob die Ausübung des Berufs irgendwelche Nachteile für den körperlichen Zustand des Invaliden zur Folge haben könnte. Der Fachmann hat festzustellen, ob der Mann mit dem ihm verbliebenen Rest an Arbeitsfähigkeit in seinem Beruf vermutlich noch irgendeine Stellung zu finden vermag, die ihm ein genügendes Auskommen sichert. Zur fachlichen Begutachtung sind sowohl Arbeitgeber wie Arbeiter oder Angestellte heranzuziehen. Diese fachliche Berufsberatung wird in den größeren Städten am besten von paritätisch organisierten Berufsberatungsstellen übernommen, die mit der Gesamtorganisation der Kriegsinvalidenfürsorge in engem Zusammenwirken arbeiten. Will die Berufsberatung ihr Ziel: die Verletzten wieder berufsfähig zu machen, voll erreichen, so muß sie mit Lehr- und Übungswerkstätten, Fach-, Gewerbe- und technischen Schulen in Verbindung treten und die Invaliden zu deren Besuch anhalten. Die Werkstätten sind in der Regel schon mit den Lazaretten verbunden, wenn sie sich dort auch nur auf die wichtigsten Berufsgruppen beschränken. Eine größere technische Vielseitigkeit läßt sich durch Angliederung von Werkstätten an die Gewerbe- und technischen Schulen erreichen, während die Fachschulen den Spezialberufen mehr Raum und Rücksicht widmen können. Hierbei ist vor allem Wert darauf zu legen, daß den Invaliden die für ihren Beruf besonders geeigneten Arbeitsglieder geliefert und sie in deren Gebrauch geübt werden. Der theoretische Unterricht an diesen Schulen soll die Invaliden zu qualifizierten Berufsleistungen, eventuell auch zu leitenden oder Aufsichtsstellungen fähig machen. Ist der Kriegsinvalid in dem Beruf nicht mehr verwendbar, den er erlernt und vorher ausgeübt hat, so soll die Berufsberatung einen für ihn geeigneten Beruf ausfindig machen. Das ist natürlich keine leichte Aufgabe, und es ist nicht möglich allgemeine Regeln dafür aufzustellen, da hier von Fall zu Fall die Entscheidung nach dem körperlichen Zustand, der technischen und geistigen Anpassungsfähigkeit des Invaliden und nach der Auswahl der verfügbaren Berufe getroffen werden muß. Es kann ein vollständiges Umlernen für eine neue Arbeit nötig werden, in deren Ausübung der Verletzte nicht behindert ist. Es kann vielleicht auch eine passende Stellung für ihn ausfindig gemacht werden, die ihm voraussichtlich auf lange

Zeit hinaus genügendes Einkommen gewährleistet. Oder man kann versuchen ihm als Kleingewerbetreibendem, Handelsmann, kleinem Landwirt oder Siedlungskolonisten einen selbständigen Erwerb zu schaffen. Auch die Mitarbeit der Familie des Verletzten wird dabei zuweilen mit in Aussicht genommen werden müssen. Wo von einer Beschäftigung als Arbeiter oder Angestellter abgesehen werden muß, darf man es auch an weitgehender Unterstützung nicht fehlen lassen. Dem Kleingewerbetreibenden sind Werkstatt, Maschinen und Werkzeuge, dem Handelsmann einiges Betriebskapital, dem Kolonisten eine Scholle Land mit einem Häuschen in Erbpacht zu geben, mit langfristigen Tilgungsterminen oder in irgendeiner andern, nicht drückenden Form.

Mit der Berufsberatung geht die *Arbeitsvermittlung* Hand in Hand. Sie ist auf jeden Fall paritätisch zu gestalten, wird aber am besten mit der Berufsberatung verbunden. In erster Linie soll versucht werden den Kriegsinvaliden in dem Betrieb unterzubringen, in dem er zuletzt vor seiner Einziehung oder vor dem Krieg die längste Zeit hindurch tätig war, wo er somit eine gewisse Anwartschaft auf Wiederbeschäftigung erworben hat. Dies soll dem Invaliden nicht nur den Wiedereintritt in den Beruf überhaupt erleichtern; es wird ihm auch ein Vorwärtskommen unter den ihm bekannten Betriebs-, Arbeits- und Personalverhältnissen eher möglich sein als in einem ihm völlig fremden Betrieb. Die Arbeitgeberorganisationen haben auch bereits versprochen für die Weiterbeschäftigung der Kriegsinvaliden bei ihren früheren Arbeitgebern eintreten zu wollen. Das ist natürlich nicht in jedem Fall durchführbar, teils wegen der Natur der Verletzungen teils wegen der Art und Größe der in Betracht kommenden Betriebe. Weigert sich ein Arbeitgeber einen Kriegsinvaliden wieder einzustellen, der vorher bei ihm tätig war, so soll ihm eine Zusage natürlich nicht abgenötigt werden; denn es wäre verfehlt die Kriegsinvaliden dem Mitleid preiszugeben. Die meisten werden ohnehin in neuen Arbeitsstellen untergebracht werden müssen, und dabei wird man von vornherein ihr physisches und technisches Können und die geforderten Leistungen gegen einander abwägen müssen.

Mit der Unterbringung des Kriegsinvaliden in einer geeigneten Stellung ist jedoch die Aufgabe der Arbeitsvermittlung noch nicht erschöpft. Sie hat sich auch um die *Lohn- und Arbeitsbedingungen* zu kümmern, die dort seiner warten. Die Lohnfrage ist das *A und O* in dem ganzen Erwerbsproblem der Kriegsinvaliden; denn die Höhe der Entlohnung entscheidet ja darüber, ob dem Mann, der im Dienst des Vaterlands seine Gesundheit und seine heilen Gliedmaßen geopfert hat, ein seiner sozialen Stellung entsprechendes Auskommen gesichert ist. Ja, wir verlangen sogar mehr für ihn als das bloße Auskommen, besonders wenn es sich um relativ junge Leute handelt, die ihre ganze Zukunft ihrem Volk zum Opfer gebracht haben. Für sie muß auch ein befriedigendes Fortkommen ermöglicht werden, das ihnen das Weiterleben nicht zur Last sondern zur Lust werden läßt. Die erste Voraussetzung einer richtigen Lohnregelung für die Kriegsinvaliden ist die Durchführung des Grundsatzes, daß sie stets mindestens nach ihren Leistungen entlohnt werden, und daß ihnen die Militärrente auf keinen Fall angerechnet wird. Für die Honorierung der Leistungen muß der Lohnsatz maßgebend sein, der dem gesunden Arbeiter für die gleiche Arbeit pro Stück oder Zeiteinheit gezahlt wird. Bei Stücklöhnen ist die Regelung leicht

durchführbar; bei Zeitlohn kann aber gleichfalls die Arbeitsmenge (bei gleicher Arbeitsqualität) festgestellt werden, die ein gesunder Arbeiter für einen bestimmten Lohnsatz liefert. Bei Zeitlohn ist der Lohnsatz für den Verletzten schriftlich zu vereinbaren und bei steigender Leistung von Zeit zu Zeit neu zu regeln. Auch die sonstigen Arbeitsverhältnisse müssen geprüft werden, damit dem Verletzten daraus kein dauernder körperlicher oder moralischer Nachteil erwächst. Betriebe, in denen eine wüste Akkordhetzerei herrscht, dürften nicht für jeden Invaliden geeignet sein, noch weniger solche mit gesundheitsschädlichen Arbeitsmethoden. Auch in sittlicher Hinsicht bedarf der Kriegsinvaliden oft des Schutzes. So hat sich bereits ergeben, daß manche Unternehmer mit Vorliebe Kriegsinvaliden einstellen, um das Mitleid, das ihnen in besonderem Maß entgegengebracht wird, für sich auszunutzen. Sie beschäftigen diese Invaliden im Geschäft oder Hausiergewerbe mit dem Verkauf kleiner Handelsgegenstände oder als Kellner, Ausrufer und dergleichen. Eine derartige Tätigkeit ist nicht nur demütigend für die Invaliden, sie verletzt auch in hohem Grad das öffentliche Empfinden, das den Kriegsoffizieren gegenüber Achtung und Ehrfurcht sowie rücksichtsvolle Fürsorge fordert. In ähnliche Lage können natürlich die Kriegsinvaliden auch in gewerblichen Betrieben kommen, wenn Arbeitgeber, Vorgesetzte oder Mitarbeiter sie fühlen lassen, daß sie mehr aus Mitleid geduldet als um ihrer Leistungen willen beschäftigt werden. Und zwar dürfte die Gefahr, daß es so kommen könnte, nicht allein bei sehr unsozialen, unedel denkenden Menschen vorliegen. Ist der Krieg erst einmal in Vergessenheit geraten und damit die Ursache des Unglücks der Invaliden und beherrscht der Erwerbssinn wieder alles vollständig, dann wird so mancher nicht mehr wissen, was er den Kriegsinvaliden schuldig ist. Besonders das heranwachsende Geschlecht, das den Krieg kaum gekannt oder empfunden hat, wird es dann vielleicht oft an dem nötigen Zartgefühl fehlen lassen, und dann können für unsere Invaliden schlimme Tage anbrechen, wenn sich nicht auch später noch die Kriegsinvalidenfürsorge ihrer annimmt.

Deshalb kann auch mit der Arbeitsvermittlung deren Aufgabenkreis noch keineswegs erschöpft sein; sie muß vielmehr die ihrer Obhut Anvertrauten auch in ihrem fernern Erwerbsleben betreuen. Die erste Arbeitsstelle ist nicht immer die beste und vielleicht auch keine dauernde. Mißerfolg, Nieder geschlagenheit und Unzufriedenheit stellen sich dann ein, und der Arme würde daran verzweifeln sich je wieder im Leben zurechtzufinden, fände er in der Fürsorgestelle keine Stütze und keinen Anwalt seiner Interessen. Bei Lohndifferenzen kann sie zu seinen Gunsten eingreifen, sofern der Mann keiner Gewerkschaft angehört. Sie kann ihm eine neue, geeignetere Arbeitsstelle verschaffen oder es mit einem Berufswechsel versuchen, wenn der Verletzte schlechterdings in dem erlernten Beruf nicht mehr fort kommen kann. Sie muß sich auch der Familie des Kriegsinvaliden annehmen, sich um deren Wohnungs- und Ernährungsverhältnisse kümmern, ihr um so mehr zur Seite stehen, je weniger ausreichend der invalide Familienvater für die Seinen sorgen kann. Der Krieg dürfte auch manche sittlichen Schäden im Gefolge haben. Die Erfahrungen früherer Kriege lehren, daß bei vielen Kriegsteilnehmern, die so aus ihrem bürgerlichen und familiären Leben gerissen wurden, Trunksucht, Arbeitsunfähigkeit, selbst Rohheit und Neigung zu Ausschreitungen auftreten. Und nicht zuletzt wird auch so

mancher mit Geschlechtsleiden behaftet zurückkehren. Der Wille für die Seinen zu sorgen wird durch alle diese Ursachen bei dem Kriegsinvaliden häufig geschwächt sein; um so weniger kann eine weitgehende Familienfürsorge entbehrt werden.

Schließlich bedarf auch die Fürsorge für die Hinterbliebenen derjenigen Kriegsteilnehmer, die mit dem Tod abgehen, einer organisatorischen Regelung. Es mag streitig sein, ob man diese Aufgabe der Kriegsinvalidenfürsorge beläßt oder sie an die Hinterbliebenenfürsorge abgibt. Jedenfalls darf sie nicht übersehen werden.

Aber auch ohne dies ist es klar, daß die Kriegsinvalidenfürsorge nicht bald nach dem Ende des Krieges erledigt sein kann, sie wird uns vielmehr noch auf Jahrzehnte hinaus zu beschäftigen haben. Das muß ausgesprochen werden, weil es für die ganze Organisation der Fürsorgearbeit von Bedeutung ist. Es handelt sich eben hier um die Schaffung dauernder Organisationen, um die dauernde Anstellung wenigstens eines Teils der nötigen Arbeitskräfte und um ein dauerndes Zusammenwirken der auf diesem Gebiet ehrenamtlich tätigen Organisationen. Je eher man sich mit dieser Tatsache vertraut macht und die geeigneten Lösungen für die Aufgaben sucht, die sie an uns stellt, desto besser für die Mitwirkenden und vor allem für die Kriegsinvaliden. Solche Lösungen zu suchen und Vorschläge für die praktische Arbeit zu machen, das muß Sache der Einzelbearbeitung der verschiedenen Gebiete sein.

XX
**HUGO LINDEMANN · DIE WOHNUNGSFRAGE
 NACH DEM KRIEG**



IT steigender Besorgnis, die in dem Maß wächst wie der Krieg andauert, sehen die Anhänger einer großzügigen Wohnungsreform der Entwicklung unserer Bau- und Wohnungsverhältnisse nach dem Krieg entgegen. Alle Sachverständigen sind sich darüber einig, daß nach dem Krieg eine Wohnungsnot eintreten wird, unter der die minderbemittelten Klassen unseres Volkes vor allem zu leiden haben werden. An großen Wohnungen wird es voraussichtlich nicht fehlen. Sie sind in den letzten Jahren von der privaten Bauunternehmung vorzugsweise, unter Vernachlässigung der kleinen Wohnungen, oft in solcher Fülle gebaut worden, daß mehr als 4 und 5 % der vorhandenen Wohnungen dieser Klasse leerstanden. Über den Umfang und die Intensität der Kleinwohnungsnot gehen die Meinungen auseinander. Wie groß man sich auch die Wohnungsnot am Ende des Krieges vorstellen mag, bei jeder Abschätzung, die immer zu einem bestimmten Zeitpunkt stattfindet, muß man davon ausgehen, daß die Wohnungsnot später um so größer sein muß, je länger der Krieg andauert. Die private Bautätigkeit hat während des Krieges fast ganz aufgehört und wird auch, solange er andauert, sich schon aus Mangel an Arbeitskräften und Geldmitteln kaum wesentlich heben können. Der Bevölkerungszuwachs aber dauert zweifellos an. So allerdings, wie Busching rechnet, spielt sich die Sache nicht ab. Er schreibt: »Deutschland vermehrte sich 1912 um 800 000 Menschen. Für 800 000 Menschen sind 200 000 neue Wohnungen erforderlich.«¹⁾ Diese Rechnung ist so

¹⁾ Siehe Busching Neue Wege zur Wohnungsreform, in der Zeitschrift für Wohnungswesen, 1916, pag. 149.

offenbar falsch, daß man ihre Unrichtigkeit nicht weiter nachzuweisen braucht. Die erwähnten 800 000 Menschen stellen den Geburtenüberschuß dar, das heißt den Überschuß der Geborenen über die im Jahr Gestorbenen. In Betracht kommen aber natürlich für den Wohnungsbau nur diejenigen Altersklassen der Bevölkerung, die heiratsfähig und heiratslustig sind, also in der Hauptsache die Altersklassen von etwa 20 bis höchstens 35 Jahren. Soweit sie einen Hausstand begründen, treten sie als Nachfragende auf dem Wohnungsmarkt auf. Außerdem kommen die Wohnungen hinzu, die für die Zuwandernden zu beschaffen sind, oder richtiger, für den Überschuß der Zuwandernden über die Abwandernden. Und zwar müssen die Überschüsse bei den einzelnen Ortsarten berücksichtigt werden. Infolge der Wanderbewegung werden vielleicht auf dem Land oder in Kleinstädten Wohnungen frei, die keine Besetzung finden, während in den Großstädten für die Zuwandernden neue Wohnungen beschafft werden müssen. Wir haben keine Statistik darüber, wie viele Wohnungen in den letzten Jahren in den verschiedenen Größenklassen der Ortschaften gebaut worden sind. Hätten wir sie, so besäßen wir wenigstens einen Anhaltspunkt für die Wohnungsbedürfnisse unserer Bevölkerung. Wenigstens einen Anhaltspunkt; denn selbstverständlich kann die private Bauunternehmung ihr Angebot dem Bedarf nicht genau anpassen, weil es an jeder Organisation des Baumarkts fehlt. Sie ist dem Wohnungsbedarf entweder voraus oder hinter ihm zurück, und die Differenzen sind in der Regel so groß, daß sich recht unbefriedigende Zustände ergeben. Bei dem Mangel einer ausreichenden Statistik (nur eine Anzahl von größeren Gemeinden verfolgt ihren Wohnungsmarkt statistisch und berichtet an das Kaiserliche Amt) ist man also auf Schätzungen angewiesen, und wie wir schon sahen, werden diese Schätzungen des Wohnungsbedarfs ohne sorgfältige Überlegung vorgenommen. Es soll daher auch hier nicht zu den zweifelhaften Schätzungen eine weitere, wenn auch weniger, so doch immerhin ebenfalls zweifelhafte Schätzung hinzugefügt werden. Es genügt die Tatsache festzustellen, daß von allen Sachverständigen eine Kleinwohnungsnot nach dem Krieg befürchtet wird, und daß diese Befürchtung um so mehr begründet ist, je länger der Krieg dauert und je länger daher die Wohnungsproduktion brachliegt.

Es fehlt nun nicht an Vorschlägen für die Bekämpfung dieser befürchteten Wohnungsnot. Häufig werden damit gleichzeitig noch andere Ziele, zum Beispiel die Reform des Ansiedlungswesens, die Vermehrung der Geburten usw. angestrebt. Wenn man, wie das namentlich seit einiger Zeit geschieht, Wohnungsreform nur als Dezentralisation der großstädtischen Bevölkerung in Gartenstädten und gartenstadtähnlichen Siedelungen und nur deshalb betreibt, weil man sich davon eine Vermehrung der Geburtenzahl verspricht, und weil man diese aus einer einseitigen Beurteilung des Geburtenrückgangs heraus für die Existenz des Deutschen Reichs als entscheidend ansieht, so wird man der Bedeutung der Wohnungsreform für die körperliche, geistige und sittliche Kraft unseres Volkes in keiner Weise gerecht. Man hat schon bisher eine großzügige Wohnungsreform gefordert und gefördert, und mit Recht, weil man von der zentralen Stellung der Wohnung im Leben unseres Volkes ausging, und weil man in besseren Wohnungsverhältnissen die Grundlage jeder höhern Kultur des Volkslebens erblickte. Jetzt aber will man Wohnungspolitik nicht um der Zwecke der Qualitätsverbesserung sondern

lediglich um einer Mehrung der Quantität willen treiben, während doch gerade dieser Krieg, wenn etwas, die Bedeutung der Qualität der Menschen erwiesen hat. Eine tiefgreifende Wohnungsreform, die sich nicht mit Kleinigkeiten aufhält sondern mit Kühnheit und Energie dort zugreift, wo zugegriffen werden muß, das heißt bei der Enteignung des städtischen Grund und Bodens und bei der Organisation des Wohnungsbaus auf antikapitalistischer Basis, also durch gemeinnützige Genossenschaften, durch die Gemeinden, Staat und Reich, einzeln oder in Verbindung mit einander, war schon vor dem Krieg Lebensbedürfnis unseres Volkes und wird es nach dem Krieg erst recht sein.

Es ist begreiflich, daß die Wohnungsfürsorge zunächst in ihrer Beschränkung auf die Kriegsteilnehmer und in noch weitergehender Beschränkung auf die Kriegsinvaliden und die Hinterbliebenen der Krieger das Interesse der Öffentlichkeit erregte. Der Gedanke den deutschen Soldaten, die mit ihrem Blut den Heimatboden verteidigt haben, nach ihrer Rückkehr auch ein Stück der Heimerde mit einem Häuschen darauf zu sichern, sie nicht wieder in die Mietskasernen und ihre Wohnungen an luft- und lichtlosen Höfen hineinzupferchen und als Triebband in den Wirbel der wirtschaftlichen Bewegung hineinzuschaukeln, appellierte sehr stark an das Gemüt des Volkes. Er wurde mit großem Geschick vom Bund der deutschen Bodenreformer aufgegriffen und in einer regen Propaganda verbreitet und lebendig gemacht. Ein Hauptausschuß für Kriegerheimstätten entstand, der den Erlaß eines Reichsgesetzes zur Errichtung von Familienheimstätten für die Krieger oder ihre Hinterbliebenen durchzusetzen suchen soll. Dieser Hauptausschuß hat einen solchen Gesetzentwurf ausarbeiten lassen und dem Reichstag unterbreitet. Danach soll das Reich den Bundesstaaten Mittel zur Errichtung von Kriegerheimstätten zur Verfügung stellen, unter der Bedingung, daß diese bestimmten Grundsätzen entsprechen. Die Heimstätten sind entweder Wohnheimstätten oder Wirtschaftsheimstätten, das heißt Gärtnereien oder landwirtschaftliche Anwesen kleinbäuerlichen Umfangs. Es wird also Wohnungsreform mit Siedlungsreform verbunden. Das ist der schwache Punkt des Gesetzentwurfs, aus dem eine Reihe schwerer Mängel sich ergibt. Wie der Entwurf zeigt, ist es in der Tat nicht möglich beide Ziele gleichzeitig mit einander zu verfolgen. Siedlungsreform geht auf eine andere Verteilung des landwirtschaftlich genutzten Grundbesitzes, der Bau von Wohnheimstätten, das heißt von Kleinhäusern mit Nutzgärten, läßt diese vollständig unberührt. Die erste findet ihre Gegnerschaft in dem Großgrundbesitz als dem Nutznießer der geltenden Grundbesitzordnung, die andere im Hausbesitz, der seine Rente durch die neuen, anziehenderen, ihm daher schwere Konkurrenz machenden Wohnungskolonien gefährdet sieht, und in der Bodenspekulation, für die die höhere und dichtere Überbauung durch den größern Spielraum der Preisgrenzen größere Bewegungsfreiheit und Profitchancen bietet. War es klug diese beiden Gegnerschaften mit einander zu vereinigen und zu gemeinsamem Feldzug gegen den Entwurf in Bewegung zu setzen? Es wäre sicherlich sachlich richtiger und politisch zweckmäßiger gewesen, wenn der Bund der Bodenreformer seine Bestrebungen auf die Beschaffung von Wohnheimstätten konzentriert und die Sympathieen der Bevölkerung für die Kriegsteilnehmer in diese Richtung gelenkt hätte. In Wirklichkeit steht auch die Wohnheimstätte an erster Stelle in dem Gesetz-

entwurf, und man hat den Eindruck, als ob die Wirtschaftsheimstätten nur deshalb hinzugefügt seien, damit man sich nicht dem Vorwurf der einseitigen Bevorzugung der städtischen Bevölkerung aussetze. Mit Unrecht; denn die Wohnungsverhältnisse sind auf dem Land ebenso verbesserungsbedürftig wie in der Stadt, nur in anderer Richtung, und ein Gesetzentwurf, der sich auf die Beschaffung von Wohnheimstätten beschränkt hätte, hätte deshalb doch Stadt und Land seine Segnungen gleichermaßen zugewendet. Doch will ich darüber nicht weiter mit dem Bund der Bodenreformer rechten.

In dem Gesetzentwurf interessieren besonders zwei Punkte.

Einmal: Die Bundesstaaten, Gemeinden und Gemeindeverbände haben nach ihm geeigneten Boden zu solchen Bedingungen zur Verfügung zu stellen, daß bei Wohnheimstätten die Gesamtleistungen nicht höher sind als die der Lebenshaltung entsprechende ortsübliche Miete im Vielfamilienhaus. Es soll daher ein Enteignungsrecht für un bebauten Boden gewährt werden, dessen Preis eine bestimmte Grenze nicht überschreiten darf. Es ist in der Tat von der größten Wichtigkeit, daß die Organisationen, die Kriegerheimstätten bauen wollen, billigen Boden zur Verfügung haben. Nun ist aber ohne Zweifel in der sich direkt an die bebauten Ortsteile anschließenden Zone der Bodenwert meist schon so hoch, daß Kleinhäuser mit Nutzgärten unmöglich sind, wenn der hohe Bodenpreis bezahlt werden muß. Allerdings kann man selbst bei einem Bodenpreis bis zu 13 Mark für den Quadratmeter baureifen Bodens Einfamilienhäuser auf Grundstücken bis zu 150 Quadratmeter für die besser bezahlte Arbeiterschaft und für die niedriger entlohten Schichten des Mittelstands schaffen. Für das Gros der Arbeiterschaft aber ist dieser Preis zu hoch. Es muß daher mit der Siedelung die Zone des hohen Bodenwerts übersprungen und in der folgenden Zone niedrigeren Bodenpreises gebaut werden. Das ist aber nicht möglich, wenn nicht wenigstens in Großstädten die erforderlichen Verkehrsmittel gleichzeitig bereitgestellt werden. Die Gemeinden werden nicht immer in der Lage sein geeigneten Boden für die Errichtung von Kriegerheimstätten zur Verfügung zu stellen. Das Enteignungsrecht ist daher notwendig. Für seine Anwendung ist Voraussetzung die Aufstellung von Grundsätzen für die Preisbemessung, die zukünftige, nur mögliche Gewinne bei der Preisbemessung ausschließen. Solange man aber daran festhält auch für entgehenden Gewinn zu entschädigen, werden die Bodenpreise zugunsten des Urbesitzers oder des Zwischenpekulanten und zum Schaden der Allgemeinheit verteuert.

Der zweite Punkt ist die Finanzierung der Kriegerheimstätten. Der in dem Gesetzentwurf vorgeschlagene Modus ist höchst anfechtbar. Zur Deckung der vom Reich zu gewährenden 90 % der reinen Baukosten sollen die Darlehenskassen Darlehensscheine ausgeben. Die Beleihung ist mit 4 % zu verzinsen. Aus der Einnahme soll die Einlösung der verausgabten Scheine erfolgen. Nach Ablauf von 2 Jahren nach dem Krieg sollen durch eine gesetzliche Regelung die Mittel der öffentlichen oder öffentlich beaufsichtigten Spargeldsammelstellen zu einem Teil der Heimstättenbildung dienstbar gemacht werden. Die Nutzbarmachung der Mittel der Landesversicherungsanstalten, der Privatversicherungsanstalten, der Sparkassen usw. ist hier wie auch in anderen Vorschlägen (Beuster) das Kernstück der Finanzierung. Ohne Zweifel vermag man durch ein Reichsgesetz den Anstalten die Ver-

pflichtung aufzuerlegen einen Teil der bei ihnen einlaufenden Geldmittel für den Bau von Kriegerheimstätten zur Verfügung zu stellen. Man kann auch die Hypothekenbanken durch Gewährung besonderer Vergünstigungen nach den Vorschlägen Biermers veranlassen mehr als bisher die Beleihung der Kleinwohnungsbauten zu pflegen. Man muß sich aber darüber klar sein, daß man mit diesem Zwang nicht auch den Zwang zur Gewährung eines bestimmten, sich unter dem üblichen Hypothekenzinsfuß bewegenden Zinssatzes verbinden kann. Die Förderung des Kleinwohnungsbaus gehört nicht zu den primären Aufgaben der Versicherungsanstalten, so wenig wie der Sparkassen. Sie mögen durch eine Förderung des Kleinwohnungsbaus ihre eigenen Aufgaben und die Wohlfahrt der bei ihnen Versicherten fördern. Das ist aber ein Moment, das erst in zweiter Linie kommt. Von all diesen Anstalten, mit Ausnahme der öffentlichen Landesversicherungsanstalten, wird man also für den Kleinwohnungsbau das Geld nicht billiger erhalten können als sie es bisher allgemein dem Baumarkt zur Verfügung stellten. Handelte es sich also bei der Beschaffung der Kriegerheimstätten und darüber hinaus auch bei der allgemeinen Wohnungsreform ausschließlich darum Wohnungen billiger herzustellen als dies die private Bauunternehmung vermag, so wäre der Kleinwohnungsbau auf Geld zu billigerem als dem allgemeinen Zinsfuß angewiesen, und es blieben nur das Reich oder die anderen öffentlichen Körperschaften (Einzelstaaten und Gemeinden) als mögliche Geldgeber übrig. Denn nur sie wären imstande Zinsverluste aus allgemeinen Steuermitteln zu tragen, wobei die Deckung des entstehenden Defizits mit dem Interesse des allgemeinen Wohls gerechtfertigt werden könnte. Bei einem Bau von Kleinwohnungen auf großer Stufenleiter würde das Defizit allerdings sehr bald gewaltig anschwellen. Doch wäre dies immer noch das geringste Bedenken. Größeres Gewicht kommt einem andern Einwurf zu. Man weist auf die Gefahr hin, daß eine solche allgemeine Subvention der minderbemittelten Klassen aus öffentlichen Mitteln von den Unternehmern als Vorwand dafür benutzt werden würde einen Teil des Lohns einzusparen oder jedenfalls Lohnerhöhungen zu bekämpfen. Lohnergänzungen aus öffentlichen Mitteln haben stets dazu geführt, daß der Lohnanteil auf Kosten des öffentlichen Zuschusses geringer geworden ist. Nun haben allerdings bisher schon die Landesversicherungsanstalten Geldmittel zu niedrigerem Zinsfuß zur Verfügung gestellt, ohne daß, wie es scheint, jene Folgen eingetreten sind. Zunächst ist meines Wissens diese Frage überhaupt noch nicht untersucht worden. Zudem ist die Zahl der so unterstützten Arbeiter und Angestellten zu klein, um für den allgemeinen Arbeitsmarkt und seine Gestaltung von Bedeutung zu sein. Schließlich aber ist der billigere Zinsfuß, den die öffentlichen Versicherungsanstalten den Baugenossenschaften berechnet haben, keineswegs geringer als der allgemeine, wenn man die Verpflichtung zur Amortisation und die übrigen beschränkenden Verpflichtungen in Berechnung zieht. Die Praxis dieser Anstalten kann also nicht gegen den Einwurf ins Feld geführt werden. Er ist ohne jeden Zweifel beachtenswert. Außerdem spricht eine große Zahl anderer Gründe, die hier nicht entwickelt zu werden brauchen, für die Auffassung, daß eine großzügige Wohnungsreform für die Gesamtheit der minderbemittelten Klassen nicht auf Grundlage der Wohltätigkeit, mit Deckung des entstehenden Defizits aus den Taschen der Steuerzahler gemacht werden kann. Die gewaltigen Geldmittel, die dafür notwendig sind, können nur unter annähernd den gleichen Bedingungen be-

schaftt werden, unter denen sie der privaten Unternehmung zur Verfügung stehen. Allerdings können durch zweckmäßige Organisation, durch die größere Sicherheit, die dem Geldgeber gewährt werden kann, Vorteile für den gemeinnützigen Wohnungsbau entstehen, die sich auch in einem niedrigeren Zinsfuß, namentlich für die zweiten Hypotheken, ausdrücken dürften. Kann aber nicht die Wohltätigkeit zur Lösung des allgemeinen Wohnungsproblems herangezogen werden, so stehen doch dafür alle die Kapitalien zur Verfügung, die bisher ausschließlich der privaten Unternehmung zugute kamen, und es kann dafür gesorgt werden, daß sie bereitgestellt werden, ohne daß man volkswirtschaftlich Unmögliches unternähme. Billigkeit der Wohnungen kann man nicht dadurch erzielen, daß man nur mit billigen Zinsen arbeitet und die Arbeit einstellt, wenn der billige Zinsfuß nicht erwirkt werden kann. Reduktion der Bodenanteile, Bau im Großbetrieb, Ausbildung des Kleinhausbaus in der Richtung auf das konstruktiv absolut Notwendige usw. sind wirksamere Mittel, wie die oberflächlichste Betrachtung beweist. Dazu käme dann eine zweckmäßige Organisation des Kredits für den gemeinnützigen Wohnungsbau, die allerdings ihr Ziel nicht darin sehen sollte neue Anstalten zu den alten zu schaffen, wie das der preußische Gesetzentwurf über die Einrichtung der Stadtschaften tut, sondern die an die bestehenden anzuknüpfen hätte. Freilich muß man sich darüber klar sein, daß nach dem Krieg ein starker Mangel an Leihkapital eintreten dürfte. Da indes das Wohnungsbedürfnis zu den elementarsten Bedürfnissen des Menschen gehört, so ist nicht daran zu zweifeln, daß die Wohnungsproduktion ihren Anteil an dem vorhandenen Leihkapital an sich ziehen wird.

Von jeher hat man bei den Diskussionen über die Wohnungsreform den Fehler begangen ganz allgemein von einer Wohnungs- oder Arbeiterwohnungsfrage zu sprechen, ohne sich die großen Unterschiede in der Lebenshaltung und dem Einkommen, also auch in den Wohnungsansprüchen innerhalb der Arbeiterschaft gegenwärtig zu halten. Der qualifizierte Arbeiter, der bei 9stündiger Arbeitszeit ein Einkommen bis zu 2000 Mark und mehr bezieht, kann und sollte sein Wohnungsbedürfnis in anderer Weise befriedigen als der Gelegenheitsarbeiter in den Häfen unserer Großstädte. Seine Organisation schützt ihn bis zu bestimmten Grenzen vor Lohndruck; ihm ist eine gewisse Stabilität der Beschäftigung und damit eine Einkommenssicherheit gegeben, die sich der des kleinen Beamten nähert. Der Gelegenheitsarbeiter dagegen hat kein festes Tageseinkommen, nicht einmal feste Stundensätze für seine Arbeit; ihn stützt keine Organisation. Er ist vielleicht nicht einmal organisierbar. Er ist ebenso unfähig zur Selbsthilfe, wenn es sich um die Wohnungsbeschaffung wie wenn es sich um den Kampf gegen Lohndruck handelt. Hier müssen also andere Kräfte, das heißt Baugenossenschaften oder Bauvereine eintreten, hier finden die öffentlichen Körperschaften, vor allem die Gemeinden, das Feld ihrer Tätigkeit. Selbst Wohnungsreformer mit sonst freiem Blick können sich zu dieser Forderung nicht entschließen. »Der gemeindliche Wohnungsbau soll doch immer nur eine Notmaßregel bilden«, schreibt der Geschäftsführer des Westfälischen Wohnungsvereins H. Vormbrock.²⁾ Gewiß, das ist auch in gewissem Sinn richtig: Für den Teil der Bevölkerung, der zur Selbsthilfe fähig ist,

²⁾ Siehe Vormbrock Kriegserfahrungen und Zukunftsaufgaben der Bauvereine und Baugenossenschaften, in der Zeitschrift für Wohnungswesen, 1916, pag. 116.

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Genossenschaftsbewegung / Gertrud David

Deutsche Konsumvereinszentrale In der Konsumgenossenschaftlichen Rundschau veröffentlicht Heinrich Kaufmann eine Übersicht über die Entwicklung des Zentralverbands deutscher Konsumvereine. Da die meisten Vereine ihr Geschäftsjahr am 30. Juni oder 30. September abschließen, so umfaßt der Bericht eine Zeit, die etwa mit dem ersten Kriegsjahr zusammenfällt. Nur einige größere Konsumvereine, die Großeinkaufsgesellschaft und die Verlagsgesellschaft rechnen mit dem Kalenderjahr. Dieser erste ein volles Kriegsjahr umfassende Jahresbericht des Zentralverbands ist ein glänzendes Dokument für die Widerstandskraft der Konsumvereine.

Nachstehend zunächst die Zahlen:

Art der Organisation	Jahr	Anzahl der Vereine die Be-richt er-richteten	Anzahl der Mit-glieder	Umsatz Mark	Eigen-produktion Mark	Eigen-kapital Mark	Anleihen und Spar-einlagen Mark
Konsum-genossenschaften	1914	1109	1094	1 717 519	106 389 789	58 855 286	80 243 901
Arbeits-genossenschaften	1914	38	31	11 065 534	11 065 534	2 236 252	2 210 591
Großeinkaufsgesellschaft	1914	1	1	813	10 475 273	14 053 531	11 665 170
Verlags-gesellschaft	1914	1	1	3 494 675	19 026 692	2 666 065	2 320 802

Die Zahl der dem Verband angeschlos-

senen Vereine hat zwar eine kleine Verminderung von 1149 auf 1114 erfahren; diese ist aber nur auf die Verschmelzung kleinerer Vereine mit größeren zur Erzielung erhöhter Leistungsfähigkeit zurückzuführen. Die Mitgliederzahl der berichtenden Genossenschaften hat sich erhöht: von 1 729 858 auf 1 860 962. Der Umsatz im eigenen Geschäft ist für die Gesamtheit der dem Zentralverband angeschlossenen Organisationen zurückgegangen, und zwar von 665 064 768 auf 663 153 901 Mark. Dagegen hat die Eigenproduktion eine höchst erfreuliche Steigerung von 131 425 271 auf 155 822 024 Mark erfahren. Über den erzielten Überschub bringt die Übersicht noch keine Mitteilungen. Hingegen erfahren wir, daß die eigenen Kapitalien der Genossenschaft, Geschäftsguthaben und Reserven von 78 auf 87 Millionen Mark gestiegen sind und auch die Spareinlagen trotz der schweren Zeit eine Erhöhung von 106 auf 112 Millionen Mark aufweisen.

Sowohl die Konsumvereine als auch die Produktivgenossenschaften weisen demnach Fortschritte im Umsatz auf, während die beiden Zentralinstitute, die Großeinkaufsgesellschaft und die Verlagsgesellschaft, eine geringe Abnahme zeigen. Auffallend ist die gewaltige Erhöhung der Eigenproduktion bei der Großeinkaufsgesellschaft (siehe den nächsten Abschnitt). Auch die Eigenproduktion der Konsumvereine ist stärker gestiegen als in irgendeinem Jahr vorher. Die Verlagsgesellschaft zeigt einen Rückgang des Umsatzes, der, wie der Bericht betont, in der Hauptsache darauf zurückzuführen ist, daß bei vermindertem Bedarf an Drucksachen sowie an Tüten und Beuteln aller Art eine Erhöhung der Preise für das betreffende Geschäftsjahr noch nicht in Frage kam.

×

Deutsche Groß-einkaufsgesellschaft

Wie aus vorstehender Aufstellung ersichtlich, ist der Umsatz der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine im Jahr 1915, obwohl eine ganze Reihe von Artikeln durch die amtlichen Maßnahmen dem freien Verkehr entzogen war, nahezu auf der selben Höhe wie im Vorjahr geblieben. Er betrug 152 858 636 Mark und war damit nur um 4 665 405 Mark niedriger als der des Jahres 1914. Da an Petroleum für 3 222 000 Mark weniger umgesetzt wurde, ist aus dem

×

Ausfall dieses Massenkonsumartikels fast allein schon der Minderumsatz erklärt.

Dabei weisen die Produktivbetriebe durchweg erhöhte Umsatzziffern auf. Die Zigarrenfabriken setzten für 5 006 801 Mark Produkte ab, das ist für 873 455 Mark mehr als 1914, die Gröbaer Seifenfabrik für 8 407 177 Mark (1 547 628 Mark mehr), die Zündholzfabrik in Lauenburg für 612 604 Mark (76 400 Mark mehr); die Teigwarenfabrik, die erst im Dezember 1914 eröffnet worden war, hatte im letzten Jahr einen Umsatz von 1 668 388 Mark gegen 26 149 im Vorjahr. Die Düsseldorfer Seifenfabrik wurde erst im März des Berichtsjahrs eröffnet und setzte in den seither verflossenen Monaten für 4 776 674 Mark Waren ab. Die Kistenfabrik endlich, die Anfang 1915 in Betrieb gesetzt wurde, lieferte an die anderen Fabriken für 257 266 Mark Kisten und Kistenteile. Wir haben also in Deutschland nach anfänglich ziemlich langem Zaudern jetzt doch schon ein hübsches Stück auf dem Weg der zentralisierten genossenschaftlichen Eigenproduktion zurückgelegt. Insgesamt hat der Umsatz der Eigenbetriebe der Großeinkaufsgesellschaft gegen das Jahr vorher eine ganz außerordentliche Steigerung erfahren.

×
Kriegsteilnehmer-
fürsorge

×
Der Vorstand des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine hat mit den

Vertretern der Gewerkschaften der Bäcker, Fabrikarbeiter, Fleischer, Handlungsgehilfen, Tabakarbeiter und Transportarbeiter eine Sitzung abgehalten, in der über die Frage der spätern Wiedereinstellung von Kriegsteilnehmern in die Genossenschaftsbetriebe beraten wurde. Das Ergebnis der Verhandlungen, dem die Vertreter der Gewerkschaften bereits ihre Zustimmung gaben, während die zuständigen Körperschaften der Genossenschaften sich erst auf ihren nächsten Tagungen mit der Frage befassen werden, ist im wesentlichen folgendes: Alle Kriegsteilnehmer, die als feste Arbeiter oder Angestellte in den Genossenschaften beschäftigt waren, sollen, sofern die Betriebsverhältnisse es gestatten, nach Friedensschluß wieder eingestellt werden. Die Meldung zum Dienstantritt hat innerhalb 2 Wochen nach der Entlassung aus dem Heeresdienst zu erfolgen. Um die Wiedereinstellung der Kriegsteilnehmer zu ermöglichen, darf jedoch nicht Personen gekündigt werden, die vor Kriegsausbruch bereits in den genossenschaftlichen Betrieben be-

schäftigt waren. Die Wiedereingestellten werden möglichst an ihren bisherigen Arbeitsplätzen zu den tariflichen Lohn- und Arbeitsbedingungen unter Anrechnung ihrer Militärdienstzeit beschäftigt. Kriegsinvalide werden in erster Linie von den Genossenschaften, bei denen sie vor ihrer Einberufung tätig waren, eingestellt, wobei sie, falls ihre Tätigkeit vollwertig ist, den vollen Lohn erhalten ohne Anrechnung der Kriegsrente oder sonstiger Bezüge. Ist die Erwerbsfähigkeit vermindert, so sollen sie grundsätzlich unter Berücksichtigung ihrer Leistungsfähigkeit bei weitestem Entgegenkommen beschäftigt und entlohnt werden. Auch da, wo die körperliche oder sonstige Beschaffenheit eine Beschäftigung in dem genossenschaftlichen Betrieb nicht mehr zuläßt, wollen die Konsumvereine den Kriegsinvaliden beim Erlernen und Ergreifen eines neuen Berufs behilflich sein.

× England: Genossenschaftsproduktion
Nach den Mitteilungen der Labour Gazette bestanden im Jahr 1914 in Großbritannien 1137 Genossenschaften, die sich mit der Herstellung industrieller Erzeugnisse befaßten: 2 Großeinkaufsgesellschaften, 1000 Konsumvereine, 5 Mühlengenossenschaften, 38 Bäckereigenossenschaften und 92 reine Produktivgenossenschaften. Der Wert der hergestellten Waren betrug im Vergleich zum Jahr 1904:

Art der Organisation	Warenwert in Mark	
	1904	1914
Konsumgenossenschaften	119 161 980	311 023 700
Großeinkaufsgesellschaften	110 303 220	252 162 020
Mühlengenossenschaften	26 904 140	20 700 880
Bäckereigenossenschaften	11 489 220	25 839 000
Produktivgenossenschaften	22 186 360	35 573 280
zusammen	290 044 920	645 298 880

Im Lauf von 10 Jahren hat sich also die Genossenschaftsproduktion in England auf mehr als das Doppelte, um 121 % erhöht. Die größte Zunahme weisen mit 161 % die Konsumvereine auf. Die Produktivabteilungen der beiden Großeinkaufsgesellschaften erhöhten ihren Umsatz um 129 %, die Bäckereigenossenschaften um 92 % und die reinen Produktivgenossenschaften um 60 %. Eine Abnahme erfuhr der Umsatz der Mühlengenossenschaften, die ihre Ursache jedoch nur in der Verschmelzung von mehreren dieser Genossenschaften mit der englischen Großeinkaufsgesellschaft hat. Faßt man die dem organisierten Konsum dienende Genossenschaftspro-

duktion (dazu gehört neben der der Großeinkaufsgesellschaften und Konsumvereine auch die der Bäckerei- und der Mühlengenossenschaften) zusammen, so entfielen auf sie im Jahr 1904 92 %, 1914 aber schon 94½ % der gesamten nichtlandwirtschaftlichen Genossenschaftsproduktion. Ein großer Teil der Erzeugung der reinen Produktivgenossenschaften geschieht außerdem auch noch mit dem Kapital, unter der Kontrolle und für den Bedarf der Konsumvereine.

Etwa zwei Drittel der gesamten Genossenschaftsproduktion, für 463 029 840 Mark, ist der Herstellung von Nahrungsmitteln und Tabakfabrikaten gewidmet. 90 274 060 Mark fallen auf die Bekleidungsindustrie, 23 893 360 auf die Seifen- und Kerzenfabrikation, 21 393 800 auf die Textilindustrie, 25 178 660 auf das Baugewerbe, einschließlich Steinbrucharbeiten, 11 297 280 auf die Herstellung von Buchdruckereizerzeugnissen, 4 806 520 auf den Maschinen- und Schiffsbau und 5 465 360 Mark auf andere Produkte. Ohne den Produktionsgewinn der Konsumvereine, den diese zusammen mit ihren übrigen Gewinnen verrechnen, wurde bei dieser Genossenschaftsproduktion ein Überschuß von 11 936 180 Mark erzielt. In den Produktivbetrieben der englischen Genossenschaften waren 62 095 Personen beschäftigt; 53,4 % Männer, 29,3 % Frauen und 17,3 % Jugendliche. Der ihnen gezahlte Jahreslohn betrug 74 771 000 Mark.

×
 Kurze Chronik Um die Frage zur Entscheidung zu bringen, ob der Erwerb von Aktien der Volksfürsorge durch die Konsumgenossenschaften dem § 1 des Genossenschaftsgesetzes widerspricht, hat die Produktion in Hamburg eine Anzahl solcher Aktien erworben und dann durch ein Vorstandsmitglied Selbstanzeige beim Hamburger Amtsgericht eingereicht. Die Anzeige wurde zur Begutachtung bis zum Reichsamt des Innern weitergegeben, das sich denn auch auf den Standpunkt gestellt hat, daß der Erwerb solcher Aktien den gesetzlichen Bestimmungen für Genossenschaften zuwiderläuft und deshalb strafbar sei. Das Amtsgericht in Hamburg entschied dementsprechend. Die Hamburger Genossenschaft hat sich mit diesem Bescheid, der in Wirklichkeit dem ganzen Geist des Genossenschaftsgesetzes zuwiderläuft, nicht begnügt sondern Entscheidung beim hanseatischen

Oberlandesgericht beantragt. × In der Zweiten Kammer des sächsischen Landtags wurde von der sozialdemokratischen Fraktion ein Antrag auf sofortige Aufhebung der Umsatzsteuer, von der in Sachsen fast nur die Konsumvereine betroffen werden, eingebracht. × Der der Mitgliederzahl nach größte deutsche, ja größte Konsumverein der Welt, der Breslauer, zählte am Schluß seines 50. Geschäftsjahrs 120 000 Mitglieder, gegen 108 000 Ende 1914. Der Umsatz stieg trotz mannigfachen Einschränkungen des Warenverkehrs durch die behördlichen Bestimmungen von 23 318 058 auf 29 143 185 Mark, was wohl hauptsächlich auf die Preissteigerungen einer Reihe von Artikeln zurückzuführen ist. Insgesamt wurden im Berichtsjahr in 820 Fällen Erhöhungen und nur in 59 Fällen Ermäßigungen der Preise bekanntgegeben. Der Reingewinn sank von 3 281 009 auf 2 840 590 Mark; doch wird es trotzdem möglich sein aus ihm die übliche Rückvergütung von 11 % auf den Umsatz zu gewähren. Es verdient noch erwähnt zu werden, daß der Verein im Berichtsjahr über 100 000 Mark für die staatliche und private Versicherung seiner Arbeiter und Angestellten bezahlt hat. Der Verein war infolge günstiger Einkäufe öfters in der Lage die von dem Reich oder dem Magistrat festgesetzten Höchstpreise noch zu unterbieten. × Die Anzahl der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften betrug am 1. Januar 28 652, gegen 28 488 im Jahr vorher: 97 Zentralgenossenschaften, 17 781 Darlehnskassen, 2833 Bezugs- und Absatzgenossenschaften, 3588 Molkereigenossenschaften und 4353 sonstige Genossenschaften. Von diesen Vereinen gehören 18 810 oder 66 % dem Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften an. × In Wien ist die Gründung einer Großeinkaufsstelle der industriellen Konsumanstalten Österreichs beschlossen worden. Den letzten Anstoß hierzu gab die Bestimmung, daß die vom Ministerium des Innern legitimierte Einkaufsstelle, die das ausschließliche Recht hat Lebensmittel aus dem Ausland zu beziehen, diese nur als gemeinnützig anerkannte Organisationen abtreten darf. Die vom Zentralverband der industriellen Konsumanstalten Österreichs zu gründende Großeinkaufsstelle wird aber zweifellos diesen Charakter erteilt erhalten, während dies einzelnen Konsumanstalten vordem nicht möglich war. × Der öffentliche Verkauf von Ge-

frierfleisch ist in Paris den Konsumgenossenschaften übertragen worden. Der Stadtrat von Paris hat ihnen dazu eine Subvention von 100 000 Francs bewilligt, wozu noch 50 000 Francs seitens der Kreisversammlung des Seinedepartements und voraussichtlich eine staatliche Unterstützung kommen. Auch in Paris hatten die Fleischpreise einen unerschwinglichen Stand erreicht, so daß staatlicherseits eingegriffen werden mußte. X Im Verband schwedischer Konsumvereine hat sich der Umsatz im Jahr 1915 auf 18 147 404 Mark oder um 57 % gegen das Vorjahr gehoben. X Die norwegische Großeinkaufsgesellschaft hat ein sehr gutes Jahr hinter sich. Ihr Umsatz stieg von 3 097 000 auf 4 457 879 Kronen oder um 44 %. Die Margarine- und die Tabakfabrik der Gesellschaft konnten ihre Produktion gleichfalls um zirka 40 % vermehren. 30 Konsumvereine mit 2500 Mitgliedern traten der Gesellschaft neu bei. Für das laufende Jahr ist die Errichtung einer Schuhabteilung und eines zweiten Filiallagers in Stavanger geplant. X Der Nestor unter den Führern des schweizerischen Konsumvereinswesens, Johann Friedrich Schär, feierte am 21. März seinen 70. Geburtstag. Schär war Sekretär der Generalversammlung des Baseler Allgemeinen Konsumvereins, später deren Präsident und endlich Mitglied der Verwaltung. Er war auch an der Gründung des Verbandes schweizerischer Konsumvereine beteiligt, dessen Präsident er bis 1903 blieb. In diesem Jahr wurde er als Professor an die Hochschule nach Zürich berufen, und seit einigen Jahren lebt er in Berlin, wo er an der Handelshochschule doziert. Der Schweizer Konsumverein widmet dem Jubilar eine ganze Nummer, die hauptsächlich Auszüge aus seinen mannigfachen genossenschaftlichen Schriften bringt.

Frauenbewegung / Wally Zepler

Dienstjahr Seit ich vor etwa einem Jahr in dieser Rundschau (1915, 1. Band, pag. 368) die Pläne zur Frauendienstpflicht besprach, ist eine wahre Sturmflut der verschiedensten Schriften zu diesem Gegenstand über uns hereingebrochen. So unmöglich und überflüssig es wäre sie im einzelnen zu kritisieren, so sehr dürfte es sich verlohnen die Sache einmal von einem etwas prinzipiellern Gesichtspunkt zu betrachten. Denn gerade die den meisten Vorschlägen zugrunde

liegende Idee gibt hier das Kriterium für das Richtige und Falsche. Nicht alle Vertreter des Frauendienstjahrs sind sich dieser Idee klar bewußt. Sie ist es jedoch, die plötzlich den lange unbeachteten Gedanken so lebendig werden ließ. Und das ist gut und lehrreich für die Erkenntnis weitaus größerer Aufgaben als die Organisation eines Frauendienstjahrs.

Wie die Denkenden unter den Frauen durch die gewaltsam veränderten Verhältnisse der Kriegszeit vieles schärfer sehen lernten, so vor allem die Notwendigkeit einer tiefern Verknüpfung des weiblichen Einzellebens mit dem Gesellschaftsganzen. An einer großen Reihe praktisch sachlicher Probleme wurde ihnen direkt vor Augen geführt, was sie sonst nur theoretisch, ohne Verbindung mit ihrem persönlichen Dasein hörten: daß auch die Frau in erster Linie Mitglied einer bestimmten, so oder so geformten menschlichen Gesellschaftsorganisation ist, und die Form dieser Organisation den stärksten Einfluß auf ihr Leben übt. Sie wollten sich im Beginn des Krieges in patriotischer Begeisterung dem Vaterland zum Opfer bringen und fühlten dabei sehr bald, daß selbst höchste Opferbereitschaft nicht annähernd so viel wert ist wie das einfachste sachliche Können. Sie sahen, daß die wichtigsten Wirtschaftszweige darniederlagen, weil die ungeschulte weibliche Kraft nicht in die Stellen einspringen konnte, die der berufserzogene Mann verlassen hatte. Sie sahen auch, wie unendlich schwer es war die Frauen auch nur zum Begreifen der simpelsten gesellschaftlichen Verpflichtungen in hauswirtschaftlichen Dingen, also auf ihrem ureigenen Gebiet, zu erziehen, weil sie eben stets nur gelernt hatten das Interesse ihrer Familie zum Maßstab ihres Handelns zu nehmen. Die Schlußfolgerungen lagen also nahe: 1. Wir müssen die Frauen zu sozialer Hilfeleistung Vorbildern. 2. Wir müssen sie lehren gelernte Arbeit zu verrichten, damit sie eventuell den Mann in seiner Tätigkeit ersetzen können. 3. Wir müssen für hauswirtschaftliche Ausbildung zum Zweck nicht nur individuell sondern auch sozial vernünftiger Wirtschaftsführung sorgen. Und endlich: 4. Wir müssen, um unsere vaterländische Gesinnung zu betätigen, für die Frauen etwas der männlichen Dienstpflicht Adäquates schaffen. Diese 4 Ziele geraten in den Dienstjahrschriften wirt durcheinander; man versteht meist nicht einmal, was der einzelne Autor in erster

Linie will. Die meisten legen den Hauptwert für die große Mehrzahl der proletarischen Mädchen auf eine gründliche, halb- oder ganzjährige hauswirtschaftliche und mütterliche Schulung, deren Fehlen sich bei den Arbeiterfrauen in diesen Zeiten der Nahrungsmittel- und Geldknappheit ja besonders unangenehm bemerkbar machte. Es kommt dazu, daß man den Ersatz der verlorenen Menschenleben durch Erhaltung einer möglichst großen Zahl der Geborenen, also gute Säuglingspflege wünscht.

Die sonderbarsten Vorschläge werden zur Kostendeckung gemacht: häusliche Lehrstellen mit staatlicher Überwachung und staatlichen Examina, die in der Praxis natürlich nichts weiter darstellen würden als konzessionierte Ausbeutungsstellen für Dienstmädchen; Lehrpensionate und Wirtschaftsschulen, deren Kosten durch die wohlhabenden Schülerinnen als Entgelt für gewisse Vergünstigungen aufgebracht werden sollen usw. usw.

Um gleich auf die erste Frage, die hauswirtschaftliche wie die Ausbildung in Säuglings- und Kinderpflege einzugehen: Es ist gewiß nötig, und zwar, wie manche Leute ganz richtig behaupten, nicht nur für die Frau sondern auch für den Mann, sich die wichtigsten hygienischen Kenntnisse in der Wartung und Ernährung des Säuglings anzueignen, so nötig wie es überhaupt ist etwas von menschlichen Körper und etwa von den ersten Hilfeleistungen bei plötzlichen Erkrankungen zu wissen. Diese theoretisch hygienischen Kenntnisse, oder richtiger: diese paar notwendigen Verhaltensmaßregeln, lassen sich sehr wohl in der Schule, respektive, wenn die Gemeindeschüler und -schülerinnen noch zu unreif dazu sind, in der Fortbildungsschule geben. Damit wäre freilich noch nicht praktische Säuglingspflege erlernt. Aber die Fähigkeit praktischer Säuglingspflege haben Mütter und Väter stets in der Praxis ausgebildet, sobald die Elternpflicht an sie herantrat. Wenn bei uns noch eine große Zahl lebensfähiger Kinder durch mangelhafte Pflege zugrunde geht, so beweist das nicht das Gegenteil sondern nur die unbestreitbare Tatsache, daß hier auch die besten Kenntnisse nichts nützen, wenn man nicht die Mittel hat sie anzuwenden. Ob man die Notwendigkeit hauswirtschaftlicher und pädagogischer Ausbildung aller Mädchen anerkennt, die den meisten als eine Selbstverständlichkeit erscheint, das hängt natürlich davon ab,

wie man sich die Entwicklung der Wirtschaftsführung und des gesamten Frauenlebens in der Zukunft vorstellt. Es hängt also mit dem Kernpunkt der ganzen Frage zusammen.

Für viele weibliche Vertreter der Dienstjahridee ist eines offenbar das eigentlich Bestimmende in ihrer Propaganda: die Einbeziehung der berufslosen Haustöchter in eine soziale Tätigkeit, und zwar mit direkter staatlicher Verpflichtung für eine gewisse Zeit (1 bis 2 Jahre). Helene Lange, die eigentliche Autorin der Dienstjahridee, Anna Pappritz, Professor Alfons Fischer (in dem Sammelbuch Die weibliche Dienstpflicht, herausgegeben vom Institut für soziale Arbeit in München /München, Gmelin/) und andere wünschen die Ausdehnung der Dienstpflicht auch auf die in der Berufsausbildung stehenden Mädchen. Die Schülerinnen sollen in einem oder mehreren Fächern der Wohlfahrtspflege geschult, längere Zeit in einer der diesen Tätigkeiten gewidmeten Anstalten (Säuglingsheimen, Kinderhorten, Landwirtschaftsschulen, Krankenhäusern usw.) zur Arbeitsleistung verpflichtet oder umgekehrt bald hier bald dort zum Dienst beordert werden. Im Anschluß an diese Jugendausbildung sollen dann im Krieg alle noch in relativ jugendlichem Alter stehenden und nicht von eigenen Kindern in Anspruch genommenen Frauen zur Kriegsdienstpflicht herangezogen werden. Und zu alledem kommt endlich noch der Vorschlag: die Frauen bei Kriegsausbruch für die wichtigsten öffentlichen und gesellschaftlichen Tätigkeiten vorzubilden, so daß sie dann in möglichst weitem Umfang die zum Heer einberufenen Männer ersetzen können.

Der durchgehende Gedanke ist, wie man sieht, der eine: Auch die Frau ist kein Einzel- sondern ein soziales Geschöpf; sie hat als Mutter und Hauswirtin wie in ihrem sonstigen Dasein gesellschaftliche Pflichten gleich dem Mann. Diesen Gedanken heben als den wesentlichsten auch zwei Schriftsteller bei der Erörterung des Problems besonders hervor: Dr. Kerschensteiner in dem genannten Sammelwerk und Elisabeth Gnauck-Kühne in einer Broschüre Dienstpflicht und Dienstjahr des weiblichen Geschlechts /Tübingen, Mohr/. »Dieses Jahr«, sagt Frau Gnauck-Kühne, »soll neben der planmäßigen hausmütterlichen Ausbildung der sittlichen und staatsbürgerlichen Erziehung gehören sowohl durch Belehrung wie durch Gewöhnung und Erweckung und

Pflege der Gesinnung. Aus dem ichbetonten Einzelwesen soll ein Gemeinschaftsmensch werden.« »Der Gedanke muß in ihm Wurzel schlagen, daß es [das deutsche, sagen wir aber lieber: das Mädchen] . . . ein lebendiges, nicht nur nehmendes sondern auch gebendes Glied der Gemeinschaft sein soll.« Und sehr schön: »Kein Mensch erwärmt sich für eine Sache, für die er nie etwas tun kann. Wir lieben das, wofür wir schaffen. Lernt das Mädchen für das Vaterland schaffen, wird es das Vaterland auch ernstlich lieben.« (Gegen Frau Gnauck-Kühnes praktische Forderungen lassen sich im übrigen ebenso viele Einwände erheben wie gegen die meisten anderen.) Kerschensteiner trifft entsprechend seiner allgemeinen Anschauung in Bildungsfragen noch mehr den Kern der Sache. Er meint: eine Dienstpflicht der Frauen könne sich nur aus den Erfahrungen der freiwilligen sozialen Dienstleistungen heraus entwickeln. Aber die freiwillige Organisation setze das »starke Bewußtsein der Pflicht für diesen Zweck« voraus. »Dieses Bewußtsein entwickelt sich jedoch nicht, ohne daß unsere Schulen daraufhin ausgestaltet werden. Hier aber steigen alle jene Forderungen auf, . . . deren letzte und höchste Zusammenfassung in dem Satze gipfelt: Der Weg zur allgemeinen Menschenbildung geht nur über die Berufsbildung.« Dabei ist es gleichgültig, ob man an sich mit Kerschensteiners Auffassung der männlichen und weiblichen Kulturaufgaben übereinstimmt. »Des Mannes vorwiegend egoistische (?) Aufgabe ist es neue Kulturgüter zu schaffen, der Frau vorwiegend altruistische Aufgabe ist es sie als Werte der lebenden und kommenden Generation fühlbar zu machen.« Meiner Ansicht nach liegt darin freilich ein Widerspruch zu des Autors Wertung der weiblichen Berufsbildung. Aber gleichviel. Eben auf diese kommt es an.

Dr. Rosa Kempf (Das weibliche Dienstjahr, im Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, 41. Band, pag. 422 ff.) weist darauf hin, daß das ganze Problem im Grunde nur ein Problem für die kleine Schar vermöglicher Mädchen ist. Alle anderen erfüllen im Beruf, den sie aus wirtschaftlichem Zwang ergreifen, ihre gesellschaftliche Pflicht. Und sie erfüllen sie, wie noch hinzugesetzt werden mußte, damit intensiver als auch zum Beispiel die wohlhabenden Schülerinnen der sozialen Frauenschulen, die 1 oder 2 Jahre schlecht und

recht sogenannte Wohlfahrtsarbeit leisten, sich dabei meist etwas ganz Besonderes denken und ihre Tätigkeit sofort einstellen, sobald sie selbst heiraten. »Ich glaube zwar«, sagt A. Fischer in der obenerwähnten Arbeit, »daß im Laufe der Zeit Ämter mit hauptamtlichen, festbesoldeten Kräften für diesen sozialen Hilfsdienst kommen müssen. . . Gerade diese Arbeiten wollen aber gelernt sein, in langer Praxis, . . . und sind deshalb nicht schlechthin für alle jungen Mädchen geeignet.« Ja, allerdings. Freiwillige Wohlfahrtsarbeit wird selten einer Berufsbildung gleichwertig sein, denn sie kann sie in der sachlichen Erfahrung, dem Ernst und der absoluten Stoffbeherrschung nicht erreichen, die nur durch jahrelange Übung zu gewinnen sind. Nicht aber um bloße Tätigkeit als Pflichterfüllung sondern um Leistung handelt es sich, um möglichst intensive, qualifizierte, nach jeder Richtung hochgespannte Leistung. Eben deshalb kommt man mit Recht überall vom ehrenamtlichen zum besoldeten sozialen Beamten, deshalb sucht jede fortgeschrittene Industrie von der Massen- zur Qualitätsarbeit überzugehen.

Soll also wirklich das Bewußtsein einer sozialen Verpflichtung in den Frauen lebendig werden, so erziehe man jede einzelne zur Berufsausbildung und durchdringe sie mit der Empfindung, daß die Pflicht tüchtiger beruflicher Arbeit die grundlegende gesellschaftliche Pflicht ist, ohne deren Erfüllung auch persönlich sittliche und geistige Vervollkommnung zur Unmöglichkeit wird. Man lehre vor allem aber auch die große Mehrzahl der proletarischen Frauen in dem Beruf mehr als eine erzwungene Erwerbsarbeit zu sehen, die man so schnell wie möglich hinwegwirft, wenn man auch ohne sie existieren kann; man wecke in ihnen das Interesse für qualifizierte, technisch vollwertige Leistungen, die die Schaffende selbst befriedigen. Dann wäre es nicht nötig in wirtschaftlicher Notzeit, sei es im Frieden oder im Krieg, die Frauen erst besonders vorzubilden; der Beruf würde sie, soweit eben an sich ihre Veranlagung dazu ausreicht, überall von selbst zur Vertretung des Mannes befähigen. Nur dann werden die Frauen auch zu sozial gerichteten Geschöpfen werden; nur dann werden sie ihre Anlagen zur denkbar höchsten Stufe steigern (mögen diese Anlagen nun, an denen des Mannes gemessen, so hoch oder niedrig sein, wie sie immer wollen); nur dann wird aber

auch weibliche Arbeit die Entwicklung der Gesellschaft selbst in hohem Grad fördern. Denn, wiederum abgesehen von Art und Größe weiblicher im Vergleich zu männlicher Durchschnittsbegabung: Daß die Frauen einer starken Anspannung und Verbesserung ihrer Leistungen fähig sind, haben die Tatsachen innerhalb der kurzen Periode ihrer Emanzipation erwiesen.

Also noch einmal: Nicht um ein Frauendienstjahr kann ein ernsthafter Kampf gehen sondern um die Frage »Berufsarbeit oder nicht?«. Hier heißt es klare Stellung nehmen. Und darin liegt zugleich die Entscheidung über die Frage »Hauswirtschaftliche und pädagogische Ausbildung für alle Mädchen oder nicht?«. Geht die Entwicklung nach stetig erweiterter Berufsausübung für das weibliche Geschlecht, so müssen Haushaltsführung und Erziehung veränderte Formen annehmen; sie können nicht mehr quasi der Beruf der Frauen sein sondern sie werden gleich allen anderen Tätigkeiten zu fachlichen Arbeiten einzelner, eben dafür besonders befähigter und vorgebildeter Frauen (oder auch Männer). Die in anderen Berufen arbeitende Frau hat dann so wenig Anlaß sich mit solchen Dingen intensiv zu befassen wie heute der Mann; die Berufshaushalterin und -erzieherin müssen umgekehrt selbstverständlich eine vollkommene fachliche Schulung durchlaufen, die sie auch darin zu qualifizierter Leistung befähigt.

X
Wahlrecht Die deutsche Frauenwahlrechtsbewegung ist jetzt in das Stadium der Konzentration getreten. Vom 17. bis zum 22. März tagte in Weimar eine Konferenz des Deutschen Verbandes und der Deutschen Vereinigung für Frauenstimmrecht. Sie war zu dem Zweck einer Wiederverschmelzung der beiden Verbände einberufen worden. Die Ursache der Abspaltung der Deutschen Stimmrechtsverbands, des unter der Leitung von Dr. Anita Augspurg und Lida Gustava Heymann stehenden Bundes deutscher Stimmrechtsvereine waren bekanntlich prinzipielle Auffassungsdifferenzen über das taktische Vorgehen im Frauenwahlrechtskampf. Der Deutsche Verband, der ursprünglich ganz unter dem Einfluß persönlich demokratisch denkender Frauen stand, forderte in seinem Programm für die Frauen das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht zu allen Körperschaften. Als die Stimmrechts-

forderung dann auch von politisch anders gerichteten Frauen erhoben und von dem größten Teil der Frauenverbände in ihre Satzungen mitaufgenommen wurde, machte sich natürlich bei zahlreichen, nicht auf dem Boden des allgemeinen Wahlrechts stehenden Verbandsmitgliedern Widerspruch gegen diesen Programmpunkt geltend. Es wurde beantragt ihn zu streichen und ganz allgemein für politische Gleichberechtigung, das heißt also für ein jeweilig dem männlichen gleiches Frauenwahlrecht einzutreten. Aus Gründen politischer Logik schlossen sich diesen Anträgen im Vorstand des Verbands auch solche Mitglieder an, die persönlich nur für allgemeines Wahlrecht waren; die Gegenseite behielt aber längere Zeit die Oberhand.

Im Jahr 1913 wurde auf einer Vorkonferenz ein Kompromißantrag angenommen, der umstrittene § 3 in der entscheidenden Generalversammlung jedoch wieder beibehalten. Die persönlichen und sachlichen Differenzen waren aber schon so tiefgehend, daß ein Teil des Vorstands demissionierte, unter anderen auch Anita Augspurg (siehe diese Rundschau, 1913, 1. Band, pag. 54 ff. und 1649 f.). Daher die Sezession und die Gründung der neuen Vereinigungen. Da der einzige wirkliche Differenzpunkt eben der § 3 (die Forderung des allgemeinen Wahlrechts) war und die Aktionskraft der Bewegung durch die Zersplitterung notwendig leiden mußte, war die Wiedervereinigung der Hauptzweige in absehbarer Zeit von vornherein anzunehmen. Am 19. März wurde sie jetzt in Weimar vollzogen. Die beiden früheren Verbände beschlossen sich aufzulösen und sich gemeinsam als Deutscher Reichsverband für Frauenstimmrecht neu zu konstituieren. Als Zweck des Verbands wird bezeichnet: »den deutschen Frauen die gleichen öffentlichen Rechte im Staats- und Gemeindeleben zu verschaffen und zu erhalten, wie sie den Männern zustehen, und insbesondere ihnen das aktive und passive Wahlrecht zu den gesetzgebenden Körperschaften und den Organen der Selbstverwaltung zu erringen«. Als Grundsätze nennt § 4: »Der Reichsverband steht nicht auf dem Boden einer bestimmten politischen Partei oder einer bestimmten Richtung der Frauenbewegung. Er will vielmehr alle vereinigen, die für die politische Gleichberechtigung der Frau eintreten, welcher politischen oder konfessionellen Richtung sie auch angehören mögen. Der Reichsverband

will nicht die Interessen einer einzelnen Schicht oder Klasse von Frauen sondern die Interessen aller Frauen vertreten. Er wird sein Ziel dann als erreicht ansehen, wenn alle deutschen Frauen volle öffentliche Rechte in Staat und Gemeinde genießen.« Zu Vorsitzenden wurden die beiden Leiterinnen der alten Verbände: Frau Stritt und Frau Fischer-Eckert gewählt, auch die Mitglieder des Vorstands rekrutieren sich aus den beiden alten Vorständen. Die Staatsbürgerin wurde unter der frühern Redaktion (Schreiber-Krieger) zum Organ des Reichsverbands erklärt.

Damit ist endlich die Entscheidung im Sinn politischer Vernunft getroffen. Es ist zu hoffen, daß unsere Genossinnen, die sich früher ebenso wie die linksliberalen Führerinnen unberechtigterweise in der Frage von einem reinen Formalismus blenden ließen und in dem Abfall von dem alten § 3 das Aufgeben demokratischer Gesinnung bei den einzelnen Vorstandsmitgliedern sahen, jetzt keine Gegnerschaft gegen die neuen Statuten bekunden. Der Krieg hat der Frauenwahlrechtsforderung unbedingt starken Nachdruck in der Öffentlichkeit verliehen. Bei richtigem politischen Vorgehen, vor allem einem einheitlich von allen Parteien (bis vielleicht auf die äußerste Rechte, die vermutlich allein noch Gegnerin jedes Frauenwahlrechts ist) inszenierten Kampf zunächst für das Kommunalwahlrecht wäre ein rascher Teilerfolg wohl möglich. Nur eben dürfte sich auch die Sozialdemokratie nicht auf immer wiederholte prinzipielle Anträge beschränken, sondern sie müßte mit den Bürgerlichen zusammen eine politische Aktion vorläufig für die Verleihung des Kommunalwahlrechts einzuleiten suchen.

Im Januar des Jahres hatte der Deutsche Frauenstimmrechtsbund dem Reichstag eine Petition für allgemeines Frauenwahlrecht eingereicht, die diesmal dem Reichskanzler als Material überwiesen wurde. In Braunschweig richtete die sozialdemokratische Partei am 25. Februar an die Landesversammlung einen Antrag um Einbringung einer Vorlage für allgemeines Wahlrecht aller Männer und Frauen über 20 Jahre.

In den Vereinigten Staaten schreitet die Frauenwahlrechtsbewegung in der letzten Zeit lebhaft vorwärts. Die Frauen würden aber mit einem Schlag für sämtliche Bundesstaaten das Wahlrecht erhalten, der langsame Stimmrechtskampf in den Einzelstaaten würde sich also erübrigen, wenn die gesetz-

gebenden Körperschaften für den Gesamtstaat: Senat und Repräsentantenhaus, eine Verfassungsänderung zugunsten des weiblichen Geschlechts annähmen. Es ist deshalb erfreulich, daß der Senatswahlrechtsausschuß für politische Gleichheit jetzt gegen nur 2 Stimmen einen Beschluß faßte, der sich unbedingt für das Frauenwahlrecht ausspricht. Es heißt darin unter anderm: »Der Mann ist sich der machtvollen Mitarbeit der Frau im Krieg bewußt geworden. Er wird auch die Berechtigung ihrer Forderung des Wahlrechts anerkennen und die Verantwortung in öffentlichen Angelegenheiten in Friedenszeiten mit der Frau teilen.«

In dem Verfassungsänderungsentwurf, den die holländische Regierung Ende 1915 herausbrachte, ist den Frauen das passive Wahlrecht zu allen gesetzgebenden Körperschaften zuerkannt. Ihnen eventuell auch das aktive Wahlrecht zuzubilligen ist in dem Entwurf der Gesetzgebung freigestellt, während nach der frühern Verfassung die Bewilligung des Frauenstimmrechts an sich unmöglich war. Ob das Wahlrecht bei der Verfassungsberatung durchgeht, bleibt abzuwarten; die Opposition dagegen soll sehr stark sein. Die sozialdemokratische Partei veranstaltete auf dem außerordentlichen Parteitag vom 9. Januar eine Demonstration für Einführung des allgemeinen Frauenstimmrechts. Ich freue mich konstatieren zu können, daß auch die Gleichheit die Aufnahme des passiven Wahlrechts in den Entwurf als einen Fortschritt bezeichnet und von der »moralischen Bedeutung auch eines Teilerfolgs« spricht.

×
Hochschul- Die Besetzung akademi-
dozentur scher Lehrstühle durch
Frauen, ebenso die Habilitation weiblicher Privatdozenten ist keine seltene Erscheinung mehr. Allein aus den letzten Monaten sind mehrere solcher Fälle aus verschiedenen Ländern zu verzeichnen.

In Frankreich ist jetzt eine Warschauerin, Fräulein Dr. Joteyko, mit der Abhaltung von Vorlesungen am Collège de France betraut worden. Sie hatte bis dahin das Psychophysiologische Institut an der Universität Brüssel geleitet. Es ist von Interesse, daß diese Wissenschaftlerin sich (im Verein mit dem bekannten Staatsrat Johann von Bloch) dem Studium des Zukunftskrieges gewidmet und bereits vor einem Jahrzehnt dessen Charakter in erstaunlicher Weise erkannt hatte. In ihrem

Werk über Wahnsinn und Strapazen vom militärischen Standpunkt aus hatte sie 1905 geschrieben: »Der Zukunftskrieg wird ein Krieg der Belagerung und der Schützengräben sein. Die Ausführung frontaler Angriffe wird ohne ungeheure Verluste und ohne eine starke zahlenmäßige Überlegenheit unmöglich sein. Die Offiziersverluste werden beträchtlich, die entscheidenden Siege selten sein, da die geschlagene Partei sofort im voraus vorbereitete rückwärtige Stellungen einnehmen wird. Bei gleichen Kräften wird der moderne Krieg weit länger dauern als die Kriege der Vergangenheit.« Also eine Voraussage von erheblich größerer Treffsicherheit als die unserer militärischen Kapazitäten, die sich vor diesem Weltkrieg über den modernen Krieg ausgelassen hatten.

Auch in Spanien hat eine Frau jetzt eine Professur erhalten. Gräfin Pardo Bazan ist auf den Lehrstuhl für romanische Sprachen an der Universität Madrid berufen worden.

In Holland hat sich als erste Privatdozentin Dr. Annie Posthumus für das Fach der dänischen und norwegischen Philologie an der Universität Amsterdam habilitiert.

Die erste Hochschule Italiens, die sich einer weiblichen Dozentin geöffnet hat, ist die Universität Bologna. Dort hat sich jetzt Gilda Chiari Alegretti für Pädagogik habilitiert.

Die Zeit, da die Philosophin Anna Tumorin in Bern der einzige weibliche Universitätsprofessor in Europa war, ist also schnell vorübergegangen. Es scheint, daß der Krieg, der die Frauenarbeit überall in die vorderen Reihen rückt, auch in den akademischen und überhaupt in den geistigen Berufen der Frau eine erhöhte Wirkungsmöglichkeit schafft.

× ×
Kurze Chronik Am 8. Januar starb Julie Romm in New York. Sie war eine Führerin der sozialistischen Frauenbewegung und redigierte auch Jahre lang die sogenannte Frauenseite der New Yorker Volkszeitung. Sie war als Deutsche geboren, an einen Russen verheiratet und lebte seit vielen Jahren in Amerika. Ihre Freunde verehrten in ihr eine Frau von edlem Fühlen und vielseitigem Geist. × Seit dem Sommer 1915 leiteten Dr. Marie Elisabeth Lüders und Dorothee von Felsen im Dienst der deutschen Verwaltung in Belgien die Fürsorgearbeit für sittlich gefährdete Frauen und Mädchen in Groß Brüssel. Vor

einiger Zeit wurde eine besondere Abteilung in Brabant unter dem Namen Fürsorgedienst für diese Arbeit eingerichtet und 4 Fürsorgerinnen unter der Leitung von Dr. Marie E. Lüders für das neue Amt bestellt. × Das Reichsversicherungsamt in Berlin entschied in einem ihm zur prinzipiellen Beschlussfassung überwiesenen Streitfall die lange unentschiedene Frage, ob eine Mutter, die Zwillinge stillt, nach den Bestimmungen der Reichswochenhilfe doppeltes Stillgeld zu fordern hat, in bejahendem Sinn. Die Entscheidung dürfte für alle künftigen Fälle als maßgebend betrachtet werden. × Genossin Margarete Wengels feierte am 29. Februar ihren 60. Geburtstag. Sie ist im Berliner Parteileben eine markante Erscheinung, in der man sich den tatkräftigen, lebendigen Geist und das glühende Temperament der Proletarin aus den ersten Jahrzehnten der Bewegung wohl verkörpert denken kann.

×
Literatur Glück und Größe nennt Melanie Ehardt ein Buch /Berlin, Fleischel/, das wohl die inneren Erfahrungen und den philosophischen Extrakt eines an Leid und Erleben reichen Frauendaseins wiedergibt. Eine ernste, religiöse Natur spricht aus den oft dichterisch schwungvollen Bekenntnissen der Verfasserin. Wie sie von sozialem Elend heftig bewegt wird, wo immer sie darauf stieß, und die traurige Öde proletarischen Daseins in den Hinterwohnungen der Großstadt empört als gesellschaftliche Schuld empfindet, so leidet sie schmerzlich mit durch alle Schrecknis und Trauer des Weltkriegs; sie sieht aber auch, und oft in stark verkärltem Licht, die Hoheit der Opferbereitschaft und Todeshingabe, die er in Hunderttausenden auslöst. Wie allen religiösen Menschen, ist ihr die physische Existenz nicht Sinn und Zweck des Lebens, der ihr vielmehr in anderen, uns unerkennbaren Zusammenhängen ruht. Und so mag ihr Buch wirklich »Gedanken des Trostes und der Erkenntnis« für viele bringen, die leiden und suchen. Es ist schade, daß eine so ernste Frau ihr Werk durch sogenannte politische Ideen entwertet, die nicht einmal mit naivster Unkenntnis in Geschichte und Staatswirtschaft zu entschuldigen sind. Die traurigen Weisheiten, die sie hier zum besten gibt, konnte man freilich auch sonst in der Zeit der ersten Kriegspsychose in Zeitungen, Büchern und Gesprächen hören. Die politischen Zukunftsexkurse der

Verfasserin mögen ganz außer Betracht bleiben, obwohl die Kritik wirklich gegnugsam herausgefordert wird, wenn sie so törichtes Zeug redet, wie, daß Rußland und China an »uralten Lastern« kranken. Schlimmer als solche Behauptungen, die schließlich nur einer bedenkenlosen Zeitungsweisheit nachgesprochen sind, erscheint mir die Verunglimpfung der anderen Völker, namentlich aber die Selbstüberhebung (und gehe sie auch nur auf die Nation), die noch dazu mit schulmeisterlichen Ansprüchen auftritt. Gerade wer die Sache seiner Nation zur eigenen macht, wird Auslassungen solcher Art sehr bedauern. Es ist aber mit Sicherheit anzunehmen, daß ethische Naturen wie Melanie Ebhardt diese Kriegsverwirrungen bald, als mit ihren sittlichen Lebensanschauungen unvereinbar, überwunden haben werden.

WISSENSCHAFT

Sozialwissenschaften / Conrad Schmidt

Marxismus

Der junge Nationalökonom Franz Petry, dessen Abhandlung *Der soziale Gehalt der Marxschen Werttheorie nach seinem Tod mit einem kurzen biographischen Geleitwort des Freiburger Professors Karl Diehl* erschien / Jena, G. Fischer/, war eine jener vielen verheißungsvollen Begabungen, denen zu Beginn ihrer Laufbahn, kaum daß sie ihre Kraft in einer ersten Leistung hatten verkünden können, der mörderische Krieg den Mund verschloß. Im August 1914, wenige Monate nach seiner Promotion, eilte er zu den Waffen; ein Jahr darauf starb der erst 25jährige in einem Lazarett auf russischem Boden. Erst Kaufmann, trieb ihn sein wissenschaftliches Interesse zur Universität, auf der er sich in juristische, ökonomische und philosophische Studien vertiefte. Insbesondere lagen ihm, wie Diehl erzählt, und wie die Art seiner vorliegenden Arbeit selbst bezeugt, philosophische Probleme am Herzen. Mit Schönitz, einem gleichstrebenden Freund, der bald nach ihm starb, bildete er, »erfüllt vom Streben der Wissenschaft nur um ihrer selbst willen zu dienen und ganz in ihr aufzugehen«, den geistigen Mittelpunkt im Kreis der jungen Nationalökonomien, die sich an der Freiburger Universität zusammenfanden und in den Seminaren diskutierten. Die hinterlassene Arbeit hat nichts mit jener billigen akademischen Marxliteratur gemein, die in oft komisch wirkender Superklugheit, ohne Ahnung der

zentralen Fragen, um die der große Denker gerungen, gegen ihn mit allerhand auf gut Glück zusammengegriffenen Einwänden zu Felde zog. Von dem lebendigsten Gefühl ergriffen, daß hier ein völlig Neues, für die Erfassung der gesellschaftlichen Zusammenhänge epochemachend Bedeutsames gegeben sei, das aus dem es umnebelnden Schein von Widersprüchen heraus lösbar sein müsse, ist seine ganze Kraft gespannt sich Klarheit über dieses Bleibende zu verschaffen. Auch wo man seinen Darlegungen nicht folgen kann: so, wenn er, mit Rickert, seines philosophischen Lehrers, methodischer Unterscheidung von kultur- und naturwissenschaftlicher Betrachtungsweise allzu rasch hantierend, bei Ricardo eine naturwissenschaftliche Behandlungsart der ökonomischen Probleme entdecken will; oder für die über bloße Gemeinplätze nicht hinausführende Grenznutztheorie eine relative Berechtigung reklamiert, und ebenso auch sonst an manchen Stellen: der Ernst, die immer noch so seltene Leidenschaft systematisch auf Einheit und Zusammenfassung gerichteten Denkens hält Interesse und sympathische Anteilnahme bis zum Ende wach. Welche reiche Wirksamkeit hätte einem Streben, das sich so frühe schon in solchem Grad zu konzentrieren vermochte, gerade in unserer Zeit beschieden sein können, wo, nach der langen Herrschaft der bloße Tatsachenbeschreibung als Heil der Wissenschaft verkündenden historischen Schule, endlich die Empfindung für die Unumgänglichkeit des theoretisch-systematischen Erkennens auf ökonomischen Gebieten sich wiederum lebendiger regt.

In dem Willen die »gesellschaftlichen Verhältnisse« als von Menschen eingegangene, als Verhältnisse der Menschen zu einander in ihrem gesellschaftlichen Lebensprozeß wirklich zu begreifen sieht Petry den Grundzug des Marxschen Denkens, den allgemeinen Zielpunkt, von dem aus die Basis seiner Werttheorie wie seine Geschichtsauffassung in ihrer Eigenart und ihrem innern Zusammenhang allein verstanden werden können. Als das eigentlich Zentrale der Marxschen »Wertbetrachtung«, das mit der Formulierung des allgemeinen »Wertgesetzes« nicht zusammenfällt und auch, wenn dieses sich nicht sollte halten lassen, unerschüttert bliebe, erscheint ihm die Art und Weise, wie Marx die in der Gesellschaft produzierten, als Gebrauchswerte verschiedener Art inkommensurablen Waren von vornherein

zugleich in ihrer andern Eigenschaft, als Produkte menschlicher, in der Gesellschaft vergesellschafteter Arbeit erfaßt, sie als Produkte, deren Produktion immer die Verausgabung einer bei den jeweils gegebenen gesellschaftlichen Produktionsbedingungen maßbestimmten Menge Arbeitszeit impliziert, zu der gleichfalls in Arbeitszeit meßbaren Arbeitsleistung der respektiven Warenproduzenten in eine der Messung zugängliche innere Beziehung setzt. Das weist auf das Bindeglied hin, durch das die Marxsche Wertbetrachtung mit jener allgemeinen Marxschen Grundtendenz und seinem allgemeinsten Begriff der gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse verknüpft sei. Was dieser Begriff bei Marx bedeutet, wird in treffender Polemik gegen Stammers Recht und Wirtschaft durchgeführt. »Gesellschaftliche Produktionsverhältnisse«, faßt er zusammen, »sind die Verhältnisse zwischen Menschen als Subjekten, die Art und Weise, wie die Menschen sich im arbeitsteiligen Produktionsprozeß als Rechtssubjekte auf einander beziehen, die Sphären ihrer freien Tätigkeit gegen einander eingeschränkt und bedingt sind.« Verhältnisse, die als solche, wie Marx im 3. Band des Kapitals mit allem Nachdruck selbst hervorgehoben hat, zugleich die allgemeinen Distributions- und Eigentumsverhältnisse einschließen, in deren Rahmen die gesellschaftliche Produktion sich vollzieht, und die so als »bestimmte Formen des gesellschaftlichen Lebens« von den Verhältnissen der eigentlichen Produktionstechnik grundsätzlich unterschieden werden müssen. Hinter der Marxschen Wertbetrachtung, eben jener prinzipiellen Hervorkehrung des Arbeitsproduktscharakters der Waren, die das Fundament für seine Theorie der Mehrarbeit bildet, steht das Bemühen »die unter den äußeren Formen des Konkurrenzsystems versteckte Organisationsform der menschlichen Arbeit heraus zu präparieren. . . In der mannigfachsten Weise werden zwischen den Menschen soziale Beziehungen geschaffen. Marx will nur die durch das Faktum der Arbeitsteilung geschaffenen betrachten; damit grenzt sich aus dem Bereich der sozialen Erscheinungen ein Gebiet ab, das man als das der sozialen Wirtschaft im engeren und eigentlichen Sinn bezeichnen kann. Die Arbeit und Arbeitsteilung wird für Marx zum höchsten Begriff, nach dem sich alle ökonomischen Kategorien bestimmen, denn die Analyse der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit ist das Objekt

der Wirtschaftswissenschaft. Da Marx nicht von dem Tauschakt und dem Gut sondern von den sozialen Arbeitsbeziehungen, die die Menschen in dem wirtschaftlichen Reproduktionsprozeß eingehen, seinen Ausgangspunkt nimmt, scheidet er von vornherein alle Nichtarbeitsprodukte aus. Aus dem Umfang der gesamten Güterwelt hebt sich damit ein Komplex heraus, der als Kristallisation menschlicher Arbeitskraft, als »Gesamtwert« überhaupt Medium und Träger gesellschaftlicher Beziehungen werden kann. Aufgabe der Theorie wird es danach die Verteilung dieses Gesamtwerts, die Bedingungen und Größe des Anteils der einzelnen, dadurch charakterisierten Gesellschaftsklassen festzustellen. Daher faßt Marx alle Einkommen als unter bestimmten Bedingungen stehende Verfügungsformen über menschliche Arbeit auf; die Aufgabe der Theorie ist nicht schon gelöst, wenn man einen einzelnen Einkommenszweig nach den subjektiven, in dem Motivationsmechanismus der einzelnen gelegenen Bedingungen erklärt . . . sondern, um den Kapitalprofit als soziales Phänomen zu verstehen, müssen wir ihn als einen seiner Größe und Art nach bestimmt charakterisierten Anteil am Gesamtwert, als Verfügungsform über menschliche Arbeit und damit als gesellschaftliches Verhältnis erfassen.« Diese Ausführungen, die in ihrer prinzipiellen Haltung sich mit denen Max Adlers (den Pety aber nicht zu kennen scheint) vielfach berühren, bilden den Hauptinhalt des 1., Das qualitative Wertproblem betitelten Kapitels. In dem 2. Kapitel, Das quantitative Wertproblem, nimmt er zum Wertgesetz als Handhabe und Mittel Preisbildung und Arbeitslohn im kapitalistischen Konkurrenzsystem zu bestimmen Stellung. Aus dem Anhänger und Bewunderer Marxs wird hier (das liegt in der Natur der Sache) ein Kritiker. Die Einwände, die schon oft erhoben worden sind, erscheinen auch ihm als völlig unwiderlegbar. Nicht nur, daß Marx' Versuch im 3. Band des Kapitals die Bildung einer bei freier Konkurrenz für die verschiedenen Branchen der kapitalistischen Produktion tendenziell gleichen Durchschnittsprofitrate mit dem als Grundgesetz des Warenaustausches gefaßten Wertgesetz in Einklang zu bringen, offenbar gescheitert ist; es fehlen von vornherein die Mittelglieder, die es begreiflich machen könnten, wie es denn das rein ideelle Verhältnis der Arbeitsäquivalenz überhaupt anstellen soll das

wirkliche Verhalten der Agenten des wirtschaftlichen Gesamtprozesses im Sinn des Wertgesetzes realiter zu leiten. In der vorliegenden Form haftet der Petryschen Arbeit freilich noch etwas Fragmentarisches an. Die Folgerungen, in die als Resultat die angestellte Untersuchung schließlich auszumünden haben würde, sind einstweilen nur vorbereitet, noch nicht ausdrücklich ausgesprochen und formuliert. Hätte ihm das Schicksal Zeit vergönnt dem angesponnenen Faden weiter nachzugehen, so bedurfte es nur noch einiger Schritte, um das schillernd unbestimmte Etikett des Wertbegriffs, das er zum Schaden der Klarheit bei seiner Unterscheidung des unvergänglichen Kerns und der um diesen herum gelagerten künstlichen, in Widersprüche sich verwickelnden Konstruktionen beibehält, endgültig abzustreifen. Sollen aus dem Wertbegriff die Zweideutigkeiten, die bei Marx aus ihm ein wahres Proteuswesen machen (zuerst eine den Waren immanente Wertsubstanz, deren relative Größe nach der Regel der Arbeitsäquivalenz in den Warenpreisen allgemein mit tendenziell notwendiger Gesetzmäßigkeit zum Ausdruck kommen soll; dann im 3. Band eine Wertsubstanz, die gerade umgekehrt beim Walten freier Konkurrenz in den Marktpreisen kapitalistisch erzeugter Waren der Regel und Tendenz nach mit gesetzmäßiger Notwendigkeit niemals zum Ausdruck kommen kann), beseitigt werden, so muß man sich entschließen auf das, was mit dem Namen Warenwert oder Tauschwert der Waren von der Sprache einzig und allein gemeint wird, zurückzugehen. Tauschwert der Waren heißt im Grunde offenbar nichts anderes als Veräußerlichkeit der Waren im Warenaustausch und schließt in dieser seiner völlig klaren Grundbedeutung schlechterdings keinerlei Hinweis auf eine den Waren auch abgesehen von ihren Austauschrelationen als Eigenschaft inhärierende Wertsubstanz ein. Die einzige Bestimmung hinsichtlich des Tauschwertes der Waren, die sich, hiervon ausgehend, ganz zweifellos für jede Gesellschaft mit entwickelter Warenproduktion, also auch die moderne Volkswirtschaft, feststellen läßt, ergibt sich unmittelbar aus der Reflexion, daß jede irgendwie entwickelte Warenproduktion selbstverständlich immer die Funktion einer Warenart als **G e l d w a r e** im Warenaustausch voraussetzt. Mit anderen Worten daraus, daß sich die Produktion aller anderen, in dem Prozeß jeweils nachgefragten und

angebotenen Waren von vornherein immer nur als Produktion mit Exemplaren der Geldware als Gegengabe jeweils nach Bedarfswahl nachgefragter Waren vollziehen kann, wobei die nach Bedarfswahl nachgefragten Waren im Austauschverkehr ihrer respektiven Produzenten mit den jeweiligen nach Bedarfswahl Nachfragenden zu in diesem Austauschverkehr jeweils bestimmten Austauschätzen (Preisen) mit Geld als Gegengabe jederzeit aneignenbar und für ihre Produzenteneigentümer zu diesen Austauschätzen (Preisen) als Gegengabe veräußerlich sind. Indem der Prozeß, um überhaupt möglich zu sein, diese Form haben muß, ist er damit notwendigerweise ein Prozeß, in dem, wie er immer näher bestimmt sei, die Veräußerlichkeit oder der Tauschwert (in abkürzender Ausdrucksweise also: der Wert der Waren) im Warenaustausch jederzeit gegensätzlich bestimmt ist. Die Exemplare der einen als Geldwaren funktionierenden Warenart haben im gesellschaftlichen Warenaustausch die Veräußerlichkeit oder den Tauschwert von Waren, die nach im Marktverkehr jeweils bestimmten Austauschätzen gegen Exemplare jeder andern Warenart jederzeit nach Bedarfswahl veräußerlich sind, alle anderen aber, im Gegensatz hierzu, den Tauschwert von Waren, die überhaupt nicht nach Bedarfswahl sondern jederzeit ausschließlich nur gegen Geldware zu jenen Austauschätzen an jeweils nach Bedarfswahl Nachfragende als Gegengabe veräußerlich sind. Woraus dann selbstverständlich folgt, daß alle diese anderen Waren hinsichtlich des Tauschwertes, den sie jeweils im Warenaustausch haben, unter einander jeweiligen nur immer quantitativ (nämlich der hinsichtlich im Austauschverkehr bestimmten Geldquanta oder Preise, zu denen sie veräußerlich sind) sich unterscheiden und in diesem ihrem jeweiligen Tauschwert, in Hinblick auf den sie samt und sonders kommensurabel, durch Angabe der jeweils im Marktverkehr fixierten Preise jederzeit eindeutig und erschöpfend bestimmt sind. Indem man sagt, der Wert von so und so vielen Exemplaren einer Warenart ist so und so viel Geld, sagt man nie und nimmer, wie Marx es auslegt: Wert dieser Warenmenge = Wert der betreffenden Geldmengen. Denn wenn die anderen Waren in ihrem durch die Preise indizierten Tauschwert oder Wert kommensurabel, in den Proportionen, in denen ihre Preise gleich sind, Warenmengen von gleichem Tauschwert sind, sind sie

in der Art ihres Tauscherts von der Art des Tauscherts, den Exemplare der Geldware haben, qualitativ verschieden, also hinsichtlich ihres Tauscherts oder Werts dem Tauschwert oder Wert von Geld von vornherein inkomensurabel, können in keinerlei Proportion mit Exemplaren der Geldware wertgleich sein. Jener Satz: Der Wert von so und so vielen Waren ist so und so viel Geld, konstatiert schlechterdings nur die in dem jeweiligen Austauschverhältnis unmittelbar gegebene Tatsache und läßt die Frage völlig unbestimmt, ob etwa eine weitere Analyse des Wirtschaftsprozesses in diesem Regeln der Preisbildung nachzuweisen vermag, die den Schluß erlauben, daß die Proportionen, in denen sich die Waren gegen Geldware umsetzen, bei Unterstellung freier Konkurrenz mit den Porportionen zusammenfallen, in denen Quanta der betreffenden Warenart und Quanta der Geldware Arbeitäquivalente darstellen. Wohingegen Marx diese Wertbestimmung gewaltsam in eine Wertgleichung umdeutet, dann weiter aus dieser fiktiven Wertgleichung, da eine Gleichheit zwischen der ausgetauschten Waren- und Geldmenge überhaupt nur hinsichtlich der in ihrer Produktion verausgabten Arbeitsmenge möglich sei, die Identität von Wert und Arbeitsgröße herausdestillieren will. Nur so läßt sich der Trugschluß dieser Deutung, durch die die Wertbestimmung auf ein ihr selber völlig fremdes Arbeitsäquivalenzverhältnis a priori reduziert wird, mit voller Klarheit durchschauen. So tief, so fruchtbar revolutionierend der Marxsche Grundgedanke also ist: bei Analyse der kapitalistischen Volkswirtschaft in prinzipieller Weise den allgemeinen Arbeitsproduktcharakter der Waren festzuhalten und auf dieser Basis zur Erschließung der Mehrarbeit, ohne die der kapitalistische Wirtschaftsgrundsatz vollkommen unverstänlich bliebe, fortzuschreiten, so wenig paßt der Name einer Werttheorie, oder, wie Petry sagt, einer Wertbetrachtung, zur Bezeichnung dieses Standpunkts. Eine Werttheorie, die zu dem Resultat kommt, daß die Warenwerte, die, wie wir sahen, jederzeit durch Angabe der jeweiligen Warenpreise eindeutig und erschöpfend bestimmt sind, im Gegenteil niemals in diesen Preisen ihren richtigen Ausdruck finden, hebt sich am Ende selber auf. Was Petry mit der Marxschen Wertbetrachtung meint, ist im Grund nicht mehr Wertbetrachtung, sondern eine Theorie der Arbeit in der

kapitalistischen Gesellschaft, die den Arbeitsgehalt der Waren und die Anteilnahme der Klassen an dem gesamten nationalen Arbeitsprodukt näher analysiert, aber in dieses große Unternehmen durch eine bei aller Genialität schließlich unhaltbare Fassung des Wertbegriffs Verwirrung hineinträgt. In diesem Sinn weiter fortgedacht, würde also Petrys Unterscheidung von Wertbetrachtung und Wertgesetz, das Bekenntnis zu jener und die Ablehnung dieses, schließlich in die Forderung einer ökonomischen Theorie münden müssen, die, bei ihrer Analyse der modernen kapitalistischen Volkswirtschaft, jenes sogenannte Wertgesetz im Prinzip aufgebend, den Nachweis erbringt, wie ohne eine solche in unlösbare Widersprüche verstrickende dogmatische Voraussetzung das innere Gefüge des Prozesses, und zwar zugleich im Sinn jener allgemeinsten Marxschen Intentionen, sich zusammenhängend-systematisch erkennen läßt. Nur auf diesem Weg läßt ein theoretischer Fortschritt über Marx hinaus sich denken.

× ×
 Aktualisierung des ökonomischen Unterrichts Ein jüngerer Professor, Johannes Plenge, der in der Münsterschen Hochschule inmitten des großindustriellen Zentralgebiets seit einiger Zeit Nationalökonomie doziert und mit einem auf ganz neuer Basis eingerichteten Seminar, in dem der Handelsteil der Zeitungen und Schwankungen der Konjunktur eingehend verfolgt und besprochen werden, bedeutende Erfolge erzielte, vertritt mit Feuereifer den Gedanken, daß alles Mögliche geschehen müsse, um den Nachwuchs in den wirtschaftlich führenden Kreisen und in der Verwaltungspraxis durch praktisch verwertbare ökonomische Tatsachenkenntnis und methodische Anleitung zu eigener Orientierung für die Erfüllung wirtschaftlicher Funktionen besser auszurüsten. In einer interessanten Broschüre Aus dem Leben einer Idee /Münster, Borgmeyer/ berichtet er, wie ein im Dienst dieses Zweckes groß entworfenen, in einer Denkschrift von ihm eingereichter Plan, für den ihm von industrieller Seite eine finanzielle Beihilfe von jährlich 150- bis 200 000 Mark zugesichert war, am bürokratischen Widerstand des preussischen Unterrichtsministeriums gescheitert ist. Sparsamkeitsgründe hätten bei der Bedeutung der Aufgabe und den relativ geringen Summen, die als staatlicher Zuschuß erforderlich gewesen

wären, hier nicht den Ausschlag geben dürfen. Es habe sich darum gehandelt einen Kreis sachkundiger praktisch erfahrener Leute zu versammeln, die unter einheitlicher Leitung die Einführung der Hörer ins nähere Detail der führenden Produktionszweige, des Geld- und Bankwesens, in die wirtschaftlichen Verhältnisse der Hauptländer, ins Gewerkschaftswesen, die soziale Gesetzgebung und Zweige der Verwaltungspraxis übernehmen sollten. Aber auch als nach Unterbrechungen die Sache schließlich auf des Messers Schneide stand, die Beireiterklärung zu einer privaten Besteuer in dem genannten Umfang während der Kriegszeit selber wiederholt war, habe man nicht einmal seinem Ersuchen den Plan vor der Behörde mündlich erörtern zu dürfen Folge geleistet. Der Augenblick, da man hätte zugreifen müssen, sei verpaßt, das Projekt verhindert. Aus Gleichgültigkeit oder irgend einem Vorurteil.

Das einzige, aber um so näher liegende und schwerer wiegende Bedenken: der Verdacht, daß der Unterricht in einem mit großindustriellem Geld unterstützten Institut in Sachen der Sozialpolitik leicht eine arbeiterfeindliche Parteitendenz annehmen könne, wehrt Plenge (und subjektiv gewiß im besten Glauben) durch Berufung auf seine eigene unabhängige Gesinnung ab. Was freilich keine Bürgschaft dafür bietet, was bei anderer Leitung aus dem Unternehmen hätte werden können. Seine Grundthese aber, daß das übliche Studium der Ökonomie auf den Universitäten eine bei der ungeheuren Kompliziertheit der modernen wirtschaftlichen Verhältnisse völlig unzureichende Vorbereitung biete, und daß in diesem Punkt (die Handelshochschulen reichten dafür nicht aus) Ergänzungen zu schaffen seien, wird sich in keinem Fall bestreiten lassen.

×
 Kurze Chronik Der Assistent am Volkswirtschaftlichen Seminar der Universität Heidelberg

Dr. Wilhelm Mertens, der auch mit Lehrkursen in der Heidelberger Philosophischen Fakultät beauftragt war, ist auf dem Schlauchfeld gefallen. Die Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät der Universität Kiel hat den Kandidaten Schulze aus München nach seinem Tod, den er im Feld fand, zum Doktor der Staatswissenschaften promoviert. × Das Institut für den internationalen Austausch sozialer Erfahrungen hat seinen Vereins-sitz, der sich vor dem Krieg in Paris

befand, nach Bern verlegt. Das Organ des Instituts, die Dokumente des Fortschritts, dessen deutsche Ausgabe früher in Berlin erschien, wird schon seit einiger Zeit in Bern herausgegeben. × Der Vorsitzende der Deutschen Vorderasiatischen Gesellschaft Dr. Hugo Grothe, der sich vor kurzem an der Technischen Hochschule in Stuttgart für das Fach der Wirtschaftsgeographie habilitiert hat, trat Ende Februar eine neue Studienreise nach dem Orient an.

KUNST

Bildende Kunst / Victor Wallerstein

Marc † In den letzten Kämpfen im Westen ist Franz Marc gefallen. Das, was aus seinen Bildern, und dem, was er schrieb, zu uns spricht, zeugt für einen feinen, geistig und künstlerisch begabten Menschen. Marc gehörte zur Gruppe Der blaue Reiter in München und gab vor ein paar Jahren zusammen mit Kandinsky ein Gedenkbuch heraus, das über Streben und Leistung der Vereinigung Rechenschaft ablegen sollte. In Berlin trat er meines Wissens mit seinen Tierbildern in den ersten Ausstellungen des Sturms auf, wo er durch eine starke, subjektive Farbe, eine eigenwillige Linie und die flächige Behandlung der Form recht herausfordernd wirkte. Man erinnert sich seiner blauen Pferde, der gelbroten Ochsen usw. Trotz aller Kraft und Wohlhabgewogenheit hielten die Bilder in ihrem sehr großen Format der Zeit nicht stand. Die Wirkung ebte bei längerem Umgang ab und drohte bald im Dekorativen sich zu verlieren. Vielleicht empfand Marc diesen Schaden selbst. Wenigstens begann er bald darauf, in Anpassung an die in der Zeit ruhenden Probleme, ein geistiges Element in seine Bilder wohlbe-rechnend hineinzuarbeiten. Er malte weiter seine Tiere, aber nicht mehr nackt wie früher, sondern er webte buchstäblich um sie eine Welt von Schmerzen und Freuden, er faßte sie in die Atmosphäre der sie umgebenden Kräfte. So wurden seine Wesen zur Einheit mit ihrer Welt fest verbunden. Im 1. Herbstsalon 1913 sah man ein ganz großes, tief ergreifendes Bild von ihm, das er Tierschicksale nannte; hier hatte er die Synthese dieser Arbeit in neuer Richtung gezogen. Seine letzten Arbeiten vor dem Krieg gingen im Zerspalten der Form immer weiter, verzichteten endlich ganz auf eine Darstellung des objektiven Raumgebildes und

näherten sich so immer mehr dem programmatischen Futurismus in kubistischen Formen.

Alles dieses waren vielleicht nur Ansätze einer starken und sehr beweglichen Begabung. Er schrieb einmal aus dem Feld: »Ich glaube nicht, daß viel von dem, was wir neuen Maler in Deutschland an ungewohnten Kunstformen vor dem Krieg geschaffen haben, Wurzel fassen konnte. Wir werden von vorn anfangen müssen zu arbeiten; erst an uns selber in der Schule dieses großen Krieges, dann an unserm deutschen Volk.« Sein brennender Wunsch war es der neuen kommenden Zeit in seiner Kunst das Zeichen aufzuprägen: »Den neuen deutschen Adler möchte ich gern zeichnen, wenn dieser Krieg einmal vorbei ist. Wenn dieser Krieg einmal vorbei ist, wird es neben dem politischen Deutschland auch ein künstlerisches geben?«

Nun wird ein anderer jenes Zeichen prägen müssen. Aber sein edler Wille und seine künstlerische Kraft werden an der neuen Form teilhaben.

Else Lasker-Schüler hat ihrem toten Freund diese ergreifenden Worte nachgerufen (sie sind im Berliner Tageblatt vom 9. März 1916 abgedruckt): »Der blaue Reiter ist gefallen, ein Großbiblischer, an dem der Duft Edens hing. Über die Landschaft warf er einen blauen Schatten. Er war der, welcher die Tiere noch reden hörte; und er verklärte ihre unverstandenen Seelen. Immer erinnerte mich der blaue Reiter aus dem Kriege daran: es genügt nicht alleine zu den Menschen gütig zu sein, und was du namentlich an den Pferden, da sie unbeschreiblich auf dem Schlachtfeld leiden müssen, Gutes tust, tust du mir. An den roten Strand ist er gekommen, seinen Riesenkörper tragen große Engel zu Gott, der hält seine blaue Seele, eine leuchtende Fahne, in seiner Hand. Ich denke an eine Geschichte im Talmud, die mir ein Priester erzählte: wie Gott mit den Menschen vor dem zerstörten Tempel stand und weinte. Denn wo der blaue Reiter ging, schenkte er Himmel. So viele Vögel fliegen durch die Nacht, sie können noch Wind und Atem spielen, aber wir wissen nichts mehr hier unten davon, wir können uns nur noch zerhacken oder gleichgültig an einander vorbeigehen. In dieser Nüchternheit erhebt sich drohend eine unermessliche Blutmühle, und wir Völker alle werden bald zermahlen sein. Wir schreiten immerfort über wartende Erde. Der blaue

Reiter ist angelangt; er war noch zu jung zu sterben. Nie sah ich irgendeinen Maler gotterster und sanfter malen wie ihn. Zitronenochsen und Feuerbüffel nannte er seine Tiere, und auf seiner Schläfe ging ein Stern auf. Aber auch die Tiere der Wäldnis begannen pflanzlich zu wenden in seiner tragischen Hand. Tigerinnen verzauberte er zu Anemonen, Leoparden legte er das Geschmeide der Levkoje um; er sprach vom reinen Totschlag, wenn auf seinem Bild sich der Panther die Gazelle vom Fels holte. Er fühlte wie der junge Erzvater in der Bibelzeit, ein herrlicher Jakob er, der Fürst von Kana. Um seine Schultern schlug er wild das Dickicht; sein schönes Angesicht spiegelte er im Quell, und sein Wunderherz trug er oftmals in Fell gehüllt wie ein schlafendes Knäblein heim über die Wiesen, wenn es müde war. . . «

×

Berlin: Freie
Szeession 1916

Sie ist wahrhaft eine Szeession, nicht nur dem Namen nach. Ein neues Weltbild entsteht da unter den Augen der Alten, die selbst wieder dadurch, daß sie das Schauspiel mit ansehen und zu verstehen suchen, ihre Jugend erhalten. Zwischen diese zwei Generationen verteilt lächeln gütig patronisierend noch ältere Geschlechter bis hinauf zur Märchenzeit deutscher Malerei von den Wänden herab auf das ewig sich erneuernde Spiel des Gestaltens. Bilder von Cranach, alte Meister der Kölner Schule, prachtvolle flandrische Gobelins, Böcklin, Marées blicken auf Thoma, Trübner, Liebermann, und diese wieder sehen gelassen dem Treiben der Jungen zu, den Heckel, Kirchner, Mueller, Pechstein, Purrmann usw. Langsam wandert unser Interesse von beruhigter Meisterschaft zur unfertigen und immer suchenden Jugend. Thoma, Liebermann, Slevogt, Trübner sind heute ein ruhmvolles Blatt in der Geschichte unserer Kunst. Wer heute wagte die Errungenschaften anzugreifen, die wir ihnen zu danken haben, richtet sich selbst, nicht sie. Ihr Werk steht heute für uns fest, und neue Probleme fangen an uns zu beschäftigen. Wir suchen Maßstäbe, um dem Neuen beizukommen, das wie immer etwas Unheimliches, fast könnte man sagen: Feindliches für uns hat. Wir suchen Angriffspunkte zu finden und Beziehungen zu ihnen herzustellen. Und dazu sollen uns die wie zufällig verstreuten alten Meister helfen. Wir sollen durch sie zur Einsicht gelangen, »daß weder mit demjenigen, was wir

Schönheit, noch demjenigen, was wir Lebendigkeit nennen, das Ziel der bildenden Kunst völlig erschöpft sei, und daß die Kunst noch auf andere (nach gewöhnlichen Begriffen weder schöne noch lebendige) Erscheinungsformen gerichtet sein kann.«

Es ist gut sich diese Sätze, die ein stiller Gelehrter, H. Riegl, in einem sehr wissenschaftlichen Werk (Spätromische Kunstindustrie) vorahndend und richtunggebend niederlegte, immer wieder vorzusprechen, wenn man den Wunsch hat den Darbietungen der eigenen Zeit zu folgen. Es bleibt einem dann noch immer die Möglichkeit abzulehnen, was uns von dem veränderten Standpunkt aus keinerlei Bereicherung schafft. Es ist um vieles bequemer über Dinge zu lachen als eine neue Orientierung der Betrachtungsweise für sich zu vollziehen. Am leichtesten möchte diese einem vielleicht vor den Bildern von Erich Heckel gelingen. Sie stehen ihren Vorstufen, dem Impressionismus, vielleicht am nächsten. Besonders das Bild Parksee hatte noch viele Berührungspunkte mit der vorausgehenden Entwicklungsstufe der Malerei. Licht und Raumwerte sind beibehalten, und nur die Lokalfarbe ist auf einer stark in sich gebauten Form verdichtet. Es ist kein reiner und zufälliger Naturauschnitt mehr, sondern er ist nach subjektiven Gesetzen zu einem eigenartigen Rhythmus gebracht. Schwieriger ist schon die Einstellung auf die beiden anderen seiner Bilder. Es handelt sich da um die menschliche Figur und überall, wo sich uns eine subjektive Umformung, eine Grimassierung und eigenwillige Deformation des menschlichen Körpers darbietet, fällt es uns schwer zum Genuß der reinen Form zu gelangen. Das eigene Organische hindert uns zu erkennen, daß nur dadurch, daß es im Bild dem seelischen Ausdruck untergeordnet wurde, dieser etwas so Außergewöhnliches, Seltenes, man könnte sagen: Tolles, bietet. Es ist gut hier nicht nur an die obenerwähnten Sätze zu denken sondern auch an Dinge, die uns aus früheren Zeiten bekannt und die von der Geschichte längst sanktioniert sind. Erinnern wir uns der Portalfiguren frühgotischer Kirchen wie Moissae oder Vezelay, so haben wir gleich Berührungs- und Stützpunkte. Der unerhörte seelische Ausdruck liegt auch dort nicht im Physiognomischen sondern in der eigenwilligen Durchbiegung, Streckung der Linie und der Vergewaltigung der objektiven Proportion. Bei

Heckel tritt zu diesen Mitteln auch noch eine Farbe, die in stärkster Weise die Suggestion unterstützt und gleichzeitig von hinreißender Glut und sinnlicher Schönheit ist. Nicht immer gelingt es ihm bei der einseitigen Verfolgung seiner Probleme Ausgeglichenheit und Ruhe in sein Bild zu bringen. Aber gerade auch dieser Umstand ist es, der darauf schließen läßt, daß wir es hier mit etwas Neuem, Werdendem, Fruchtbarem zu tun haben.

Schwerer mag es schon dem Beschauer werden sich in die Bilder eines E. L. Kirchner hineinzu sehen. Kirchner schwimmt geradezu in Begabung. Ganz unbewußt findet er für seine eigenartige, hochgeschraubte Erregung den Ausdruck. Das, was in seinen Bildern dem an Klassik und Naturalismus geschulten Auge verrückt scheint, ist geradezu instinktmäßig entstanden. Er zeichnet eine Welt, die uns Durchschnittsbürgern kaum jemals sichtbar wird. Er sieht sie nicht nur mit zugekniffenem Auge als ästhetisches Phänomen. In diese leeren, teilnahmslosen Physiognomien seiner aus der Gesellschaft ausgestoßenen Individuen legt er Selbstbewußtsein und damit eine Verachtung jener Güter, an denen diese sündhaften Blumen keinen Anteil haben. Seine Bilder sind aber auch nicht etwa auf dieses psychologische Erlebnis allein aufgebaut. Man könnte sogar sagen, daß Kirchner, obwohl er Frankreich und die französische Kunst kaum kennt, von allen Jungen am ehesten die edle leichte Kultur des Farbtons und Farbschmelzes besitzt, die wir an Franzosen kennen. Das Licht spielt in seinen Bildern keine Rolle. Sie sind im alten Sinn lichtlos. Seine Farben aber haben in ihrer fast bis zum Hautgout gesteigerten Finesse einen absoluten und reinen Zusammenklang; wir können aus ihnen ebenso den seelischen Gehalt des Bildes ablesen wie aus der Form. Die sündhafte Luft, für die Kirchner Ausdruck sucht, kommt in der aufs höchste raffinierten Farbenabstufung ebenso in Erscheinung wie in der Form. Auch von ihr kann man sagen, sie sei im Sinn einer jenseits der bürgerlichen Moral stehenden Sinnlichkeit entstanden. So sehe ich hier ein inniges Zusammengehen aller der künstlerischen Bauteile, die ein Ganzes ausmachen. Diese Kunst entsteht nicht aus Quellen, die durch langes Rinnen getrübt wurden, sondern beruht auf dem Erlebnis der Künstlerpersönlichkeit, wie wir das ähnlich in Frankreich bei Toulouse-Lautrec beobachten konnten.

Neben Kirchner und Heckel erscheint Pechstein in den diesmal ausgestellten Bildern schwach, süßlich, ja sogar dekorativ, in dem Sinn, daß seine Zeichnung, seine Form, seine Farbe keine Ausdrucks- sondern Schmuckwerte vermitteln. Man hat ihn früher als Führer und Höchstbegabten der Gruppe ausgerufen. Als das muß er sich aber noch erweisen. Historisch gesehen ist er es sicher nicht. Er neigt zu Konventionen und Kompromissen, die allerdings die in der Zeit liegenden Probleme mit dem traditionellen Naturalismus in Verbindung zu bringen wußten. Neben dem Herben und Ungeschlachten hatten seine Bilder immer etwas angenehm Vertrauliches, Verständliches, das zu einem Mittel der Überredungskunst wurde. Vielleicht ist er gerade darum so schnell vom Publikum erkannt und geschätzt worden.

In starkem Gegensatz zu Pechstein steht Otto Mueller, der vierte der einstmaligen Künstlergruppe Die Brücke, über die seinerzeit in dieser Rundschau (1912, 2. Band, pag. 701 f.) berichtet wurde (Schmitt-Rottluff, der ihr auch angehörte, ist diesmal auf der Ausstellung nicht vertreten). Schon dadurch daß er auf die rein sinnlichen Werte der Farbe ganz verzichtet. Das liegt zum Teil in seiner Technik, die man als Fresko auf Leinwand ansehen kann. Mitten zwischen starken und grellen Farbenschreien klingen seine Bilder still, müde und keusch. Ein helles Grau, Gelb und Schwarz, das ist alles. Sinnlichkeit und Kraft liegen in der Zeichnung, in der scharfen, eckigen und herben Form und in der Beseelung der Gesichtszüge. Die Bilder, die vielleicht in den Ausstellungsräumen ein bißchen verträumt und unscheinbar wirken, werden bei längerem Umgang immer lebendiger, immer eindringlicher in der Sprache. In Mueller liegt auch die Begabung große Räume zu schmücken. Seine Phantasie und die ruhig lebendige Art seiner Kunst bestimmen ihn für solche Aufgaben.

An der Ehrenwand der Ausstellung hängt diesmal eine Anzahl Bilder von Hans Purrmann. Wenn er auch für Berlin keine neue Erscheinung ist, so nimmt er doch diesmal eine so dominierende Stellung ein, daß man sich mit ihm wie mit den vorigen eingehender befassen muß. Purrmann kommt aus der Münchener Stuckschule. Es gibt frühe Arbeiten von ihm, die ganz im Stil der Münchener Tonmalerei der Zeit um 1900 gehalten sind. Einige Jahre

später leitete Purrmann die Malschule von Matisse in Paris. Trotzdem gehört er nicht zu jenen Malern, die sich blindlings der Art des Meisters ausgeliefert haben. Dazu war er schon in München zu sehr Mann eines eigenen starken Kalibers. Seine Begabung ging in Paris mit einemmal neue Wege, aber auf seine verhaltene und sehr besonnene Weise. Diese Selbstsicherheit teilt sich auch seinen jetzigen Arbeiten mit. Er hat Anregungen von Matisse in reichem Maß in sich aufgenommen, aber diese so sehr mit dem eigenen Geschmack vermischt und durch eine, vielleicht könnte man sagen: deutsche Gründlichkeit, vertieft, daß schließlich etwas Neues dabei zustande kam. Er hat die edle Kultur französischer Kunst in sich aufgenommen, ohne sein eigenes Wesen dabei preiszugeben. Man hat vor seinen Bildern das Empfinden, daß sie so und nicht anders sein müssen. Dieses Zwingende und die Sicherheit, verbunden mit einer edlen Malkultur, sind vielleicht das Beste an ihnen. Es sind kostbare Objekte, die wir mit den Sinnen genießen, die aber kalt lassen, wie prachtvolle Gläser oder Stoffe. Der zündende Funke fehlt. Und das, scheint mir, wird ausschlaggebend für das weitere Wachstum dieser Kunst sein. Sie wird immer meisterlicher und meisterhafter werden. Aber wer weiß, ob sie uns jemals mehr als reine Augenkunst sein wird.

Daß sie aber fast alles in ähnlicher Richtung sich Bewegende der Ausstellung überragt, sieht man, wenn man die Bilder Oskar Mollis vergleichsweise danebenhält. Hier sieht man sozusagen zügellos zeretzte Matisseanregungen mit sehr viel, vielleicht zu viel Talent verwertet, aber es fehlt die Persönlichkeit, die sie zu jener neuen Eigenart verdichtet.

Gar vieles enthält die Ausstellung, worüber das eine oder andere zu sagen wäre. Diesmal sollten nur wenige Erscheinungen herausgehoben werden, die, wie mir scheint, für die Zukunft unserer Kunst wichtig werden können.

× **Kriegsbilder** Im Berliner Künstlerhaus stellte Sascha Schneider Bilder und Zeichnungen zu einem Zyklus Kriegsgestalten und Todesgewalten aus. Ich kann mit dieser aufgeblähten Monumentalkunst nichts anfangen. Statt zu überzeugen versucht sie zu überreden, durch süßen Honigseim der Farbe und einer sehr allgemeinverständlichen dilettantischen Zeichnung. Alles leerer Akademismus. Deswegen.

wäre es auch nicht nötig hiervon Notiz zu nehmen, wenn nicht gleichzeitig ein Heft Reproduktionen nach diesen Zeichnungen vorläge /Leipzig, Breitkopf & Härtel/. Es sind Symbole des Krieges, seiner Schrecken, Kräfte und Mächte. Die Formen, die sie verkörpern sollen, sind aber nichts weniger als kräftig, mächtig oder gar schrecklich. Und das erst gäbe doch den Darstellungen ihre Berechtigung. Die Phantasie des Künstlers müßte sich in der Erfindung der Form genau so zeigen wie in der Erfindung des Symbols. Ein phantastischer Vorwurf an sich, banal dargestellt, ist nichterne Illustration eines Gedankens. Der einzige Anreiz könnte also nur in der Kühnheit und Seltenheit des Gedankens liegen. Aber auch da finde ich kaum etwas, was über das Ersinnen einer mittlern Begabung hinausgeht.

×
Kurze Chronik Am 21. März schied in Berlin die Malerin Alice Trübner aus dem Leben.

Sie war kein stark eigenartiges Talent; aber im Anschluß an die Kunst ihres Gatten, Wilhelm Trübners, gelangen ihr Werke, die durch Vornehmheit des Geschmacks, Feinheit des Tons und Sicherheit der Technik weit über das Mittelmaß hinausreichten. × Den Berliner Königlichen Museen gelang es unter den schwierigsten Umständen ein griechisches Originalwerk aus parischem Marmor zu erwerben. Dargestellt ist eine lebensgroße sitzende weibliche Figur in enganliegendem Gewand, deren Entstehen wahrscheinlich bis in das 6. Jahrhundert vor Christus zurückgeht. Gehören griechische Originalwerke immer zu den größten Seltenheiten, so gilt dies hier noch ganz besonders, wo man es mit einer künstlerisch hervorragenden und zudem ausgezeichnet erhaltenen Arbeit aus der frühesten Zeit griechischer Kunst zu tun hat. × In den Räumen der (alten) Berliner Sezession fand eine Ausstellung Die Kunst im Kriege statt. Es wurden gute Beispiele von Grab- und Kriegerdenkmälern aller Zeiten und Völker in Abbildungen vorgeführt. Ein Raum war der neuesten Malerei gewidmet, deren Schöpfer zurzeit in mehr oder weniger engem Zusammenhang mit dem Krieg stehen.

×
Literatur Wir leben wieder in einer Zeit der Sezessionen; ein Beweis, daß wir an der Wende zweier Kunstrichtungen stehen.

Ein Buch, das sich mit der Betrachtung der zeitgenössischen Ereignisse befaßt, muß deshalb damit beginnen diesen Wechsel zu schildern und den neuen Standpunkt zu präzisieren. Man beginnt die Relativität im Urteil der eben vergangenen Epoche zu erkennen, ist sich aber gleichzeitig darüber klar, daß der neue Standpunkt auch nicht absolut ist. Damit gelangt man entweder zu einer übertriebenen Objektivität, oder aber zu unbedenklicher Sorglosigkeit. Mag die Nachwelt auch unser Urteil ihrer eigenen Relativität gemäß umstoßen: aus der Welt schaffen kann sie es nicht; es wird weiterleben, zumindest als Äußerung unseres eingegrenzten Lebens, und als solches wird es seine Geltung behalten müssen. Auf diesem Standpunkt steht das Buch Wilhelm Hausensteins Die bildende Kunst der Gegenwart /Stuttgart, Deutsche Verlagsanstalt/. Hausenstein will die Kunst der Gegenwart nicht nur im Zusammenhang der Zeitkultur sehen und ihre entwickelungsgeschichtliche Art feststellen, sondern er sieht die Aufgabe, die »recht eigentlich gegenwärtig und darum höher ist«, darin »die unmittelbare Tatsächlichkeit der gegenwärtigen Kunst unmittelbar aufzunehmen und mit ihr, sinnlich positiv bis zur Gedankenlosigkeit, zu leben«. »Ist Gegenwart dazu da Geschichte zu werden? Ist sie nicht vielmehr dazu da Gegenwart zu sein und geradezu außerhalb aller Zusammenhänge der Zeit, ganz als einzelnes und Augenblickliches erlebt zu werden?« So ist seine Betrachtung frei von jeder normativen Ästhetik und in weitestem Umfang das Ergebnis einer persönlichen Auseinandersetzung des Individuums mit der Kunst seiner Zeit. Er beginnt mit der Darstellung des »künstlerischen Gesichtsfelds der Gegenwart«, greift aber von hier aus bis auf Leibl zurück. Um dann die Entstehung der deutschen Sezessionen zu schildern, muß er auf den französischen Impressionismus, Neoimpressionismus, Cézanne, van Gogh und Gauguin eingehen. Den Begriff »vom echten und falschen Stil« macht er an Böcklin, Feuerbach, Marées und Hildebrand anschaulich, und daran erst schließt er die Betrachtung der Kunst der Gegenwart, des Expressionismus, Kubismus und Futurismus. Wir erfahren nicht immer Wesentliches über den Künstler oder sein Werk, sondern wir hören gleichsam den letzten Satz eines Zwiegesprächs, das der Verfasser mit dem Kunstwerk hielt, die zug-

spitzte und manchmal vom Zufall abhängige Formel, die er auf diese Weise für die Erscheinung gefunden hat. Da es sich um ungefähr 700 Namen handelt, will das nicht wenig bedeuten. Man muß es auch, dies berücksichtigend, in den Kauf nehmen, daß Hausenstein nicht immer bei seiner Meinung bleibt, und daß er in der Abschätzung dieser oder jener Erscheinung sei es von seiner allzu subjektiven Einstellung sei es gar von Urteilen abhängig scheint, die auf Tradition zurückzuführen sind. Auf der andern Seite treibt der Wille zu einer unbedingten Voraussetzungslosigkeit dazu Erscheinungen zu werten, nur weil sie der Gegenwart angehören. Aber alle diese Schwankungen und Abweichungen von einer streng einheitlichen Betrachtungsweise erhöhen nur die Lebendigkeit in der Darstellung und lassen den Wert des Buches fast unberührt, besonders deshalb, weil die Basis der allgemeinen Kunstanschauung wertvoll und in jedem Fall anregend ist. Es wird immer wieder betont, worauf es bei der Betrachtung künstlerischer Erscheinungen ankommt, es wird hundertmal auf die falschen, irri- gen Wege gewiesen, und wie man ihnen ausweichen muß. Und das nicht etwa in einer schulmeisterhaften Dogmatik sondern mit allen Einschränkungen, dem Wenn und Aber der unserer Zeit eingeborenen Skepsis. »Nichts gilt länger als einen Augenblick, und nichts gilt weiter als in der beschränkten Beziehung auf ein von vornherein willkürlich begrenztes Thema.« Ja, mir scheint, es ist das Wertvollste dieses Buches, daß es durch die enge Zugehörigkeit zu unserer Zeit ein Stück ihrer selbst ist und einen Teil ihres aktiven Kunstwillens ausmacht. Vor allem aber, daß es imstande ist die Arbeit des einzelnen um die Erkenntnis der Probleme zu fördern. Dabei kommt es im Grunde nicht auf die absoluten Wertungen an sondern auf den Niederschlag, den die eindringliche Beschäftigung mit den Kunsterscheinungen zurückläßt und der damit in jedem von uns den allgemeinen Standpunkt für die Betrachtung (das, was man wohl am richtigsten mit dem Wort Geschmack bezeichnet) um Beträchtliches zu erhöhen vermag.

Bühnenkunst / August Döppner

Antike Tragödie Der König Ödipus erfuhr das gleiche Schicksal wie das Mirakel; aus der Arena in das Theater überzugehen. Nach

den Aufführungen im Zirkus hat Reinhardt ihn jetzt in die Volksbühne gebracht. Der Zirkus gab hier aber Reinhardts Absicht unverfälschter wieder als das Reliefbild der Theaterbühne. Beim Mirakel war es umgekehrt. Vielleicht liegt es so: Das Problem im Mirakel steht um eine Stufe höher als im Ödipus. (Natürlich ist hier nur von dem Äußern des Problems, nicht von dem Innern der Dichtung die Rede.) Das Mirakel ist ein Erlebnis des Geistes, der Ödipus eines des Blutes. Oder einfacher, da Geist und Blut gewissermaßen nur verschiedene Aggregatzustände des gleichen Elements sind: Das Mirakel ist ein späteres Erlebnis der Menschheit. Aus diesem Unterschied zwischen den beiden Werken ergibt sich ihre Forderung nach verschiedener Darstellungsart von selbst: Ödipus geht vom Triebleben aus, sein Schicksal ist infolgedessen noch Gattungsschicksal. In der Volksbühne ist das ganze Bild mit allen Mitteln der Beleuchtung, Einteilung und Akustik auf Paul Wegener (Ödipus) konzentriert. Wir stellen uns dadurch falsch ein. Wir erwarten ein Individualerleben und sind naturgemäß, im Verhältnis zur Ödipusmythe, enttäuscht. Was Wegener nun auch tut (er ist grandios), es hat alles nicht die zentrifugale dumpf hinausschreiende Wucht, die solches Gattungserlebnis haben muß. Man könnte einwenden, daß die Chöre, die unheimlich aus dem Dunkel treten, diese Wucht schaffen sollten. Sie schaffen sie nicht. Sie wirken vielmehr im Theater viel zu abstrakt. Dagegen kann in der Arena mit Massenszenen und Raumeindrücken, mit einem Triebgewoge zwischen Fürstmittelpunkt und Chor und Volk der erforderliche Eindruck erreicht werden.

× **Ko mastück** Im Berliner Kleinen Theater gibt es neuinstudiert Jettchen Gebert von Georg Hermann. Der Regisseur befand sich in besonderer Lage mit diesem Stück: Es gibt einen Roman, aus dem er schöpfen konnte (siehe die Rundschau Dichtkunst, 1906, 2. Band, pag. 1072 f). Dieser Roman ermöglichte es die intimsten Absichten und die geschauten Bilder des Dichters genau zu erkennen, auch in der Einzelheit. Der Regisseur mußte das Bühnenbild und Spiel im Sinn des Dichters ausbauen, das heißt ohne auf Abwege zu geraten, die zwar gut anzusehen, aber dem Inhalt des Stücks fremd sind. Der Regisseur hat nun freilich die Pflicht, die

schwere Pflicht, die Idee im Stofflichen erstehen zu lassen, dem dichterisch Geschauten Gestalt zu geben, aber nur als Ausführender des Dichters. Nur wo das geschieht, kommt die Tiefe heraus, vorausgesetzt, daß sie vorhanden ist. George Altman kommt ja auch ohne Buchunterlage aus. Aber jedem Regisseur, der diese Fähigkeit zur Erfüllung nicht vollendet besitzt, mag es gesagt sein, daß in der Shakespearebühne ungleich mehr Kunst steckt als in einer falschen, bildlich noch so schönen Inszenierung.

Schließlich zu denen, die ebensogut am Anfang stehen konnten: Agnes Straub (Jettchen), Paul Bildt (Onkel Jason, vielleicht ein klein wenig zu viel Friedrich II. in Sanssouci) und Lupu Pick (Eli), auch fast alle anderen; nur Gustav Rodegg scheint kein Gestalter zu sein, wie schon des öfters festzustellen war. Ich habe noch nie auf der Bühne ein so entzückendes Bild gesehen wie dieses Jettchen es gab. Und ihr Spiel war so wunderschön und innerlich, daß man beinahe vergessen konnte, wie sehr die materielle Atmosphäre dieses Stückes eine der wichtigsten geistigen Angelegenheiten der Menschheit, das Judentum, entgeistigt, indem es eine assimilatorische Übergangsschicht, die der Aufgabe ihrer Vergangenheit (und ihrer Zukunft) fremd geworden ist, an die Stelle des Ganzen setzt.

× **Marionetten** Ich habe es erlebt, daß ein erwachsenes Menschenkind, sonst gewiß nicht unerster als wir anderen, dem Spiel der Puhonnyschen Marionetten, die uns Ernst Ehlert in Berlin vorführt (siehe die Rundschau Kunstgewerbe, 1915, 3. Band, pag. 1272, und diese Rundschau, in diesem Band, pag. 132), jauchzend-heiter zuschaut, ganz innerlich gerührt. Während freilich das übrige Publikum die Angelegenheit größtenteils als Kuriosität nahm und ein bißchen gönnerhaft belächelte (für mich ein Hinweis, den ich zu den übrigen legte, auf die Stumpfheit im künstlerischen Erleben). Und doch erklärlich: Man ist noch nicht wissend genug, um sich bewußt richtig einzustellen, und hat andererseits nicht mehr die reinen Instinkte, um es ohne Wissen zu spüren. Mir scheint ästhetisch Wert und Wirkung der Marionetten ungefähr in der Richtung der grotesken Karikatur zu liegen. Diese Puppen geben mir eine Spiegelung menschlichen Seins in typisierender Verzerrung, wie sie etwa bei Reduzierung einer Wirklichkeit um eine

Dimension entsteht. Diese Reduzierung löst in uns, der im Verhältnis zu dem Spiel xfachen Dimension, den ästhetischen Genuß aus, eine reine künstlerische Tat. Die Vorgänge der kleinen Bühne vor uns geben uns die tiefberuhigende, heiteres Gemüt schaffende Versicherung des Scheinhafte unseres sinnlichen Lebens, sie demonstrieren uns, daß das Vergängliche wirklich nur Gleichnis ist. Was der Golem ist: die Verdichtung einer Sehnsucht, die in Dreidimensionalität gebannte Materialisierung einer ideellen Geste, das ist, in der Hauptsache, die Marionette. Die gegenständlich gewordene Phantasie eines E. T. A. Hoffmann oder eines Kindes oder eines Volkes, das Geschichten erzählt. Wie deutlich wird das bei den beiden tanzenden Chinesen. Grotteske Grazie um jeden Preis, wenn der Traum vom Rhythmus es so will. Sie behaupten, daß das Verhältnis von Schwere und Muskelkraft ein anderes sein kann als das gewohnte. Und man muß es ihnen glauben.

× **Kurze Chronik** Am 2. März starb in Paris Mounet-Sully. Er war der letzte Große der alten Comédie Française. Seine Kunst hatte in der Epoche eines Antoine in Paris, eines Brahm in Berlin fast etwas Legendäres. × In einer Heilanstalt bei Wien ist Hermann Traeger gestorben. Seine ersten Erfolge hatte er auf den Jarnoschen Bühnen in Wien gefunden. Zuletzt war er am Dresdener Schauspielhaus tätig. \ In Berlin ist eine Literarische Bühne begründet worden, die im Kleinen Theater Aufführungen moderner Bühnenwerke sowie älterer Dramen aus der Zeit der deutschen Sturm und Drang, und der elisabethanischen Epoche veranstalten will. × Henriette Stieglitz, Hans Kyssers neues Schauspiel, wurde zum erstenmal im Altonaer Stadttheater aufgeführt; es hatte dort großen Erfolg.

× **Literatur** Über Wedekind, Sternheim und das Theater betitelt Franz Blei 15 Kapitel Leipzig, Wolff. Der reichhaltige Geist des Verfassers zwang sich nicht zugunsten der großen Wahrheit, die er auszusprechen hat, von dieser Reichhaltigkeit ein wenig zu opfern. Es liegt feuilletonistischer Duft über seinen blitzklaren Sätzen, und das ist nicht gut bei einem Thema, für das wuchtigste Geschlossenheit überhaupt erst Voraussetzung ist. Schon der Titel. Was in

ihm angezeigt wird, ist zwar auch in dem Buch enthalten. Aber der eigentliche Inhalt ist die Abrechnung mit dem modernen Menschen, erschaut aus seiner Stellung zur Kunst, spezieller zum Theater: »Der moderne Mensch schmeichelt sich in der Presse ein Leben höchster Mannigfaltigkeit und stärkster Intensität vor: alle Vokabeln aller Zeiten sind ihm dafür geläufig gemacht, denn er erlebt sogar dieses sein seltsames abstraktes Leben nur durch die Vokabel... Er erfährt sich zweimal: in der Presse *wirklich*, im Theater *schön*...«, er wird nach einem Einfühlungsprozeß von gewisser Dauer sozial (Hauptmann), psychologisch (Ibsen), mystisch (Maeterlinck oder Stucken), erotisch-satanistisch (Wedekind), pathologisch (Strindberg), pervers (Wilde) usw.« Es kann, als in diesem Zusammenhang nicht wichtig, davon abgesehen werden, daß diese Abstempelungen nicht prägnant sind; und erst recht sind ihre Vertreter zum Teil ganz konventionell-falsch gewählt (Strindberg!). Aber mir scheint es ein großes Unrecht solcher Aburteilung den großen Zug außer Betracht zu lassen, der der Moderne so recht das Gepräge einer schöpferischen Übergangszeit gibt. Ich meine gerade die Erscheinung, von der Blei die Kehrseite schildert: das öffentliche Leben. Mit Lessing begann der Demokratisierungsprozeß des Geistes. Als er im 19. Jahrhundert popularisierend auf alle Gebiete überschlug, zeitigte er, der so edel begonnen, die schlimmste Verflachung, aber auch ihr Gegenteil: die systematische Analyse. Aus dieser erwuchs die charakteristische Art der *Erkenntnisse* des vergangenen Jahrhunderts: die Naturwissenschaft, wertvoll als Fiktion, wertlos in der Popularisierung Haeckelscher Art, die schließlich durch monistische Verblödung ad absurdum geführt wurde. Gleichwohl ließ alles das eine Disposition der Leute für menschheitliche Geistigkeit zurück: und diese ist vorläufig das, was ich öffentliches Leben nenne. Die Tendenzen, die Blei, wie oben zitiert, als Spielereien der Moderne anführt, sind nur ein Sammelsurium von Dingen, die nicht zusammengehören. Gegen die Popularisierung setzte die Reaktion der Individuen ein, sie protestierte aus geistigem Instinkt gegen den Rationalismus, der am schlimmsten nach 1870 die Kultur beschlug. Diese Reaktion hat sich erschöpft, weil sie auch wieder nur analytisch vorging. Und wenn Franz Blei nun spricht: wir brauchen »einen Willen

zum Ganzen der Welt«, so gehe ich von Herzen mit. »Das Dichtwerk auf der Bühne (bei den Griechen, in den kirchlichen Kulturen, bei Hof und Adel, ja noch bei den Gebildeten von 1810) setzt wirkende Teilnahme voraus, Mittun an einer Handlung, nicht aber Neugierde auf sich selbst, nicht aber *Interesse*... Drei Dinge sind ganz zu trennen: Das Drama einer Gemeinschaft, das dramatische Theater einer gebildeten Gesellschaft, und das moderne Theater des Publikums.« Fragen wir Blei nach Vorschlägen, so antwortet er: »Man kann von einer bestimmten Spielbühne her an einen Kreis von Zuhörern denken, ihn von da aus sich sammelnd und bildend vorstellen, der Manieren nicht mit Gesittung, Meinungen nicht mit Urteil, allerlei Kenntnisse nicht mit Bildung... verwechselt... Ein Bühnenleiter dürfte dabei nicht an eine *Erziehung* seines Publikums denken, sondern er müßte von eben diesem Publikum ganz wegdenken... Die Spielbühne würde... fast automatisch das Publikum von sich entfernen und dafür die gesittete Gesellschaft gewinnen, von einer nicht geringen Zahl einzelner zu schweigen, die seit Jahren das Theater überhaupt nicht mehr besuchen...« Über die Mittel der neuen Bühne nur dies: Das »Wesentliche soll ihr sein: der Schauspieler... Das, was man Stimmung nennt, muß vom Schauspieler ausgehen, nicht von echten oder unechten Versatzstücken... Nur der schlechte Komödiant liebt den kühn geworfenen Mantel, damit seine sprachlosen Hände daran melken können... Der Direktor der idealen Spielbühne... wird erkennen, daß er nun, wo er das Drama und nicht mehr das moderne Theaterstück spielt, auf des letztern notwendige Stütze, die *Stimmung* verzichten kann... Und auch seine Zuschauer werden... um den Abstand ihrer Welt von der Welt der Kunst wissen, bürgerliches Existieren nicht mit dem menschlichen Dasein verwechseln.« Von dem Inhalt der neuen Bühne hat Franz Blei freilich nur sehr verschwommene und wohl auch ziemlich unrichtige Vorstellungen. Sie sind zum Teil aus den Empfindungen der großen Zeitereignisse erwachsen, denen der einzelne nicht standhalten kann, und die er dadurch zu verstehen glaubt, daß er sich ihnen unterordnet und ihre Erscheinungsform als gültige Norm nimmt. Wir hören jetzt zu viel schon vom »deutschen Menschen«; der deutschen Sache wird dadurch nicht genützt, und die Erfassung des Menschen wird dadurch

nicht gefördert. Diese Zielsetzung im Verein mit einer Verständnislosigkeit gegenüber der Literatur der letzten Jahrzehnte und einer Verkenning wirklicher Größe, die in die kommenden Zeiten zeigt; dies bildet die Mängel des vortrefflichen Buchs, das den Durchschnitt der Literatur über das Theater weit überragt, weil es zur Auseinandersetzung mit ihm zwingt.

KULTUR

Kolonisation / Ludwlg Quessel

Umfang des Kolonialbesitzes Mit dem Eintritt Portugals in die uns feindliche Staatenkoalition hat die kolonialwirtschaftliche Übermacht der Entente zweifellos einen beträchtlichen Zuwachs erfahren. Für die erfolgreiche Beendigung des Krieges ist dieser Umstand allerdings von geringer Wichtigkeit, da wir durch die englische Handelsblockade ohnehin von allen kolonialen Zufuhren abgesperrt sind. Dagegen kann das Anwachsen der uns feindlich gesinnten Kolonialgebiete für den Wirtschaftskrieg, den England gegen uns nach dem Friedensschluß einleiten möchte, eine gewisse Bedeutung erlangen. Es ist daher nicht ohne Interesse den Umfang des kolonialen Ländergebiets, das England gegen uns in einen Wirtschaftskrieg verwickeln möchte, kennenzulernen. Zur Veranschaulichung der gewaltigen Überlegenheit der Ententestaaten im Kolonialbesitz diene die folgende Gegenüberstellung:

Kolonialbesitz in Quadratkilometer		Mittleuropa	
Entente			
England	32 835 000	Deutschland	2 907 000
Rußland	16 163 000	Österreich-Ungarn	—
Frankreich	10 646 000	Bulgarien	—
Belgien	2 265 000	Dänemark	194 000
Portugal	2 263 000	Skandinavien	—
Italien	1 590 000	Schweiz	—
zusammen 65 762 000		zusammen 3 101 000	

Zum bessern Verständnis obiger Zahlen sei bemerkt, daß (nach Wagner) der mit Land bedeckte Teil der Erdoberfläche 144 Millionen Quadratkilometer umfaßt. Rechnet man hiervon die unbewohnbaren Polargebiete ab, so ergibt sich, daß die Entente über mehr als die Hälfte der bewohnten Erde verfügt. Im Kolonialbesitz stehen die Ententestaaten Mittleuropa als Monopolisten gegenüber. Man kann die Völker Mitteleuropas geradezu als kolonial enterbt bezeichnen. Am gewaltigsten ist die Überlegenheit Englands im Kolonial-

besitz. Vielleicht am geringsten die Rußlands. Allerdings verfügt Rußland über 16,1 Millionen Quadratkilometer Kolonialterritorium; rechnet man jedoch hiervon Sibirien ab, das zwar ähnlich wie das Steppengebiet Südrußlands viele koloniale Eigenschaften aufweist, aber eigentlich nur als die asiatische Erweiterung Rußlands anzusehen ist, so verbleiben nur 3,7 Millionen Quadratkilometer eigentlichen Kolonialbesitzes, der Russisch Zentralasien, Bochara und Chiwa umfaßt. So betrachtet ist das russische Volk nicht reicher mit Kolonialbesitz ausgestattet als die deutsche. In der Tat ist die russische Volkswirtschaft beim Bezug kolonialer Produkte in erheblichem Maß auf fremde Kolonien angewiesen. Bringt man die gewaltige Bevölkerung Rußlands in Anschlag, so wird man sogar sagen können, daß es unter den Ententestaaten am schlechtesten mit Kolonialbesitz ausgestattet ist. Es ist daher auch leicht zu verstehen, wie sehr die britische Diplomatie daran interessiert war die russischen Blicke von den englischen Kolonien und Einflußsphären in Asien abzulenken und die ganze Kraft des russischen Kolosses nach dem Westen und Südwesten, das heißt gegen Deutschland und die Türkei zu richten. Obwohl die englischen Staatsmänner es in den letzten Tagen für ratsam gehalten haben durch ihre Reden ziemlich viel Wasser in den schäumenden Wein der ökonomischen Entente, die nach dem Friedensschluß den Wirtschaftskrieg gegen Deutschland führen soll, zu gießen, so kann man doch sicher sein, daß England nach dem Krieg nichts unterlassen wird, um seine monopolistischen Gewinne aus den Kolonien zu steigern. Zunächst wird England wahrscheinlich die farbige Kolonialbevölkerung, deren Zahl auf etwa 400 Millionen veranschlagt werden kann, zu größeren Steuerleistungen heranziehen, so daß der dem Mutterland verbleibende Überschuß weiter anwächst. Daß von den Ententestaaten diesen Weg mit Aussicht auf Erfolg allein England beschreiten kann, ergibt sich daraus, daß es der einzige Staat ist, der aus seinen Kolonien für den Staatshaushalt einen Überschuß herauswirtschaftet. Während Frankreich jährlich 50 Millionen, Italien 7,5, Portugal 1,2 und Belgien 1,3 Millionen Mark Zuschuß für die Kolonien leistet, erzielt England einen Überschuß von über 500 Millionen Mark jährlich. Weiter kann man als sicher annehmen, daß England nach dem Krieg in den

Kolonien mit farbiger Bevölkerung zahlreiche Maßnahmen treffen wird, um seine Industrie und seine Schifffahrt in noch weit höherem Maß als bisher gegenüber der deutschen Konkurrenz zu begünstigen, falls ihm nicht durch die Friedensverträge hierin gewisse Schranken gezogen werden sollten.

× Niederländisch Es ist stets ein Grundsatz
Indien der englischen Weltpolitik

gewesen die Augen der mächtigen Nachbarn des britischen Weltreichs von dem eigenen Besitz Großbritanniens möglichst abzulenken und auf das Eigentum anderer Staaten zu richten. Nach diesem Grundsatz verfuhr man in London, als man die Japaner dazu aufreizte Kiautschou zu erobern und die Karolinen- und Marschallinseln zu besetzen. Im Grunde ist nun aber das, was Japan durch den Krieg gegen Deutschland gewonnen hat, nicht eben sehr viel. In Japan ist man mit dem Erreichten auch nicht zufrieden und hat sich daher Rußland genähert, in der Erwartung, daß vielleicht die Zeit nicht so fern ist, wo man auf Kosten Englands mit Hilfe Rußlands große territoriale Gewinne, ja vielleicht sogar eine politische und ökonomische Vormachtstellung in Ostasien gewinnen kann. Denn so schwerwiegend auch die Zugeständnisse sind, die Japan im Krieg von China erlangt hat, so reichen sie doch bei weitem nicht aus China etwa auf die Stufe zu bringen, die Korea vor der Einverleibung innehatte. Wie der Ostasienforscher Professor Franke jüngst in einem Vortrag in der Frankfurter Kolonialgesellschaft ausführte, beginnt man in Japan auch mehr und mehr einzusehen, daß man mit dem Krieg gegen Deutschland einen Fehler gemacht hat. Man sieht in Japan bereits mit einiger Beklommenheit der Zeit entgegen, wo die Bewegungsfreiheit Englands nicht mehr so gehemmt ist wie jetzt; ja es machen sich schon Anzeichen erster Sorge geltend, und die Kritik an dem Eroberungszug gegen die deutschen Kolonien hat in Tokio bereits scharf eingesetzt.

Diese Stimmung in Japan in Verbindung mit dem Vordringen des japanischen Handels im Yangtsetal, das England seit langem als seine Einflußsphäre betrachtet, hat in London begreiflicherweise großes Mißbehagen hervorgerufen. Nichts könnte England weniger erwünscht sein als eine Annäherung Japans an Deutschland nach dem Krieg. Vorläufig hilft man sich nun in London damit, daß man

den großen englischen Einfluß auf die japanische Presse dazu ausnutzt, um die Blicke des japanischen Volkes von den englischen Einflußsphären in Ostasien abzulenken und sie auf Niederländisch Indien zu richten. Wie die japanischen Zeitungsartikel, die Niederländisch Indien dem Volk als eine leicht zu erobernde Beute schildern, so scheint auch das sensationelle Buch des bekannten Staatsmanns und früheren Unterrichtsministers Yusaburo Takekoschi, das dem selben Zweck dient, unter englischem Einfluß geschrieben worden zu sein. In ihm wird nach den Berichten holländischer Blätter offen der Gedanke ausgesprochen, daß Japan der geschichtlichen Tradition aller Völker folgen müsse und sich nach dem Süden auszudehnen habe. Wir können vielleicht, so heißt es in diesem Buch, auf friedliche Weise eindringen, zuweilen aber ist ein aggressives Auftreten am Platz. England zum Beispiel habe seine enormen gegenwärtigen Reichtümer erwerben können, indem holländische Schiffe auf dem Mittelmeer und dem Kanal, die mit Gold voll beladen waren, auf Grund der Cromwellschen Politik weggenommen wurden. Wir Japaner müssen unsere Aufmerksamkeit auf die Südseeinseln richten. Infolge unseres Krieges mit Deutschland hat unsere Flotte die Karolinen und die Marschallinseln in Besitz genommen; das aber sind eigentlich keine Inseln sondern lediglich Felsen. Wir können nicht stolz sein auf den Besitz der Südseeinseln, bevor wir Java und Sumatra haben. Die Sundastraße zwischen beiden Inseln sei eine natürliche Festung, und da gegenwärtig ein Unterseeboot 5000 Meilen Bewegungsradius habe, so sei es keine schwierige Aufgabe für die japanische Flotte jede europäische Flotte von diesem Besitz fernzuhalten.

Aus dem Buch Yusaburo Takekoschis, daß in Holland eine außerordentlich große Erregung hervorgerufen hat, spricht ganz offenbar englischer Geist. Indem England seinen Einfluß auf die öffentliche Meinung in Japan dazu ausnutzt die Blicke der Japaner nach Niederländisch Indien zu richten, sichert es seine eigenen Einflußsphären in Ostasien und macht sich gleichzeitig Holland gefügig, das natürlich, um sein Kolonialreich vor der unter englischem Einfluß entfalteten japanischen Draufgängerpolitik zu sichern, Anlehnung und Schutz bei England sucht. Die deutschfeindliche Haltung der holländischen Presse ist nicht zum wenigsten dem Um-

stand zu danken, daß man in Holland den Schutz und die Hilfe Englands gegenüber Japan nicht glaubt entbehren zu können. Das ist aber auch der Grund, daß England Holland glaubt alles bieten zu können. In manchen Kreisen Hollands werden diese Zusammenhänge auch sehr gut begriffen. Die Konsequenzen, die daraus gezogen werden können, sind freilich so verschiedener Art, daß deren Erörterung einstweilen keinen Zweck hat.

X
Philippinen

X
Seit dem 1. Mai 1898, dem Tag, da ein amerikanisches Geschwader am Hafenein-

gang von Manila die spanische Philippinenflotte vernichtete, sind die Amerikaner die Herren der 3141 Inseln und Inselchen, die den Raum des Stillen Ozeans zwischen dem japanischen Formosa und den holländischen Molukken ausfüllen. Wer sich jener Zeit noch erinnert, der weiß, daß die transatlantische Republik den Krieg gegen Spanien im Zeichen der Demokratie führte. Die Yankees nahmen angeblich die spanischen Kolonien nur deshalb in ihren Besitz, um die Demokratie der Eingeborenen zum Sieg zu führen. In der Tat haben sie sowohl auf den Philippinen als auch auf Porto Rico ein Ober- und ein Unterhaus geschaffen, das einer wirklichen Demokratie zum Verwechseln ähnlich sieht. Auf Porto Rico, wo die weiße Bevölkerung die farbige übertrifft, hat sich die neugeschaffene Demokratie äußerlich aufrechterhalten lassen. Auf den Philippinen jedoch mit ihrer überwiegend farbigen Bevölkerung war das demokratische System auch rein äußerlich nicht recht in Funktion zu bringen. So sind denn die Philippinen der dornenvollste Besitz der Vereinigten Staaten geworden. Es erwies sich als unmöglich auf den 3000 Inseln, deren Flächeninhalt an die Größe Preußens heranreicht, die amerikanische Herrschaft in demokratischer Form wirklich durchzusetzen. Die amerikanischen Beamten machten bald die Erfahrung, daß die von Amerika importierte Demokratie lediglich ein vortreffliches Mittel war, um den etwa 100 000 Mann zählenden Japanern und Chinesen die Herrschaft über 8 Millionen malaiische Einwohner zu ermöglichen.

Die Dinge liegen jetzt auf den Philippinen so, daß infolge der neugeschaffenen Demokratie die wirkliche Macht über die eingeborene Bevölkerung, die übrigens spanisch spricht und katholisch ist, in den Händen der Japaner ruht.

Man muß dies im Auge behalten, um jenes seltsame Gesetz zu verstehen, das vom Auswärtigen Amt in Washington den beiden Häusern des Kongresses zugegangen ist. Dieser Gesetzentwurf verpflichtet den Präsidenten der Vereinigten Staaten nach Ablauf von höchstens 4 Jahren die völlige staatliche Unabhängigkeit der Philippinen zu proklamieren. Es ist einleuchtend, daß diese Unabhängigkeitserklärung weiter nichts als eine verhüllte Anerkennung eines japanischen Protektorats über die Inselwelt der Philippinen wäre. In Washington glaubte natürlich kein Mensch, daß die Eingeborenen wirklich fähig sein könnten ihre Unabhängigkeit gegenüber Japan aufrechtzuerhalten. Es fragt sich nun, ob Wilsons Absicht die Philippinen zugunsten Japans preiszugeben wirklich ernst gemeint ist. Tatsache ist natürlich, daß mit der Eroberung der Philippinen, durch die die koloniale Expansion der Union nach Asien hinübergriff, sich die Reibungsflächen zwischen den Vereinigten Staaten und Japan erheblich vergrößert haben. Die Japaner sind in der Lage jederzeit durch Anzettelung von Aufständen die amerikanische Herrschaft zu bedrohen. Für Wilson, der die ganze Kraft der Union diplomatisch und volkswirtschaftlich gegen Deutschland gerichtet hat, ist dies gewiß zurzeit kein angenehmer Zustand. Es wäre daher immerhin denkbar, daß Wilson durch Überlassung der Philippinen an die Japaner eine Gefahrenquelle für den Frieden Amerikas verschließen möchte.

Sieht man sich jedoch den Wilsonschen Gesetzentwurf näher an, so entdeckt man eine ganze Anzahl von Hintertüren, die es dem Präsidenten gestatten sich der ihm auferlegten Verpflichtung im Verlauf von 4 Jahren die Unabhängigkeit der Philippinen zu proklamieren bequem zu entziehen. Daher wird man den Wilsonschen Gesetzentwurf wohl am richtigsten als ein Schaugericht für die Japaner charakterisieren können. Solange Englands Flottenmacht in der Nordsee gebunden ist, fühlt sich Amerika gegenüber Japan schwach. Nichts liegt daher näher als den Japanern Versprechungen zu machen, die man später ja doch nicht zu halten braucht. Man erkennt unschwer, daß bei der Abfassung des Gesetzentwurfs Sir Edward Grey Wilson die Feder geführt hat. Wie bei der Stellungnahme Amerikas gegen Deutschland, so wird auch bei der Haltung der Union gegenüber Japan die enge Verbindung zwischen Washington und London sichtbar. Man kann aber

deshalb auch kaum glauben, daß die scharfsinnigen Japaner sich durch das Wilsonsche Vorgehen über den Zweck dieser Übung werden täuschen lassen.

×
Kurze Chronik Ein Kriegsoffer ist

Professor Hans von Staff von der Berliner Universität geworden. Er war im Februar 1914 als kaiserlicher Geologe nach Deutsch Südwesafrika entsandt worden und erhielt bei Kriegsausbruch den Befehl über eine Bohrkolonie, die für die kämpfenden Truppen Wasser zu beschaffen hatte. Im verseuchten Hererogebiet wurde er vom Typhus befallen, dem sein von Strapazen und Entbehrungen geschwächter Körper nicht zu widerstehen vermochte. Er ist dann im Lazarett von Grootfontein gestorben. × Wie der Frankfurter Zeitung aus Buenos Aires berichtet wird, sehnt man sich in ganz Südamerika nach der Zeit, wo wieder deutsche Waren eingeführt werden können. »Nordamerika«, so heißt es, »hat den Markt überschwemmt, aber nicht mit Waren sondern mit Reisenden. Alle Welt protestiert dagegen. Die harten Zahlungsbedingungen, die sie auferlegen, die um ein vielfaches höheren Preise als diejenigen Deutschlands und eine Reihe anderer Umstände sind Gründe genug schon heute feststellen zu können, daß, sobald Deutschland wieder in der Lage ist zu exportieren, es seinen alten Platz im Welthandel sofort wieder einnehmen wird.« × Die Schweizer Exportrevue berichtet in einer Korrespondenz aus Australien, daß Amerika und Japan den Bedarf der australischen Bevölkerung an Industrieerzeugnissen nur zu einem winzigen Teil zu decken imstande wären. Das Blatt bezweifelt, daß Australien nach dem Krieg die deutschen Zufuhren wird entbehren können. Professor Manes teilt im Tag mit, daß in Australien im Vorjahr nicht weniger als 15 bis 20 Millionen Schafe, die den Hauptreichtum des Landes bilden, also etwa ein Fünftel bis ein Viertel des Gesamtbestands infolge der Trockenheit eingegangen sind. Auch die Getreideernte ist sehr mäßig ausgefallen. Die Folge war eine Lebensmittelknappheit, die die Regierung zur Beschlagnahme von allem Fleisch und zu staatlicher Preisfestsetzung nötigte. × Nach den Erklärungen der englischen Staatsmänner besitzt England seine Kolonien nur im Interesse der farbigen Be-

wohner dieser Gebiete. Nun zeigt aber gerade die britische Kolonialgeschichte, daß fast überall, wo englische Siedler sich dauernd niederlassen konnten, die farbige Bevölkerung schonungslos ausgerottet wurde. Auch heute noch hält die britische Demokratie an dieser Ausrottungspolitik unentwegt fest. So wurden zum Beispiel in Britisch Ostafrika vor 2 Jahren die Massai aus ihren alten Weidegründen, soweit sie als Farmland für Weiße in Frage kamen, vertrieben. Jetzt tritt die englische Kolonialpresse dafür ein, daß der arbeitssamste ackerbauende Eingeborenstamm, den Britisch Ostafrika hat, die Wëkikuyus, aus ihrem Gebiet auf den fruchtbaren Hochländern um Nairobi vertrieben werden, um Raum für die Ansiedlung weißer Farmer zu schaffen. Die Regierung von Britisch Südafrika hat, wie englische Blätter berichten, den Buren, die an dem Feldzug gegen Deutsch Ostafrika teilnehmen, das Versprechen gegeben nach der Eroberung des Landes die farbige Bevölkerung aus den für weiße Siedelung geeigneten Hochländern zu vertreiben und das so freigemachte Siedelland unentgeltlich an die Kriegsteilnehmer abzugeben. × Der amerikanische Botschafter in Konstantinopel Henry Morgenthau hat sich am 5. März in der New Yorker Educational Alliance sehr hoffnungsfroh über die jüdische Neukolonisation Palästinas ausgesprochen. Er hat von den zionistischen Siedelungen, die er als Jude mit eindringendem Interesse besichtigt hat, den Eindruck gewonnen, daß die kolonialisatorische Arbeit am Land wie an den Menschen gute Fortschritte mache. Palästina ist nach seiner Meinung durchaus geeignet in der Zukunft wieder zum jüdischen Kulturzentrum zu werden. × Der schwedische Gelehrte Carl Skottsberg will im kommenden Winter eine neue Expedition nach der Insel Robinsons, Juan Fernandez, unternehmen, um ihre interessante Flora und Fauna zu studieren. Er hofft, daß Chile dann den Wert dieser Insel erkennen und namentlich deren Waldbestand zu schützen beginnen wird. × Der Privatdozent der Zoologie an der Berliner Universität Professor Dr. Hermann Schubotz hält am Kolonialinstitut in Hamburg Vorlesungen über die Fauna unserer Kolonien und über tierische Schädlinge kolonialer Nutzpflanzen.